

— Fünfundzwanzigster Jahrgang. —

Nr. 39.**Gesamtüberblick über die polnische Tagesliteratur**

Amtlich zusammengestellt im Kgl. Polizei-Präsidium in Posen.

Posen, den 3. Oktober 1916.

Inhalt: Preussisches Teilgebiet: Zur Kriegsanleihe, S. 1085. — Gegen die „Unabhängigkeitsleute“, S. 1086. — Realisten, S. 1087. — Aus der nationaldemokratischen Politik, S. 1088. — Die Neutralen, S. 1090–1091. — „Dziennik Werski“ zu der vom „Kraj“ geübten Kritik, S. 1091. — Polnische Frage und deutsche Parteien, S. 1091. — Die Konferenz beim Reichskanzler und die polnische Fraktion, S. 1092. — Die Solidarität der polnischen Reichstagsfraktion, S. 1093. — Alldeutsche und Hafatisten gegen den Reichskanzler, S. 1096. — Polen, eine Last für Rußland, S. 1097. — Deutschland, Rußland und die polnische Frage, S. 1098. — Bulgarien und Polen, S. 1099. — Das nationale Prinzip, S. 1099. — Jahrestag der Konsekration des Erzbischofs, S. 1100–1101. — Jubiläum des „Kurjer Poznański“, S. 1101. — Die Kapitalien der Verbandsbanken, S. 1102. — Schulverhältnisse in Schneidemühl, S. 1103. — Kleinkinderschule in Szymbörze, S. 1104. — Die polnischen Kriegsgefangenen in Deutschland, S. 1104. — Besetztes Gebiet: Die Parteien im Königreich Polen, S. 1105. — Parczewski an Wielopolski, S. 1107. — Mitteilung und Aufruf in Sachen der Entschließung vom 3. September, S. 1108. — Versammlung in Petrikau, S. 1109–1112. — Die moralische Seite der polnischen Frage, S. 1112. — Die „Usurpatoren“, S. 1113. — Am geschichtlichen Wendepunkt, S. 1113. — Trotz allem! (Polen und Deutsche), S. 1114. — Die Polen der Grenzbezirke, S. 1115. — Ein Pressedieb, S. 1117. — Ausland: Beschlüsse der politischen Kommission des Polenklubs, S. 1118–1119. — Das polnische Hilfskorps, S. 1119–1121. — Prof. Jaworski: Durchhalten!, S. 1122. — Die Polen nach zwei Kriegsjahren, S. 1123. — Wort oder Inhalt (Polnische Aspirationen), S. 1123. — „König von Polen“, S. 1125. — Die Kadetten und die polnische Frage, S. 1125. — Polnische Angelegenheiten in Rußland S. 1126. — Polen für die Polen, S. 1127.

Die polnische Frage in Deutschland.Aus Nr. 25 der Gazeta Narodowa (Posen)
vom 23. September 1916.**Gedanken über die Kriegsanleihe.**

Wir lesen in der Geschichte Erzählungen voll erschütternder Einzelheiten über die Belagerung von Städten. Die napoleonischen Kriege bringen uns die berühmte und so oft von polnischen Verfassern beschriebene Belagerung von Saragossa, wo die Polen Beweise für ihre außerordentliche Tapferkeit lieferten. Noch in verhältnismäßig frischer Erinnerung stehen uns die wütenden Kämpfe unter den Mauern von Sebastopol. Mit Stolz erwähnt jedes unserer Kinder die Belagerung von Czestochau und Wien. Es sind das herrliche, riesige Bilder der Anspannung der Willenskraft derjenigen, die sie mit dem eigenen Blute gemalt haben. Aber in ihrem Umfange sinken sie zu der Größe von sehr kleinen Miniaturgemälden herab, wenn man sie mit der Belagerung vergleicht, die sich gegenwärtig vor unseren Augen abspielt.

Mitteleuropa ist eine einzige Burg, gegen welche fast der ganze übrige Rest des Kontinents anstürmt. Die Schanzen dieser Burg zählen nach tausenden von Kilometern, die Verteidiger und Angreifer nach Millionen, die Unkosten dieser Kämpfe nach Milliarden.

Während die belagernden Heere von der ganzen Erdoberfläche her Munition, Lebensmittel, Geld erhalten, sind die Belagerten zur Selbsthilfe in des Wortes strengster Bedeutung verurteilt. Sie müssen sich selbst alles schaffen. Genial haben sie die Verteidigung organisiert, genial ihr die Errungenschaften der Chemie, dieser jüngsten, aber vielleicht mächtigsten der Wissenschaften angepaßt; sie haben die Gedanken und Entdeckungen in einen Mittelpunkt konzentriert, und sie ertragen mit Hingebung, Geduld und unermesslicher Aufopferung alle Folgen des Krieges, die sich in jeder kleinsten Einzelheit des Alltagslebens fühlbar machen.

Die gegenwärtig belagerten Staaten bezahlen die ganze Verteidigung aus den eigenen Geldmitteln; sie nehmen die Anleihen bei den eigenen Bürgern in einer solchen Höhe auf, daß sie vor dem Kriege jedem erfahrenen Volkswirtschaftler als eine Utopie, eine Unmöglichkeit erschienen wären. Und dennoch kommen sie zustande. Sie werden Tatsache, wie so viele Ideen, die vor dem Kriege unwahrscheinlich dünkten, heut aber schon verwirklicht sind oder der Verwirklichung entgegengehen.

Unsere polnische Volksgemeinschaft nimmt an der Kriegsanleihe des Deutschen Reiches nach ihren Kräften und Mitteln teil. Wir sind keine Kapitalisten, haben überdies größere Geldsummen gewöhnlich in Bodenwerten angelegt. Dagegen haben unsere Banken bedeutende, und im Verhältnis zu ihrem eigenen Vermögen sogar sehr bedeutende Kapitalien in der Kriegsanleihe untergebracht. Damit stellen wir fest, daß die Kriegsanleihe und ihre Deckung auch für die Polen von ungeheurer Tragweite sind. Weshalb?

Wir hier im Posenischen empfinden den ungeheuren Wert, der für Polen der es heut von Rußland trennende Schutzwall ist. Aber man braucht nur ins Königreich zu reisen, in Warschau oder in der Provinz mit intelligenten Leuten zu sprechen, um wahrzunehmen, daß man dort das Hinausstreben der Russen als ein Glück betrachtet und den Gedanken an ihre Rückkehr wie einen bösen Traum von sich weist.

Und nur der durch die Anstrengung und für das Geld der Mittelmächte unterhaltene Schutzwall bewirkt, daß dieser schreckliche Traum sich nicht in eine noch schrecklichere Wirklichkeit umwandelt. Das Königreich Polen kennt schon die Furchtbarkeit des Krieges, es hat dessen ganze Hölle durchgemacht, es hat sich zu einem großen Teile wörtlich in ein Land der Grabhügel und der Kreuze umgewandelt, und es beginnt jetzt neu aufzuleben. Die Wunden, welche die russische Wirtschaft durch fast ein ganzes Jahrhundert zugefügt und die welche der Krieg versetzt hat, beginnen zu heilen, und sich zu vernarben.

Verschwunden ist der Tschinownik, dessen Einfluß nach der Äußerung der Warschauer Stadtver-

27

setzung die polnische Volksgemeinschaft deprimiert hat. Verschwunden ist die Regierung, welche die Mariawiten gegen die katholische Kirche unterstützte, die Regierung, die im Herzen Polens künstlich den russischen Nihilismus einzupflanzen suchte, die Regierung, die sich zwar die Schützerin der Slawen nannte, aber nicht das Wort „Polen“ herauszustottern vermochte und nur das Weichselland kannte. Verschwunden ist sie, aber nicht untergegangen, und dort im Osten rüstet sie sich zur Rückkehr in die polnischen Lande, um in Warschau die polnische Universität zu schließen, die städtische Verwaltung aufzuheben und sie durch Produkte des uns so fremden russischen Geistes zu ersetzen. Sie will schreckliche Rache üben an all den zahlreichen Leuten, die sich im Königreich gegen Rußland ausgesprochen haben; sie will Sibirien mit den Legionären und mit allen denen füllen, welche sie unterstützen.

Liegt es nicht also im Interesse ganz Polens, daß es in Polen nicht an Geldmitteln fehle, um den Damm in Ordnung zu halten, der es gegen die russische Überflutung schützt?

Hunger und Elend hat es im Königreich in den Gegenden gegeben, die der Kriegsbrand heimgesucht hat. Heute erstehen Städte und Dörfer aus den Trümmern dank der Energie der Bevölkerung sowie dank den Besatzungsbehörden, die der Landwirtschaft Beistand geleistet haben an Menschen, Pferden und Motorpflügen aller Art. Die Ernte war reichlich, und für die künftige streut der Landwirt gegenwärtig das Samen Korn in den Boden. Das Schreckgespenst des Hungers und des Elends entfernt sich immer mehr.

Was wird aus den Früchten der opferwilligen Arbeit unserer verschiedenen Komitees werden, wenn die Kriegsfurie nochmals am Bug und an der Weichsel zu toben beginnen sollte? Wenn unsere Opferwilligkeit nicht vergebens gewesen sein soll, wenn wir wünschen, daß uns aus unseren Bemühungen etwas mehr entspringe, als nur eine augenblickliche Erleichterung für das Königreich, nach welcher sich eine neue Flut des Elends noch schmerzlicher fühlbar machen würde — dann darf der Schutzwall gegen den Osten nicht reißen.

Wer ins Königreich Polen reist, dem fällt auf jedem Schritt in der Stadt wie auf dem Lande der Anblick zahlreicher, kräftiger und gesunder Männer auf, wie man sie in Deutschland und Österreich nicht sieht. Bei der Unordnung, die in allen Einrichtungen der russischen Armee herrschte, war man nicht imstande, alle Gestellungspflichtigen einzuziehen. Im Lande ist eine Menge Heerespflichtiger aller Jahrgänge verblieben. Und jetzt sind wiederum Zehntertausende von jungen Leuten in das gestellungspflichtige Alter gelangt oder sie gelangen in dasselbe. Die materiellen Verluste sowie die Leiden aller Art waren im Königreich riesig, aber man muß dem Herrgott danken, daß dort soviel Männer am Leben und gesund geblieben sind, wie in keinem der von dem Kriege heimgesuchten Länder.

Sie alle würden in die russische Uniform gesteckt werden, wenn sich Rußland in seine früheren polnischen Besitzungen durchschlüge. Man würde sie gegen die schrecklichen, den Tod atmenden Verschanzungen des Vierbundes jagen, damit sie die tagtäglich in den russischen Reihen gerissenen Lücken ausfüllten.

Man würde sie zur Eroberung Galiziens antreiben, damit sie dort in Lemberg, in der „seit Jahrhunderten russischen Stadt“, wie man sie nannte, die polnische und katholische Kultur ausrotten, den Grund für die schismatische Propaganda legen und ein neues Märtyrertum der Union beginnen möchten, wovon heute die Fremden schon vergessen haben und die Landsleute zu vergessen beginnen.

Das sind einige Blicke in die schreckliche Zukunft, die sich für Polen eröffnen würde, wenn aus irgend

welchen Gründen, angenommen wegen Geldmangels beim Vierbunde, Rußland in die polnischen Lande einmarschieren sollte. Es könnte dahin kommen, daß es in den polnischen Landen fast keinen Menschen gäbe, der nicht Bettler wäre, und daß unsere Nation vollständig würde von dem allmächtigen Eindringling vernichtet werden, dem nicht nur kein Feind, sondern auch keine Koalition die Stirn bieten könnte.

Und dann würde uns das schreckliche „Vae victis!“ erschallen, triumphierend ausgestoßen von dem russischen Imperium, das keine Verzeihung für die „Fremdvölker“ kennt, die nicht Russen werden wollen, und welches stets nicht nur die ewig ihre Rechte fordernden Polen, sondern auch die friedlichen, dem Zaren treuen Finnen bedrückte.

Das sind die Gedanken eines Polen über die Kriegsanleihe.

Aus Nr. 215 des Kurjer Poznański (Posen)

vom 20. September 1916.

„Die Unabhängigkeitsleute.“

Die „Unabhängigkeits“-Losungen und Strömungen begannen in Galizien aufzutauchen, und von dort übertrugen sie sich lange vor Ausbruch des Krieges ins Königreich. Wir sind damals schon mit aller Entschiedenheit gegen sie aufgetreten, nicht mit Rücksicht auf diese oder jene internationale Orientierung der Unabhängigkeitsleute — denn das hatte damals keine praktische Bedeutung — sondern aus der tiefsten Überzeugung heraus, daß die Richtung, die sich mit den Farben der Unabhängigkeit drapierte, eine schädliche, verrückte und unfähige Nachahmung verflungener revolutionärer Losungen sei, daß sie in doktrinärem Verblendung alle Forderungen einer realen polnischen Politik verferne, daß sie unermesslich schädlich sei für die gesunde Entwicklung des nationalen Gedankens, da sie die Geister mit dem Gajdich von Phrasen und mit von der Wirklichkeit losgelösten, durch trügerischen Schimmer „blendenden Konzeptionen“ berausche. Indem wir mit dem „Unabhängigkeits“-Lager kämpften, hatten wir weniger dessen unmittelbare Folgen des Handelns im Auge, als vielmehr die falsche Gedankenrichtung, welche zur völligen Verzerrung der nationalen Psyche, zum Hinabstoßen der ganzen Volksgemeinschaft von dem Niveau gesitteter Nationen in die Niederungen halb wilder Volksstämme führte, welche auf den ersten besten Köder hin bereit sind, sich in den Strudel des Kampfes zu werfen im Namen eines so oder anders heißen politischen Fetischismus. Die eigene Geschichte und das reale Blicken in die Welt belehrten uns, daß Polen aus der Periode revolutionärer Regungen und aufständischer Losungen herausgelangen müsse, die einst ihre psychologische Begründung haben mochten, die jedoch in den Verhältnissen einer weiter fortgeschrittenen zivilisatorischen Reife etwas Überlebtes von gestern her sind. Wir wollten, daß unsere Nation nicht mit konvulsivisch nach rückwärts gerichtetem Antlitz dahinschreite und dadurch alle Augenblicke auf dem steinigen Wege der Entwicklung strauchle; wir wollten, daß sie vor sich hinsehe, daß sie in der Politik eine wirklich moderne Nation werde, daß sie den Wert organischer Anstrengung und stufenweisen Sichbefreiens nach den höheren Formen der Existenz hin begreife.

Polen war auf dem besten Wege, die letzte Phase des politischen Pseudoromantismus zu überwinden, als der Krieg ausbrach. Die „Unabhängigkeits“-Leute fühlten sich in Galizien als Herren der Lage dank der Unterstützung der Krakauer Konservativen, die, nachdem sie einmal den schlüpfrigen Weg der Bündnisse mit den radikalen Elementen betreten hatten, nicht mehr zurückkamen und das galizische Oberste National-

komitee bildeten. Trotz der ehrwürdigen Fassade lastet der Fluch der „Unabhängigkeits“-Methoden und Ideen auf allen Handlungen des Obersten Nationalkomitees. Das Gepräge des Radikalismus der Worte, der revolutionären Gesten, das Gepräge sozialistischer Klassendoktrin und von Elementen jüdischer Dialektik ist in der Physiognomie des Obersten Nationalkomitees nur allzu deutlich eingegraben.

Kein Wunder, daß alle diese negativen Züge in noch verstärkter Gestalt sich inmitten der „Unabhängigkeitsleute“ im Königreich zeigen mußten, die das Oberste Nationalkomitee geweckt und zum Handeln berufen hatte. Die Früchte dieser agitatorischen Arbeit beginnen gegenwärtig die Krakauer Männer in dem Grade zu erschrecken, daß Herr Srokowski in der „Nowa Reforma“ sich heftig vor den „Unabhängigkeitsleuten“ befreut, und daß der „Czas“ wahrhaftige Jeremiaden schreibt über das Thema „Unabhängigkeits-Demagogie“ und „konspiratorisches Überlebtes“. Es verlohnt sich, zu hören, was der leitende politische Redakteur der „Nowa Reforma“ schreibt:

„Das Wort „Unabhängigkeit“ darf uns Polen in der heutigen kritischen Zeit unseres geschichtlichen Lebens nicht als Wegweiser des Handelns dienen. Es klärt uns nämlich, selbst wenn es mit der tollsten Hartnäckigkeit wiederholt wird, nichts auf, zeigt uns keinen Weg und bringt uns dem Hauptziel unserer Bestrebungen, dem Erlangen einer gewissen Freiheit, einer allseitigen nationalen Entwicklung, nicht um einen Schritt näher.“

Daß diese verspäteten Mahnungen, die „Unabhängigkeitspartei“ im Königreich, die heut über die politische Weisheit ihrer Krakauer Meister spotten, ernüchtern werden, das scheint uns zweifelhaft. Die Zukunft wird die schreckliche Verantwortung derjenigen zu Tage treten lassen, die aus feiger Engherzigkeit oder aus absolut anderen Ursachen der ihnen im übrigen von Grunde aus fremden „Unabhängigkeits“-Richtung die Hand gereicht und ihr damit gestattet haben, in die Manie zu verfallen, die Rolle einer nationalen Vertreterschaft zu spielen. Zum Glück ist die Mehrheit der Nation nüchtern, und sie wacht darüber, daß ihre materiellen und geistigen Güter nicht in einem Ozean von Fehlern und Enttäuschungen ersäuft werden.

Aus Nr. 27 der Gazeta Narodowa (Posen)
vom 25. September 1916.

„Realisten!“

Die Geschichte und das Leben einer Nation bilden ein organisches Ganzes, das eng verbunden ist mit seiner Vergangenheit, mit der nationalen Psyche, welche Jahrhunderte gestaltet haben. Jede hervorragende politische Tat ist eine Emanation der nationalen Seele, ein Ergebnis und eine Erscheinung der geschichtlichen Entwicklung. Die bewußt übernommene Tradition bildet eine wichtige Hinterlassenschaft und zugleich einen mächtigen Ansporn des Handelns. Der gesunde Instinkt des Lebens, die Erfahrungen und Eindrücke des durchlebten Augenblicks können und dürfen sich auf keinen Fall gegen die Vergangenheit wenden. Die bedeutungsvollen historischen Tatsachen, welche von dem geschichtlichen Verdienst der Nation, von ihrer Individualität, von ihrem dauernden Willen und von ihrem Zeitgedanken zeugen, leuchten wie Wegweiser auf der Bahn, auf der die gegenwärtige Generation der Zukunft entgegenstreitet mit eigener Anstrengung, inmitten Mühe und Schmerz, inmitten der Unruhe um das Morgen. Wollte man diese kostbaren Wegweiser zerstören, auf denen die Spuren der Schöpfermacht und der Tätigkeit, des Willens und des Denkens erloschener

und dennoch unsterblicher, weil geistig lebender, uns naher und teurer Generationen eingegraben sind, so wäre das ein Irrwahn und ein Verschulden, ein Verschulden nicht nur gegenüber der Vergangenheit, sondern auch gegenüber sich selbst, gegenüber der Gegenwart. Wollte man die Stimme der Vergangenheit unterdrücken, übertäuben durch den eigenen Schrei, so wäre das ein verletzender Dünkel, ein Hochmut, ein blindes Sichwerfen in den Strudel der Ereignisse, in der trügerischen Überzeugung, daß mit uns erst die wahre Geschichte und das tatsächliche Leben der Nation begännen.

Wer ist so reich und so mächtig, so groß und so klug, daß er durch Jahrhunderte angesammelte Schätze als ein totes und zweckloses Kapital ansprechen könnte, daß er geradezu aufzufordern sich erdreistete, der Vergangenheit, dessen zu vergessen, wovon die Vorfahren gelebt haben? Wer will uns hinaustreiben aus dem Edelhofe, der geschmückt ist mit historischen Altertümern, und hineinführen in jenes „moderne“ Haus, das vielleicht — nach amerikanischer Art eingerichtet ist? Gerade das wäre ein „Hinabstoßen unserer Volksgemeinschaft vom Niveau der gesitteten Nationen in die Niederungen halbwildes Volksstämme“. Nicht seit heut beginnen wir die Geschichte, und nicht erst seit gestern sind wir da.

Die größten Nationen schöpfen inmitten riesiger Kämpfe und blutiger Opfer Begeisterung und Zuversicht aus der nationalen Tradition; sie berufen sich auf frühere Siege, wünschen heiß neue Siege, stärken sich mit dem Geist der Vergangenheit, um die Zukunft kämpfend; wir einzig sollen uns von der Vergangenheit abwenden im Streben nach „höheren Formen des Seins“, die nicht näher bezeichnet, rätselhaft und ungeachtet des hochtönenden Appells an den Realismus in ihrer Rebelhaftigkeit beunruhigend sind. Schwer ist es zu verstehen, weshalb „höhere Formen“ vollständig diejenigen Formen ausschließen sollen, die in der Vergangenheit entstanden sind und die Grundlagen oder einen Bestandteil des nationalen Baus gebildet haben.

Mit voller Nüchternheit muß man natürlich aus der Vergangenheit das übernehmen, was unvergänglich, gesund und klug ist, worin das Wesen des nationalen Seins, worin das steckt, was nie und nimmer mehr etwas historisches „Überlebtes“ ist und sein kann.

Wir waren und sind warme Anhänger der organischen Arbeit, wir waren nicht einverstanden mit den lauten Manifestationen und mit den osten Feiern, die eben von denen veranstaltet wurden, die sich heut „nicht aufhalten wollen bei Erinnerungen, selbst nicht bei teuren und stärkenden“. Den Pseudorealisten, welche den „Pseudoromantismus“ verurteilen, ziemt es, sich vielleicht zu überlegen, ob das Erlangen höherer Formen der Existenz an sich das absolute und einzige Ziel ist. Wohlfeil ist der Kampf gegen den politischen Romantismus; aber in der Atmosphäre der Ernüchterung wird sich am Ende Anerkennung und Verständnis für die Leistungen nicht finden, von denen die ganze Nation lebte, was ihre geistige Nahrung und ihre moralische Kraft war und ist.

Man müßte unsere Vergangenheit vollständig durchstreichen, unsere Individualität von Grund aus umgestalten, einen neuen Typus eines modernen oder neuzeitigen Polen schaffen, wie dies der Neuslawe und Neurealist Herr Roman Dmowski gefordert hat. Auf seinem Programm, oder vielmehr auf seinen Programmen lastete der Fluch der ganzen Denk- und Arbeitsmethode. Es fehlt an einem tieferen Verständnis des Entwicklungsmoments und der organischen Konstruktion der Nation; der Mangel am Eindringen in die Kontinuität der Geschichte bewirkte, daß die auf gelegentlich gesammelte Erfahrungen, auf untrüglich schätzbare, aber fragmentarische

Mitteilungen gestützten Programme sich oft ändern. Man muß zugeben, daß der Mensch ewig lernt und manchmal von den einmal aufgestellten Thesen abweicht; aber man kann unmöglich einem Politiker folgen, der aus einem Extrem ins andere verfällt, denn diese interessanten, individuellen Evolutionen rufen Verwirrung und eine vollständige Desorganisation hervor.

Einst in einem ruhigen Augenblick wird erwogen werden müssen, welche Änderungen des politischen Denkens sich vollzogen haben, wie die halsbrecherische Argumentation entstanden ist, welche die Gefühle der Nation verletzt und beleidigt. Sie ist durch nichts zu erklären. Selbst wenn auch Unberufene die Standarte erheben sollten, so geht daraus noch nicht hervor, daß man die Standarte unter das Gerümpel werfen solle.

Unsere harte Pflicht ist es, solchen „Realisten“ gegenüber Verwahrung einzulegen, die so oft und hartnäckig von Realismus sprechen, als wollten sie sich selbst davon überzeugen, daß sie in Wirklichkeit Realisten seien. Andern sprechen sie die Richtigkeit ab, selbst aber verlieren sie den realen Boden; denn indem sie die Begeisterung lediglich aus den Quellen ihrer Wünsche schöpfen, sind sie zu Täuschungen geneigt. Inmitten des gewaltigen Laufes und der Umwälzung erschütternder Ereignisse, ständig vergast in den einen Stern, der im Nebel versinkt, unterliegen sie leicht der Autosuggestion. Unerbittlich in der Kritik anderer Ideologen, unkritisch sich selbst gegenüber, können sie mit der Zeit zum politischen Sektierertum gelangen, statt ein großes nationales Programm zu bieten.

Wer die Vergangenheit verwirft, wie einen überflüssigen und sogar schädlichen Ballast, der schwimmt ohne Kompaß inmitten des Sturmes.

Aus Nr. 103 des Kraj (Lissa i. P.)
vom 20. September 1916.

Aus der nationaldemokratischen Politik.

Es wurde in der deutschen Presse viel über die Zensur, über die Freiheit der Presse usw. diskutiert. Fast alle diese Stimmen vertraten die Ansicht, daß es angebracht wäre, mehr Freiheit auf diesem Gebiete zu gewähren. Und es läßt sich auch nicht leugnen, daß, wenn auch der Kriegszustand einen freien Gedankenaustausch naturgemäß erschwert und auch ferner erschweren wird, jetzt schon in der deutschen Presse die Differenzen in den Anschauungen viel freier, als in den ersten Kriegsmonaten sich kundgeben dürfen. So ergriffen z. B. einige Blätter einer gewissen politischen Gruppe die angeblich zu wenig kriegerische Gesinnung der Regierung mit solcher Freiheit an, daß es den Anschein erwecken konnte, als ob diese Blätter in ihren Äußerungen durch die Zensur gar nicht gebunden wären.

An dieser Streitfrage wollen wir uns nicht beteiligen. Wir sind nämlich der Ansicht, daß die Frage, welche Kriegsmittel anzuwenden sind, ausschließlich denjenigen Faktoren, welche über die Kriegsoperationen am besten informiert sind, also dem Oberkommando der Armee und der Regierung zusteht, und nicht den Führern einzelner Parteien, selbst wenn sie noch so befähigt wären.

Dagegen geht uns schon eher eine abgesonderte, höchst interessante Auslassung an, die von einer angesehenen Persönlichkeit des Ostmarkenvereins ausgeht, und die im Gegensatz zur Presse fast aller Schattierungen eine Verschärfung der Zensur, und zwar für denjenigen Teil der polnischen Presse verlangt, der mit den Anschauungen der polnischen Nationaldemokratie nicht übereinstimmt. Herr Voßberg —

denn von ihm geht ja diese Auslassung aus — sucht in der Zeitschrift „Der Panther“ den Verweis zu führen, daß die Nationaldemokratie auf die Polen in Preußen einen überwiegenden Einfluß ausübe, und er bedauert zugleich, daß u. a. der „Kraj“ diese Partei in einer Weise angreift, als wenn eine Zensur überhaupt nicht da wäre. Der „Kurjer Poznański“ kann sich bei dem Ostmarkenverein und insbesondere beim Herrn Voßberg für diese Verteidigung bedanken. Wir dagegen und mit uns eine ganze Reihe deutscher Blätter, die den Polen wohlwollen, sind der Ansicht, daß gerade die von uns vertretene politische Richtung für beide Teile, nämlich für die Polen und für die Deutschen, die vorteilhafte ist.

Wir glauben übrigens, daß man gegenwärtig mit der durch den Krieg geschaffenen Lage rechnen muß, wo ebenso in der deutschen wie in der polnischen Bevölkerung die Zahl derjenigen politischen Faktoren wächst, welche sich nach einer beiderseitigen Verständigung sehnten und dieselbe nicht zum mindesten angesichts des beide Teile bedrohenden russischen Kolosses wohl zu schätzen wissen, während sowohl der polnische als auch der deutsche Radikalismus, — zwei Gruppen, die sich gegenseitig darin ergänzen, daß sie zu dieser Verständigung die Hand nicht bieten wollen, immer mehr in die Minderheit treten. Wir wollen nicht leugnen, daß sowohl die Richtung, welche Herr Voßberg selbst vertritt, als auch diejenige, welche von ihm an einer polnischen Gruppe hervorgehoben und verteidigt wird, noch immer einen gewissen Einfluß, zumal wenn es sich um die polnische Gruppe handelt, ausüben, und daß auch einige unserer Institutionen, die vor dem Kriege ins Leben gerufen waren, auch weiter noch mit diesem, d. h. mit dem nationaldemokratischen Einfluß zu rechnen haben.

Aber Institutionen bedeuten noch nicht das Volk. In diesem ist eine sichtbare Evolution eingetreten. Schon oftmals haben wir im „Kraj“ darauf hingewiesen, wie viele polnische Blätter jetzt eine der nationaldemokratischen entgegengesetzte Richtung eingeschlagen haben. Wir haben auch darauf hingewiesen, wie die Politik der Nationaldemokratie sich in Warschau für vollständig bankrott erklären mußte. Warschau hat sich überhaupt schon sehr weit in dieser Hinsicht engagiert. Die Würfel sind dort bereits gefallen. Rußland, welches sicherlich die Entwicklung der Ereignisse im Königreich Polen eifrig verfolgt, kann dieses Land nicht mehr als ein ihm freundliches Gebiet betrachten. Es findet zu viel Gegenbeispiele dafür. Auch in Galizien sind die nationaldemokratischen Blätter von der Bildfläche vollständig verschwunden. Bei uns stoßen sie auch schon auf den Widerstand einer bedeutenden Mehrheit polnischer Blätter, einer Mehrheit, welche sich aus der Zahl der Leser ergibt. Herr Voßberg stellt die Sache dagegen so da, als wenn alle demokratischen Elemente bei uns auf Seiten der Nationaldemokratie ständen. Das entspricht den Tatsachen nicht. Schon vor dem Kriege widersetzten sich nämlich demokratische Kreise auf das heftigste der nationaldemokratischen Politik, und zwar aus ihrem eigenen Antriebe, nicht etwa erst von den höheren Klassen dazu angeregt oder von ihnen unterstützt. Oberschlesien, der dritte Teil der polnischen Bevölkerung in Preußen, ist rein demokratisch, und doch will es mit der Nationaldemokratie und ihrem Radikalismus nichts zu schaffen haben. So war es vor dem Kriege, und so ist es auch jetzt noch. Die „Gazeta Gruzdziondzka“ z. B. ist wohl das am meisten demokratische unter den polnischen Blättern, und doch führt es den erbittertesten Kampf gegen die Nationaldemokratie. Vergeblich würde man auch im „Goniec Wielkopolski“ etwa aristokratische Tendenzen suchen, und doch tritt dieses Blatt nicht minder

heftig gegen die Nationaldemokratie auf. Und wenn heute endlich auch die sog. höheren Kreise sich etwas zu regen anfangen, indem sie antinationaldemokratische Flugchriften im Umlauf setzen und neue antinationaldemokratische Blätter ins Leben rufen, so tun sie es allerdings einerseits deswegen, weil sie darin einen Vorteil für das allgemeine Wohl erblicken, andererseits aber auch, um nicht die im ganzen Volke bereits vorhandene Strömung zu ignorieren und dereinst vielleicht als die Schuldigen zu erscheinen, wenn da polnische Volk nach Beendigung des Krieges mit allen denen abrechnen wird, welche gegenwärtig die beiderseitige Verständigung und damit auch eine spätere Besserung der Lage breiter polnischer Volksschichten durch ihr Auftreten zu erschweren suchen. Das polnische Volk weiß nämlich ganz wohl, daß mit der Marktschreierei, mit Demonstrationen, mit einer herausfordernden Haltung im Reichstage, im Abgeordnetenhaus und in der Presse nichts zu erreichen ist.

Leicht könnte es sich dann rächend gegen die höheren polnischen Klassen wenden, weil sie eine unkluge Politik getrieben, und indem sie Forderungen in ungeziemender Weise stellten, nichts erreicht haben. Für eine solche Taktik könnte ihnen höchstens die Entente Dank wissen, aber diese wählt, Gott sei Dank, keine Abgeordneten bei uns, deshalb treiben unsere höheren Klassen erst dann eine richtige Politik, wenn sie nicht vergessen, daß das Volk selbst zuerst einer vernünftigen Richtung in derselben gefolgt ist. Der „Dziennik Kujawski“ griff unlängst allerdings von neuem die polnische Fraktion wegen ihrer persönlichen Haltung an und drohte mit der künftigen Mißstimmung der Wähler. Aber der „Dziennik Kujawski“ ist noch keineswegs ein Volksblatt. Er ist eben nur ein Organ jener geringen Gruppe der Intelligenz, welche die im Volke lebende Strömung bis dahin nicht durchschaut hat, und immer noch der Meinung ist, daß der Landkreis, in dem sie lebt, oder ein Posener Kaffeehaus, das sie ab und zu aufsucht, das ganze polnische Volk repräsentieren. Der „Dziennik Kujawski“ will suggestiv wirken und spielt dabei selbst die Rolle des Straußes, der den Kopf in den Sand steckt, um seine Feinde nicht zu sehen. Als echt polnisches Blatt müssen wir dies feststellen, wenn auch Herr Bockberg einer anderen Meinung sein mag. Der „Dziennik Kujawski“ schreibt aber auch Dinge, mit denen wir sonst einverstanden sein können. Er verlangt nämlich eine Reform der Satzungen der polnischen Fraktion. Dieses Verlangen wurde unlängst auch von dem radikalen Teil der polnischen Fraktion selbst gestellt und zwar zwecks Ausschließung des Herrn Kulski von den Fraktionsitzungen. Eine solche Ausschließung wäre selbstverständlich sinnlos gewesen, aber es wäre doch wünschenswert, wenn wenigstens eine Erörterung über die Reform der Statuten und zwar schon jetzt in der bewegten Kriegszeit beginnen würde. Das wünschen auch wir. Das ganze Land müßte und würde sich auch an einer solchen Erörterung gern beteiligen, ob man es darum bitten würde oder nicht. Es könnten da auch wichtige und zeitgemäße Fragen zur Sprache kommen. So harret z. B. noch seiner Erledigung ein schon vor langer Zeit von den Vertretern der Volkspartei besonders aus Schlesien gestellter Antrag, welcher eine Forderung der Solidarität in sozialwirtschaftlichen Fragen bezweckte. Eine solche Forderung müßte man heute — in der Zeit politischer Umwälzungen — auch schon für politische Fragen verlangen. Ist es denn nämlich recht und billig, daß die Minderheit der Fraktion gegebenenfalls auf Grund des Statuts für etwas zu stimmen gezwungen wird, was sie als der nationalen Sache direkt schädlich betrachtet. Darf man so ohne weiteres das Gewissen vergewaltigen? Ist es auch moralisch zulässig, die Interessen des Volkes dem Statut zu opfern? Existiert etwa das Volk für die Fraktion

oder die Fraktion für das Volk? Es ist z. B. offenkundig, daß über das Schweigen der Fraktion nach der Rede des Reichskanzlers, über ihr weiteres Schweigen zu der Zeit, als es sich um die Verteidigung der Rechte des heiligen Vaters handelte, sowie über ihre Haltung in der Liebfnechtischen Affäre die Ansichten in der polnischen Fraktion selbst geteilt waren. Ist es denn nun vom moralischen Standpunkte aus richtig, daß die einen auch im Namen der anderen, die einer ganz entgegengesetzten Meinung sind, etwa das Wort ergreifen, und die anderen öffentlich nichts dabei zu sagen haben? Von Wichtigkeit wäre es ferner, eine Änderung der Statute auch in dem Sinne vorzunehmen, daß die polnische Fraktion erklärt, sie stehe in allen Fragen ausdrücklich, unzweideutig und unbedingt auf dem Standpunkt der katholischen Weltanschauung, und zwar jenen Prinzipien gemäß, welche vom römisch-apostolischen Stuhle und den kirchlichen Diözesanbehörden sanktioniert sind. Eine Änderung der Statuten in diesem Sinne müßte von der Fraktion selbst beschlossen werden, und sollte dieses nicht geschehen, so müßte darüber in den Blättern und in den Wahlversammlungen des ganzen Landes — bis zum Erfolg — eine Diskussion inszeniert werden.

Wenn wir die Frage einer Kritik der Fraktion und ihrer Statuten zuerst selbst aufgeworfen hätten, so würde man uns von seiten der nationaldemokratischen Partei alles mögliche vorwerfen. Da aber diese Partei in dieser Hinsicht uns vorbildlich ist, so dürfen wir wohl ihrer Anregung — und wir tun es gern — ohne weiteres folgen. Der „Dziennik Kujawski“ drängt sich nun auch hier wieder an die Spitze der Demagogie vor und berührt dann allerdings oft sehr interessante Fragen, interessant sogar für Nicht-Demagogen. So laßen wir in ihm schon vor längerer Zeit einen Artikel des damals noch aktiven Abgeordneten Bernhard v. Chrzanowski. Dieser Artikel war mit dem vollen Namen des Verfassers unterzeichnet und verlangte nichts mehr und nichts weniger, als die Forderung der Solidarität in der polnischen Fraktion. Und Herr v. Chrzanowski ist doch ein hervorragendes Mitglied der Nationaldemokratie. Weiter erinnern wir uns an die Kritik, und was für eine Kritik! welche von der nationaldemokratischen Presse gegen den Vorsitzenden der Fraktion, von Czarinski, gegen den Fürsten Radziwill und gegen Abgeordnete der Arbeiterpartei gerichtet war. Nicht im Inhalt, sondern im Prinzip der Kritik, welche sich die nationaldemokratische Presse erlaubt hat, ist ein Kern der Wahrheit zu suchen, nämlich: Kritik darf überhaupt an dem Organismus der polnischen Fraktion, der einer Reform nicht nur fähig, sondern auch bedürftig ist, geübt werden. Der „Dziennik Kujawski“ ist zwar ein selbständiges Organ, das sich jetzt allerdings immer mehr vordrängt, wer aber das Zusammenhalten der nationaldemokratischen Organe näher kennt, der wird nicht im Zweifel sein, daß auch er nur im Einverständnis mit seinem Posener Freunde handelt. So spricht er natürlich auch schon im Namen der ganzen Nationaldemokratie. Es darf uns hierbei etwa der Umstand nicht irre leiten, daß die Spitze seiner Angriffe gegen den Vizepräsidenten der polnischen Fraktion, der ja selbst ein Nationaldemokrat ist, gerichtet zu sein scheint. Es kommt hier lediglich auf die Tendenz an, und diese ist im allgemeinen klar. Die Nationaldemokratie verlangt die Umgestaltung des Organismus der polnischen Fraktion. Nun, wir verlangen sie auch, und außerdem verlangen sie auch noch so viele andere. Da sind wir ja doch endlich wenigstens in einem Prinzip einig. Nur was Ausführung und die einzelnen Details der Sache selbst anbelangt, da wird es wohl noch eine lebhafteste und vielleicht

sogar eine sehr heiße Debatte — sowohl in der Fraktion selbst, als auch in der Presse und schließlich auch in den breiten Volksschichten geben. Den Anfang mit dieser Debatte haben nicht wir gemacht, aber wir werden schon wissen, uns an ihr in richtiger Weise zu beteiligen, und wir versichern sowohl dem „Dziennik Kujawski“ als auch allen denjenigen, die sein Auftreten veranlaßt haben (dieses Auftreten erfolgte augenscheinlich unter dem Schutz der polnischen Fraktion, und ist auch von ihr selbst angeregt worden), daß wir an diese seine Initiative immer denken werden.

Aus Nr. 475 des Czas (Kraukau)
vom 20. September 1916.

Die Neutralen.

Die großpolnische Presse hat sich während des Krieges bekanntlich für die Lösung der Passivität erklärt. Sie betonte die Notwendigkeit, sich während des Krieges ausschließlich mit philanthropischer und wirtschaftlicher Arbeit zu befassen; jeglicher Aktion politischen oder militärischen Charakters gegenüber verhielt sie sich abgeneigt; und wenn sie diese nicht direkt bekämpfte, so beobachtete sie wenigstens über sie konsequente, Schweigen. Und ein solches Schweigen hat auch seine Beredsamkeit. Die schwierige Lage des großpolnischen Zeitungswesens verstehend, machte ihm niemand über einen solchen Standpunkt einen Vorwurf, sogar diejenigen nicht, die da glaubten, daß es geboten war, sich auch dort auf den höheren allgemein nationalen Standpunkt zu erheben. Man vertraute nämlich einmütig, daß im Maße der Ereignisse der Kampf der Begriffe innerhalb Großpolens selbst die Notwendigkeit eines aktiven Standpunktes klären und es nicht in Passivität verharren lassen werde. Und daß dieses Vertrauen nicht unberechtigt war, dafür kann als Beweis dienen, daß das jüngste der großpolnischen Organe, die „Gazeta Narodowa“, schon in einem anderen Geiste zu reden beginnt.

Offenbar empfinden wenigstens manche Kreise in Großpolen immer lebhafter das Bedürfnis, aus dieser unfruchtbaren Passivität herauszutreten.

Natürlich nicht alle.

Das Organ der Nationaldemokratie, der „Kurjer Poznański“, bringt in seiner letzten Nummer wiederum einen Artikel, der im früheren Tone gehalten und „Erscheinungen der Verwirrung“ überschrieben ist. Sein Leitgedanke ist die Unterstreichung des Unterschieds zwischen „dem Lager, welches auf dem Standpunkt der politischen Neutralität steht und dagegen ist, daß sich die Volksgesamtheit vor Beendigung des Krieges engagiert“ — und dem Lager, welches, „an die erste Stelle die Notwendigkeit eines unmittelbaren Kampfes um ein Staatswesen oder um die Unabhängigkeit setzt, und zwar unter der Lösung der Beteiligung der Polen am Kriege.“

Wir würden uns mit diesem Artikel nicht befassen, denn auch er geht von der genügend bekannten falschen Voraussetzung aus, daß den abseits Sitzenden, den Schweigenden und Neutralen irgend jemand anbietet, was unser politisches Ziel in diesem großen Kriege sein sollte: den polnischen Staat, — und überdies noch um Annahme des Angebots bittet. Dieser Artikel scheint, wie alle Beweisführungen von Leuten, welche die Bedeutung übertreiben, die die organische Arbeit in Zeiten des Friedens, in den Zeiten des festgelegten und unerschütterlichen politischen Gleichgewichts für den Augenblick des Sturmes und der Krisis hat, den Grundsaß zu schaffen, daß, wer in einem solchen Zeitpunkt nichts wagt, alles gewinnt. Das Fehlerhafte dieses Grundsatzes ist so augenscheinlich, daß man fürwahr nur seine nächste Umgebung sehen muß, um zu glauben, daß hinter ihr die Mehrheit der polnischen Volksgesamtheit steht. Daher machen wir auch nicht dieses

Grundsatzes wegen auf den Artikel des großpolnischen Blattes aufmerksam, sondern infolge mancher fehlenden Züge in der Charakteristik beider Lager. Der Mangel dieser Züge bewirkt, daß das großpolnische Organ auf der einen Seite lauter Schattenheiten, auf der anderen Seite Lichtseiten angesammelt hat.

Das erste Lager, „das Lager der Tat“, wie es der „Kurjer Poznański“ nennt, wird nach ihm durch ein Chaos, durch Verwirrung und Destruktion gekennzeichnet, weil sich in ihm einerseits die Lösungen des Staatswesens und der Unabhängigkeit, andererseits die Neigung, sich auf Österreich oder, wie es der Klub der Staatsanhänger wünscht, auf Deutschland zu stützen, kreuzen. Das Bild dieser Uneinigkeit „würde von der politischen Reise der polnischen Volksgesamtheit verhängnisvoll zeugen“, wenn sich die Mehrheit dieser Volksgesamtheit nicht im Gegenlager befände, welches, wie aus der ganzen Gegenüberstellung hervorgeht, einheitlich und einmütig sein soll.

Darauf ist zu bemerken, daß die Negation — und eine solche ist der Standpunkt der Untätigkeit — stets einträchtig ist, denn, wenn wir nicht politisch handeln wollen, haben wir dagegen nur ein Mittel, aber Unterschiede können und müssen nur dort hervortreten, wo an treffende Mittel und Methoden des Handelns gedacht wird. Es ist auch zu bemerken, daß den Unterschieden der Ansichten hinsichtlich der Methoden auf der anderen Seite die Einheit der grundsätzlichen Überzeugungen entspricht, und zwar der Überzeugung, daß der gefährlichste Feind unserer Zukunft Rußland ist, daß das politische Kriegsziel für uns der polnische Staat ist, daß es, um ihn zu erlangen, verlohnt, sogar schwere Opfer zu bringen. Die Tatsache der Zustimmung zu diesen Grundsätzen genügt, um die Tragweite der „Spaltung“ zu vermindern, welche von manchen Blättern so freudig überschätzt wird.

Aber was wir vor allen festzustellen wünschen: Ist denn die angebliche Eintracht in dem politischen Lager der Untätigkeit nicht eine scheinbare und stroherne Eintracht? Wenn wir die Gründe analysieren, welche gewisse Bruchteile in der Richtung der politischen Abstinenz getrieben haben, so sehen wir doch klar, daß bei manchen der Wille zur Untätigkeit aus Zwang, bei anderen aus Überzeugung entspringt. Aus Überzeugung entspringt er bei denjenigen, welche vom Anbeginn des Krieges gegenüber allen möglichen Kombinationen einen negierenden Standpunkt eingenommen und sich (soweit sie das Bedürfnis der Arbeit empfanden) wirtschaftlicher und philanthropischer Tätigkeit widmeten, weil diese ihres Trachtens am wichtigsten sei. Zu dieser Gruppe gehört zweifellos fast das ganze großpolnische Land und die Mehrheit seiner publizistischen Organe. Aber wenn wir über die Grenzen Großpolens hinausgehen, so haben wir bis vor nicht langer Zeit — den heut allerdings schon weniger zahlreichen und immer mehr Einfluß einbüßenden — Bruchteil der Abstinenten aus Zwang, die doch im ersten Zeitpunkt des Krieges eine tätige und sehr entschiedene Politik betrieben hatten, in dem Glauben an die Aufrichtigkeit der Intention Rußlands und an den Einfluß der Vierverbandsmächte auf die Lösung der polnischen Frage. Daß sich diese Gruppe unter den heutigen Verhältnissen dem Lager der Untätigkeit angeschlossen hat, war eine notwendige und verständliche Sache. Aber ein solcher Zusammenschluß ist scheinbar, vorübergehend und, wie jede erzwungene Tätigkeit unaufrichtig, — und er wird bei der ersten besten sich darbietenden Gelegenheit aufhören. Wenn der „Kurjer Poznański“, wie er behauptet, reale Berechnungen in der Politik so hochschätzt, so erteilen wir ihm den Rat, daß er auf diesen Teil der Verbündeten in der Neutralität nicht ohne ein Fragezeichen rechnen möge.

Wir hielten es für angemessen, auf diese vom „Kurjer Poznański“ übergangene Unterscheidung hin-

zuweisen, denn es wäre, wenn man das Bestehen zweifellos bedeutender Unterschiede feststellt, die sich hinsichtlich der Methoden des politischen Handelns in der polnischen Volksgesamtheit bemerkbar machen (und deren Bestehen sowie deren Bedeutung sicherlich niemand leugnen wird), gefährlich, anzunehmen, daß das Lager der Abstinenz aus einer Bronze gegossen ist. Es ließe sich daraus so leicht eine Waffe gegen die ganze polnische Nation schmieden!

Aus Nr. 223 des Dziennik Berliński (Berlin)
vom 27. September 1916.

In Nr. 475 des Krakauer „Czas“ finden wir in einem Leitartikel den seitens gewisser Organe der galizischen Presse unter der Adresse der großpolnischen Presse sich mehrfach wiederholenden Vorwurf, daß sie aus Abneigung gegen gewisse Handlungen und Vorhaben der galizischen Politiker und gegen ihre Aktionen über diese Angelegenheiten konsequentes Schweigen beobachte. Wir müssen feststellen, daß dieser Vorwurf unberechtigt und ungerecht ist, ähnlich wie ungerecht ein der galizischen Presse gemachter Vorwurf wäre, daß sie aus den selben Motiven aus ihrem Wörterbuch das Wort „Unabhängigkeit“ gestrichen habe. Im Interesse der polnischen Sache würde es sich empfehlen, daß in den gegenwärtigen Zeiten besonders so angesehene Organe wie der „Czas“ in der Abgabe solcher Urteile zurückhaltender wären.

In Nr. 106 des „Kraja“ finden wir einen „Empörende Entgleisung“ überschriebenen Artikel. Der Artikel verurteilt die schädliche Agitation des Delegierten des galizischen Obersten Nationalkomitees Herrn Hausner und entrüstet sich darüber, daß Herr Hausner die Leute mit anderen Anschauungen „Russenfreunde“ nennt. Der „Kraj“ nennt dieses „Verfahren frech und die polnischen Gefühle beleidigend.“

Wir stellen gern fest, daß wir und andere großpolnische Blätter schon vor 1½ Jahren dieses „freche und die polnischen Gefühle beleidigende Verfahren“ verurteilten. Leider traf uns dafür vor verhältnismäßig nicht langer Zeit, denn kaum vor einem Monat, seitens dieses selben „Kraj“ der Vorwurf, daß wir dadurch der Sache schaden, und auch der Vorwurf der „Russenfreundlichkeit“, der nach Ansicht des „Kraj“ „frech und die polnischen Gefühle beleidigend“ ist und der in einer mehr oder weniger deutlichen Form unter der Adresse der Presse abweichender Richtung in den Spalten des „Kraj“ und der ihm verwandten Blätter wiederholt ausgesprochen worden ist.

Wir freuen uns sehr darüber, daß endlich auch der „Kraj“ einsieht, daß er geirrt hat, und anerkennt, daß die Auffassungen berechtigt waren, die er so leidenschaftlich bekämpft hat.

Aus Nr. 477 des Czas (Krakau)
vom 21. September 1916.

Die polnische Frage und die Parteien in Deutschland.

Manche großpolnischen Blätter haben sich der sehr undankbaren Aufgabe unterzogen, die polnische Allgemeinheit vor jeglichen Illusionen hinsichtlich der Folgen des gegenwärtigen Kriegs für die polnische Frage streng zu warnen. Sie legen, indem sie sich entsprechend gewählter Zitate aus der deutschen Presse bedienen, dar, daß in Deutschland niemand an die polnische Frage denke, daß vielmehr die öffentliche Meinung dort zu einer Verständigung mit Rußland, natürlich auf Kosten aller polnischen Aspirationen, hinneige. Es ist schwer zu verstehen, unter welcher Adresse diese Warnungen gerichtet sind, denn es gibt

wohl in Polen niemanden, der so einfältig oder unverständlich wäre, anzunehmen, daß Deutschland den Krieg zur Wiederherstellung Polens führe oder daß dies wenigstens ein untergeordnetes Ziel der kriegerischen Anstrengungen des deutschen Volkes wäre. Aber auch das wissen alle, daß die polnische Frage, obwohl sie nicht das Ziel, dennoch eine unvermeidliche Folge des Krieges und ihre Lösung eine tatsächliche strategische und geographische Notwendigkeit ist, von ihren historischen Grundlagen schon garnicht zu reden. In welcher Weise immer die Beendigung des Krieges sich vollziehen wird, die polnische Frage wird in den letzten Abrechnungen eine Rolle ersten Ranges spielen, und keine nationalen Vorurteile, keine nationalistischen Begehrlichkeiten sind mehr imstande, sie von der Tagesordnung der internationalen Vereinbarungen zu beseitigen. In welcher Form diese Lösung endgültig entschieden werden wird, dies vermag gegenwärtig niemand vorauszusehen, aber wir dürfen doch in Übereinstimmung mit den Erklärungen des deutschen Reichskanzlers und anderer ernster Staatsmänner die Überzeugung hegen, daß sowohl für die Mittelmächte, als auch für ganz Europa diejenige Erledigung der polnischen Frage am vorteilhaftesten sein wird, welche auch die Polen befriedigen wird.

Was aber besonders Deutschland anbetrifft, so unterliegt es keinem Zweifel und vergißt niemand in Polen, daß dort den Polen sehr unfreundliche Strömungen bestehen und daß der extreme Nationalismus, obgleich er sehr unpopulär geworden ist, in gewissen Kreisen noch nicht alle Einflüsse eingebüßt hat. Es handelt sich nur darum, ob diese Richtung mächtig genug ist, um ihren Willen im entscheidenden Zeitpunkt aufzunötigen, und ob die Mehrheit des deutschen Volkes mit ihr sympathisiert und ihr im gegebenen Augenblick folgen wird?

Die politischen Verhältnisse haben sich in Deutschland so gestaltet, daß sich das nationalistische Lager gegenwärtig in einer offenen und ziemlich scharfen Opposition zum Reichskanzler befindet; beide Parteien also, welche sich unter nationalistischen Losungen betätigen, d. h. die Konservativen und die Nationalliberalen, sind Gegner des Reichskanzlers und verhalten sich gleichzeitig der polnischen Frage gegenüber unfreundlich. Der Nationalfeind, welcher vor allem besiegt werden muß, ist England, während Rußland, wie sie nicht ohne eine gewisse Heuchelei behaupten, nur ein Werkzeug in den Händen seines Verbündeten ist. Diese Parteien stehen heute gewissermaßen außerhalb der Regierung, und obgleich die Konservativen zweifellos zahlreiche Sympathiker in der Diplomatie, in der höheren Bureaucratie und in der Generalität haben, so sind sie doch heute nicht der entscheidende Faktor in der deutschen Politik. Die Krone steht gegenwärtig fest und folgerichtig auf Seiten des Reichskanzlers, und angesichts der sozialen Verfassung Deutschlands gibt diese Tatsache der ganzen Hierarchie eine bestimmte Direktive. Die konservative Partei aber ist außerhalb der Hierarchie zu schwach und in einer Schicht zu eingengt, als daß sie die ganze Allgemeinheit beeinflussen könnte. Im Reichstag kann die konservative Partei nur mit Hilfe des Zentrums eine Bedeutung haben, und obgleich sie im preußischen Landtage ein gewisses Übergewicht besitzt, kann sie es nicht ganz ausnützen, weil sie recht wohl fühlt, daß sie es nur der höchst veralteten und ausschließlich ad hoc zugeschnittenen Wahlordnung verdankt. Jede leiseste Änderung dieser Wahlordnung in demokratischer Richtung wird die konservative Mehrheit sofort vernichten, und daß das Verlangen nach einer solchen Reform sogar in Preußen allgemein ist, davon zeugen die Erklärungen der Regierung, welche ihre Durchführung sofort nach Beendigung des Krieges angekündigt hat.

Zahlenmäßig und qualitativ noch schwächer ist die nationalliberale Partei, welche die Interessen des Großhandels und der Großindustrie vertritt, welche den Krieg vor allen vom Gesichtspunkt materieller Vorteile beurteilt, und gerade deshalb verlangt sie so leidenschaftlich den schärfsten Krieg mit England; von diesem nämlich droht die größte Gefahr für die Umsätze und Gewinne der deutschen Großindustriellen und Kaufleute. Das Spekulationsselement, welches der ganzen Politik der Nationalliberalen innewohnt, trägt keineswegs dazu bei, ihre Einflüsse in der Volksgesamtheit zu vergrößern; sie bilden gegenwärtig im Grunde genommen eine wenig zahlreiche Gruppe, welche nicht durch ein politisches Programm, sondern durch die Gemeinsamkeit wirtschaftlicher Interessen zusammengeschlossen ist; sie sind im deutschen Reichstag fast eine quantität negligible, und im preußischen Landtag bestehen sie nur mit Hilfe der Konservativen, mit denen sie in vielen grundsätzlichen wirtschaftlichen Fragen oft auseinandergehen.

In dem Verhältnisse zu den Polen nahm diese Partei seit dem Jahre 1870 den unfreundlichsten Standpunkt ein; es gab kein gegen die Polen gerichtetes Ausnahmegesetz, das die Nationalliberalen nicht tatkräftig unterstützt oder angeregt hätten. Alle Minister und höheren Beamten, welche aus dem nationalliberalen Lager hervorgegangen sind, wie z. B. Miquel und Witting-Witkowski, stützten ihre politische Laufbahn auf den Kampf mit dem polnischen Element. Die polenfeindliche Losung ist die einzige politische Losung, welche sich dieses Lager angeeignet hat, und zwar hauptsächlich in der Zeit Bismarcks, als die liberalen Politiker glaubten, daß sie dadurch, daß sie einen krassen Nationalismus kundgeben, ihre Partei von der Last der Unpopularität befreien werden. Es hat sich jedoch gezeigt, daß im deutschen Volke nur eine solche Art marktchreierischer Chauvinismus nicht genügt; alle Wahlen haben denn auch den Nationalliberalen neue Niederlagen gebracht. Heute stellt diese Partei, welche noch im Jahre 1871 im deutschen Reichstag die ungeheure Mehrheit besaß und die Kraft in sich fühlte, mit dem Katholizismus den sogenannten Kulturkampf aufzunehmen, fast gar keine politischen Werte dar, und ihre Haltung Herrn von Bethmann-Hollweg gegenüber hat sie in der deutschen Staatspolitik des Rests ihrer Bedeutung beraubt.

Die Presse dieser Schattierung, welche mit der alldeutschen Presse eng verbunden ist, verfügt über einige gut ausgestattete Organe, wie die „Kölnische Zeitung“, die „Rheinisch Westfälische Zeitung“, die „Schlesische Zeitung“ u. a. m. Wenn diese Zeitungen zusammen mit den alldeutschen Blättern für die öffentliche deutsche Meinung maßgebend wären, könnte man aus den ihnen entnommenen Zitaten in der Tat die Vorstellung gewinnen, daß sich die deutsche Allgemeinheit der polnischen Frage gegenüber mit großem Vorurteil verhält. Sie vertreten jedoch nur ihre Machtgeber und Inspiratoren, während die katholische fortschrittliche und sozialistische Presse ungeheure Scharen von Lesern hinter sich hat. Im Deutschen Reichstage gehört kaum $\frac{1}{4}$ der Abgeordneten zur Opposition, die gleichzeitig das polenfeindliche Lager bildet, und dieses Verhältniß kann man allgemein auf Deutschland ausdehnen.

Wenn es also seitens der Polen wirklich eine große Unvorsichtigkeit wäre, auf Grund der deutschen Erfolge phantastische Pläne zu entfalten, so wäre es andererseits ein unverzeihlicher Fehler, den Stimmen der nationalistischen Presse entscheidende Bedeutung beizumessen und daraus Schlüsse zu ziehen, welche das ganze deutsche Volk umfassen. Eine solche pessimistische Auffassung, wie sie aus den Auslassungen eines großpolnischen Organs durchschimmert, ist ebenso schädlich und falsch, wie die Hypnotisierung der Volksgesamtheit mit unsäßbaren Losungen und Verspre-

chungen; wenn aber dieser künstliche Pessimismus zur Verteidigung der Politik der Untätigkeit und apathischen Passivität dienen soll, so kann man nicht umhin, unsere Allgemeinheit darauf hinzuweisen, daß die zu diesem Zwecke angewandten Argumente keine reale Unterlagen haben.

Aus Nr. 19 des Gazeta Narodowa (Posen)

vom 20. September 1916.

Die Konferenz beim Kanzler und die polnische Fraktion.

Manche Zeitungen haben deswegen an der Reichstagsfraktion Kritik geübt, weil sie auf der letzten Konferenz beim Reichskanzler nicht vertreten war. Andere Blätter brachten deswegen eine Anfrage. Angesichts dessen hat unser Berliner Berichterstatter die Angelegenheit an der Quelle geprüft. Hier sind seine Informationen:

Zu den Konferenzen beim Kanzler und bei den Ministern delegieren die Parteien ihre Vertreter nicht, sondern die Regierung ladet den ein, den sie einladen will, übrigens meistens die Führer der Parteien und außer ihnen noch andere Abgeordnete. Es kommt vor, daß gegebenenfalls nur Mitglieder einer Partei in einer sie näher angehenden Angelegenheit oder auch eine bestimmte Gruppe von Parteien, z. B. die größeren eingeladen werden. Manchmal werden auch Konferenzen abgehalten, zu denen die Mitglieder aller Parteien eingeladen werden. Diese Konferenzen haben einen informatorischen Charakter. Der Kanzler bietet in ihnen ein Exposé über die allgemeine Lage. Sie sind vertraulich, und schon deswegen tragen sie keinen offiziell parlamentarischen Charakter. Es findet sich in ihnen kein Platz zu verpflichtenden Erklärungen seitens der Parteien, sondern es erfolgt vielmehr eine Information seitens der Regierung über die allgemeine wirtschaftliche und politische Lage. Es ist gewissermaßen ein persönlicher Kontakt des Kanzlers mit ihm bekannten Abgeordneten, denen er seine Ansichten über den allgemeinen Stand der Sache mitteilt. Für die einzelnen großen Parteien haben die in den sie näher angehenden Angelegenheiten abgehaltenen speziellen Konferenzen eine größere Bedeutung, zu welchen, wie das auch schon in der Kriegszeit vorgekommen ist, die Mitglieder der Regierung Abgeordnete der betreffenden Partei einladen. Aber auch derartige Konferenzen haben keinen verbindlichen Charakter, da hier keine offiziellen Abordnungen der Parteien an die Regierung in Frage kommen.

Zu der letzten Konferenz beim Reichskanzler waren Abgeordnete aller Parteien eingeladen. Die Konferenz war wie immer streng vertraulich. Der Kanzler bot in ihr ein allgemeines Exposé betreffend überwiegend wirtschaftliche Angelegenheiten. Von den Polen waren die Abgeordneten Seyda und Dombek eingeladen. Beide konnten nicht kommen, da der eine zur Kur im Bade weilte und der andere sich gerade in dieser Zeit einer chirurgischen Operation unterzogen hatte. Es wurden daher zwei andere polnische Abgeordnete eingeladen, nämlich v. Trompczynski und v. Morawski. Von diesen konnte der erstere gleichfalls nicht erscheinen, der andere aber kam nach Berlin und war in der Konferenz anwesend.

Von den anderen Parteien konnten gleichfalls einige zur Konferenz nicht erscheinen, sogar einige an ihrer Stelle im letzten Augenblick eingeladene nicht, und zwar wegen allzugroßer Entfernung.

Aus Nr. 104 und 105 des Kraj (Lissa i. P.)
vom 21. und 22. September 1916.

Um die Solidarität der polnischen Fraktion im Reichstage.

I.

Die Initiative, welche von dem äußersten Flügel der nationaldemokratischen Linken in der polnischen Fraktion und dann vom „Dziennik Kujawski“ zwecks Änderung der Statuten und zwecks einer Umgestaltung des ganzen Organismus der Fraktion ergriffen wurde, ist eine sehr interessante Erscheinung. Sie bedeutet gewissermaßen den Vorboten einer Trennung im Lager der Nationaldemokraten nach Art der Sezession, die sich schon früher vor dem Kriege außerhalb des preussischen Gebietes vor allem in Warschau in der polnischen Nationaldemokratie vollzogen hatte. — Die gegenwärtigen nationaldemokratischen Sezessionisten bei uns, wenn wir sie jetzt schon so nennen dürfen, treten nach außen hin allerdings noch für den Grundsatz einer unbedingten Solidarität oder mit anderen Worten für die Herrschaft der Mehrheit über die Minderheit in der Fraktion ein, aber im Grunde genommen haben sie, als sie die Initiative zur Umgestaltung des Organismus und zur Änderung der Satzungen der Fraktion ergriffen, mit dem von dem Gros unserer Nationaldemokratie repräsentierten Prinzip einer Majorisierung der Minderheit durch die Mehrheit gebrochen. Es ist nämlich nicht anzunehmen, daß sie, als Männer, die mit der Politik vertraut sind, auch nur einen Augenblick daran zweifeln sollten, daß nachdem die Erörterung über diese Angelegenheit eingeleitet worden ist, nicht nur sie allein, sondern auch andere ihre eigenen Forderungen stellen werden. Das wissen diese Herren natürlich sehr wohl, sie wissen auch, daß das bisherige Generalkommando der Nationaldemokratie mit Entsetzen ihrem Unternehmen zusieht, von welchem es eine Abnahme der Autorität und des Einflusses der gesamten Nationaldemokratie auf die Fraktion befürchtet. Die alte Posen'sche Nationaldemokratie nämlich, zufrieden mit dem künstlichen Einfluß, den sie in der Fraktion hierdurch gewonnen, vertritt immer noch den für sie so bequemen Standpunkt des „quieta non movere“. — man solle an dem bisherigen Grundsatz nicht rütteln. Der mehr radikale Flügel der Nationaldemokratie, verstärkt durch das sogen. „Kujawische Zentrum“ — den „Dziennik Kujawski“ und verschiedene sehr radikale Anhänger in Posen, ist dagegen mit der gegenwärtigen Lage nicht zufrieden und sucht die polnische Fraktion in eine abenteuerliche Politik selbst auf die Gefahr hin zu stürzen, daß dadurch die bestehenden geregelten Verhältnisse in der Fraktion aufgelöst würden und eine Diskussion entseffelt werde, aus der auch die Gegner der Nationaldemokratie einen sichtbaren Nutzen ziehen könnten. Es ist ja bekannt, daß einerseits in der Fraktion selbst der Gegensatz zwischen den radikalen und den alten Nationaldemokraten sich geltend macht, andererseits auch außerhalb der Fraktion der „Dziennik Kujawski“ und mit ihm andere Blätter, wie z. B. der „Postep“, ihre Angriffe gegen den der alten Nationaldemokratie angehörenden Vizepräsidenten der Fraktion richten.

Ob sich diese sezessionistische Richtung weiter entwickeln und zu einer offenen Sezession führen wird, wissen wir nicht, aber wir sehen jetzt schon klare Symptome derselben, die für den Zuschauer so recht interessant sind. Übrigens ruht die Grundlage dieser Richtung, von der die Richtigkeit des gegenwärtigen Organismus der Fraktion angezweifelt wird, in der Vergangenheit der Nationaldemokratie selbst. Es ist nämlich bekannt, daß unsere Nationaldemokratie, als sie noch in ihren Anfängen war, keineswegs für die Zentralisierung, zu haben war, die, wo es sich um die Fraktion handelte, unbedingte Solidarität hieß.

So trat sie anfangs, als sie sich noch schwach fühlte, gegen eine ihrem Wesen nach durch und durch zentralistische Institution, den Nationalrat auf. Es gingen damals mit ihr auch die konservativen und katholischen Elemente, die sich auf ihr altes, prinzipiell antiliberales oder antizentralistisches Programm stützten, Hand in Hand. Diese Elemente dachten noch an die Ära vor dem Kulturkampfe, wo man im Namen des zentralistisch-liberalen Grundsatzes unbedingter Solidarität die katholische, sogen. ultramontane Gruppe bekämpfte. Diese Gruppe stellte damals bei den Wahlen ein besonderes Programm auf; sie verlangte von der Fraktion ein Vorgehen zugunsten des hl. Vaters, sie bekämpfte die liberale, antikatholische Kandidatur Kroszowski, unter dem Protektorat des Erzbischofs Grafen Ledochowski trat sie für die berühmten vier kostbaren Punkte ein und verlangte, daß man zu Abgeordneten nur Männer wähle, welche klar und deutlich die römisch-katholische Weltanschauung vertraten. Nur blieb die katholische Partei ihrem Grundsatz auch ferner treu und änderte ihren Standpunkt auch dem Nationalrat gegenüber nicht, während es sich bei der Nationaldemokratie nur um die Taktik handelte. Deswegen steuerte auch die Nationaldemokratie, als sie sich besser organisiert und stärker fühlte, und als sie sah, daß sie die zentralistischen Institutionen schon beherrschen könne, mit vollen Segeln in das zentralistische Lager hinüber und schuf aus dem Zentralismus und der unbedingten Solidarität ihr Hauptpalladium. Dieselben Leute, welche anfangs dem Nationalrat, solange sie nicht sicher waren, daß sie ihn würden beherrschen können, nicht gewogen waren, wurden auf einmal zu seinen Lobpreisern, suchten seine Kompetenzen zu erweitern und ihn selbst zu einer Art nationaldemokratischer Regierung mit eigener Steuer- veranlagung usw. zu gestalten. Ebenso verhielt sich die Sache mit dem Wahlreglement und mit den Wahlkreisen. Die Nationaldemokratie, welche noch kurz vorher die unbedingte Solidarität kritisiert hatte und in der Person des Abgeordneten Bernhard von Chrzanowski öffentlich gegen sie aufgetreten war, fing auf einmal die Majorisierung der Minderheit der Fraktion durch die Mehrheit als ein nationales Heiligtum zu betrachten an. In Sachen der Reform des Wahlreglements war die Aktion der Nationaldemokratie anfangs ebenfalls zentralistisch. Als nämlich von der katholischen Seite her die sehr populäre Lösung gefallen war, die Wahlkreise zu teilen und hierdurch der Landbevölkerung einen größeren Einfluß auf die Wahl der Kandidaten, die bis dahin ausschließlich von den Kreisstädten abhängig war, zu gewähren, wiedersetzte sich die Nationaldemokratie diesem Projekte mit aller Gewalt. Sie mußte schließlich nachgeben, weil das Projekt sehr populär war, aber sie betrachtete diese Reform des Reglements im katholischen und volkstümlichen Sinne auch weiter noch als ein großes Unglück.

So sehen wir in der Vergangenheit unserer Nationaldemokratie zwei Programme. Das ist gegenwärtig auch der Grund für die beginnende Trennung und Sezession im Lager der Nationaldemokraten.

Die alte opportunistische Gruppe möchte von dem gegenwärtigen status quo abweichen, weil sie ganz genau weiß, daß anderswo, besonders in Galizien und in Warschau, die Nationaldemokratie bereits ganz ausgespielt hat, und daß auch bei uns zuerst die Volkspartei und dann die Realisten und Konservativen sich von ihr unabhängig machen wollen. Ihr letzter Trumpf ist somit der Einfluß, den sie noch auf einen Teil der höheren Schichten der Bevölkerung in der Provinz, Posen ausübt. Diesen Einfluß sucht sie zu behalten indem sie darauf rechnet, daß die Leser ihrer Organe es nicht wissen, daß einerseits die Volkspartei in Preußen sich von ihr ganz, und zwar zuerst abgewandt hat, und daß andererseits ihre Herrschaft in

den vor dem Kriege, also unter anderen Verhältnissen aus der Wahl hervorgegangenen Kreisen nur noch so lange stark genug ist, als an der gegenwärtigen Verfassung und dem Organismus dieser Kreise nicht gerüttelt wird. Diese Gruppe der Nationaldemokratie ist denn auch, da sie um die Existenz und die Autorität der ganzen Partei nach außen hin besorgt sein muß, in politischer Hinsicht relativ noch am gemäßigtesten. Sie muß nämlich auch damit rechnen, daß, wenn man den Bogen zu sehr spannt, für die Konsistenz der polnischen Fraktion Folgen sich ergeben könnten, welche auch für sie keineswegs angenehm wären. Anders verfährt die im Werden begriffene Sezession. Sie rückt rücksichtslos vor. Sie drängt im Interesse der Partei, d. h. der Sezession, nach einem sofortigen Resultat, und dieses Resultat soll um jeden Preis, evtl. selbst auf Kosten der Partei die Entzweiung der Polen und der Regierung sein. Das Interesse der polnischen Bevölkerung erheischt eine gemeinsame, wirksame Arbeit, das Abwarten des Endes des Krieges und die Durchführung der „neuen Orientierung“; aber die nationaldemokratische Sezession nimmt darauf keine Rücksicht. Deswegen verurteilen wir ihre Handlungsweise auf das allerschärfste und fühlen uns in dieser Hinsicht der alten, noch herrschenden Gruppe der Nationaldemokratie näher, wenn von einer „Nähe“ hier überhaupt die Rede sein kann. Nur einen Punkt im Programm der Sezessionisten könnten wir mit Genugtuung begrüßen, nämlich die Tendenz nach einer Kritik der polnischen Fraktion seitens des polnischen Volkes und nach einer Revision der Satzungen der Fraktion.

Wer übrigens die Entwicklung der radikalen Parteien kennt, der weiß es, daß Sezessionen in ihnen schließlich den Sieg davontreiben. Die radikalen Parteien werden nämlich in der ganzen Welt, sobald sie ans Ruder gelangt sind, mit der Zeit, und zwar nach natürlichem Gang der Dinge, opportunistisch; sie suchen sich am Ruder dadurch zu erhalten, daß sie mit den Gegnern rechnen. Dann aber bäumt sich die radikalste Gruppe in ihnen auf und tritt gegnerisch gegen ihre bisherigen Führer auf. Und fast immer bleibt sie die Siegerin; die ganze Partei folgt ihr dann nach. So wird es wohl auch der polnischen Nationaldemokratie ergehen. Sie sät Terrorismus, jetzt erntet sie ihn in ihrer eigenen Mitte. Schon haben ja ihre vernünftigeren Führer recht unzweideutige Drohungen in den Blättern kosten müssen. Leichter ist aber noch die Agitation, die hinter den Blätterdrohungen, der Zensur weniger ausgesetzt, gegen sie betrieben werden kann.

Es wird dann nicht schwer fallen, auch die ganze polnische Fraktion zu terrorisieren. Die radikale Gruppe in der Nationaldemokratie siegt wahrscheinlich zuerst, und da haben wir wohl das Richtige getroffen, als wir im letzten Artikel behaupteten, daß der „Dziennik Rujawski“ und seine Hintermänner das Recht hätten, im Namen aller Nationaldemokraten aufzutreten. Schweren Herzens und der Konsequenzen sich wohl bewußt, werden dann dieser drohenden radikalen Gruppe auch die vernünftigeren Führer der Nationaldemokratie folgen müssen. Und jetzt sind schon Versuche in Erscheinung getreten, sogar die ganze polnische Fraktion auf den Weg einer abenteuerlichen Politik zu leiten, die an die Regierung Forderungen in der Weise stellen sollte, daß sie nicht berücksichtigt werden könnten, und in einer Zeit, wo nicht die geringste Aussicht auf Erfüllung vorhanden wäre, und alles dieses nur zu dem Zwecke, um nachher im Volke auf die Regierung und die Deutschen schimpfen zu können.

Cui bono? Doch wohl nicht zum Vorteile der Bevölkerung? Gewinnen würden dabei sicher nur die Radikalen reinsten Wassers, und zwar auf beiden Seiten: Bei uns die Radikalsten selbst, und auf der

anderen Seite die Anhänger des „Ostmarkenvereins“, welche übrigens in ihren Publikationen schon jetzt unseren Radikalen eine ganz hübsche Reklame machen. Für entschiedene Anhänger derjenigen Politik, die nach unserer Ansicht die vernünftigste und sowohl für die Polen als auch für den Staat die vorteilhafteste ist, wird dann aber wenigstens eine Klärung der Lage eintreten. Wenn nämlich die Radikalen den Bogen zu stark gespannt haben, dann werden auch diejenigen, welche ihrerseits, wenn auch an und für sich Gegner der Nationaldemokratie, in opportunistischer Weise doch noch mit dem gemäßigteren Flügel derselben bis dahin rechneten, endlich freie Hand zum Handeln gewinnen. Und vielleicht wird es so auch am besten sein.

Es gibt übrigens noch einen Faktor, der ein unmittelbares, wesentliches Interesse daran hat, daß die Polen in den Kammern demonstrieren und ihre Opposition daselbst in schreiendster Weise markieren, und dieser Faktor ist die Entente. Sie ist ja gewohnt, andere für sich zu opfern und auszubeuten. Was schadet es ihr, daß es uns dann schlechter geht, daß wir den Verlust der versprochenen Neuorientierung riskieren, wenn sie nur nachher vor Europa erklären kann, daß unter den Polen hier eine die Regierung bedrohende Gärung herrsche. Es vergift aber die in diesem Sinne wirkende Entente das eine, daß es hier doch auch polnische Patrioten gibt, die um ihr Volk wirklich besorgt und zugleich bereit sind, alle ihre Kräfte zu entfalten und alle Rücksichten fallen zu lassen, wenn es gilt, der Stimme des Gewissens zu folgen und einer so verderblichen Arbeit entgegenzuwirken. Weiter vergift die Entente noch das, daß heute, Gott sei Dank, auch schon der größere Teil unserer Presse einen vernünftigen Standpunkt einnimmt, und sich nicht dahin wird hinreißen lassen, wo ihn die wühlerische Gruppe hintreiben möchte.

II.

Solidarität ist ein Fremdwort, welches in seinem rücksichtslosesten Sinne von unserem Liberalismus und später auch von unserem Radikalismus anderen Völkern entliehen wurde. Einigkeit und Eintracht sind dagegen polnische Bezeichnungen, und diese gerade, nicht etwa Fremdwörter, bringen das zum Ausdruck, was der polnischen Nation not tut. Im Reichstag gibt es nämlich viele Parteien, und jede von ihnen hat ihr eigenes, scharf markiertes Programm, welches sich der Aufgabe der einzelnen Parteien gemäß in ziemlich engen Grenzen bewegt.

Es gibt dort konservative Agrarier und auch freisinnige, welche die Börse und den Handel repräsentieren. Es gibt ein Zentrum, welches ausschließlich Repräsentant der deutschen Katholiken aller Volksschichten ist, es gibt weiter Welsen, welche die Rechte des Königshauses der Welsen vertreten, Nationalliberale, welche das Interesse des kapitalistischen Liberalismus wahrnehmen, sowie Sozialdemokraten, welche als Verteidiger nur einer Volksklasse im Gegensatz zu den anderen auftreten.

Die polnische Fraktion bedeutet etwas anderes. Sie ist die Repräsentantin der gesamten polnischen Bevölkerung in der preußischen Monarchie und im deutschen Reiche. Sie ist somit nicht eine Partei im engeren Sinne des Wortes, sondern die Gesamtrepräsentantin der verschiedensten Gruppen und Interessensphären eines ganzen Volkes. Sie vertritt ebenso die Stadt Posen, wie das Land, ebenso unsere Landwirtschaft, wie den Bergbau in Schlesien, ebenso die Arbeiterklasse, wie den größeren Besitz und ebenso die polnische Bevölkerung in Westpreußen, wie unsere Auswanderer in Westfalen, in der Rheinprovinz, in Berlin oder in Sachsen. Sie ist also die Vertreterin

eines Volkes, das in seinen Bedürfnissen verschiedenartig und nur im Bewußtsein der nationalen Brüderschaft einig ist. Die deutschen Parteien hätten somit wohl eher das Recht, von ihren Mitgliedern unbedingte, absolute Solidarität zu verlangen. Sie tun es trotzdem nicht, weil sie es geradezu für unmoralisch halten, das Gewissen der Abgeordneten zu vergewaltigen und die Abgeordneten für eine Sache stimmen zu lassen, die diese als dem Interesse ihrer Wähler schädlich betrachten. Die polnische Fraktion als eine anders geartete Institution, als Vertreterin der Gesamtheit, hätte nun noch weniger Recht als jede andere Partei, von der jedesmaligen Minderheit zu verlangen, daß sie sich von einer zufälligen, mit jeder neuen Wahl wechselnden Mehrheit majorisieren lasse. Und doch ist sie die einzige unter den Parteien, deren Satzungen einen Paragraphen enthalten, welcher die unbedingte Solidarität anordnet. Diesem Paragraphen lagen in seinem Ursprunge zwei Motive, ein gutes und ein schlechtes, zu Grunde. Das gute bestand in der Sorge um die nach außen hin fundzugebende Einheitlichkeit und Einmütigkeit der Fraktion den übrigen Parteien gegenüber. Es handelte sich, und zwar mit Recht, darum, daß die Polen im Reichstage nicht in einzelne unbedeutende Gruppen zerfielen, sondern daß sie stets nach außen hin das ganze Volk repräsentierten. Dieses Motiv war und bleibt gut und lobenswert. Aber diesem Motiv schloß sich bald ein anderes schlechtes, ein liberales an, welches nach der Vernichtung jeder Ideenautonomie im Volke trachtete, alle politischen Faktoren wie leblose Objekte unter eine Schablone bringen, jede Meinung des Einzelnen, jede Freiheit des Wortes und des Gedankens unterdrücken und die polnische Fraktion, die bis dahin eine angesehene Repräsentantin des gesamten Volkes war, zu einer Marionette, zu einer Partei und einer Zeitungsgruppe machen wollte. Dieser unbedingte Zentralismus war für den Begriff der Einheit und Eintracht sowohl im Verhältnis des polnischen Volkes zur Fraktion als auch in der Fraktion selbst von einer höchst schädlichen Einwirkung. Seither hörte denn auch die Diskussion über dieses Thema, sowie der Zweifel an dem Nutzen einer so aufgefaßten Solidarität nicht mehr auf, und je mehr der Bogen gespannt wurde, desto heißer wurde natürlich die Diskussion. So kam es denn, daß, als vor einigen Jahren drei Abgeordnete, unter ihnen zwei Arbeiter, anders, als die übrigen Mitglieder der Fraktion im Parlamente stimmten, vom zentralistischen Liberalismus förmliche Blige auf sie geschleudert wurden. Das hat allerdings diesen sonst sehr ehrenwerten und in Eintracht wirkenden Mitgliedern der Fraktion nicht im geringsten geschadet. Ein ähnlicher Fall hat sich später auch auf Seiten der Volkspartei zugetragen.

Eins kann bei dem Solidaritätsprinzip in der polnischen Fraktion doch Wunder nehmen. Diese Fraktion, um die unbedingte Solidarität sonst so sehr besorgt, läßt hier eine einzige Ausnahme zu, nämlich dann, wenn es sich um katholische Angelegenheiten handelt. Auf Grund dieser Ausnahme hat sich auch schon einmal ein bedauernswerter, wenn auch charakteristischer Fall ereignet. Als es sich nämlich um die Frage der Leichenverbrennung, welche von der katholischen Kirche verboten wird, handelte, erklärte einer der polnischen Abgeordneten, seine Überzeugung gestatte ihm in diesem Falle nicht, sich seiner Fraktion, welche gegen das Gesetz stimmte, anzuschließen. Er stimmte dann auch selbst für das Gesetz nicht mit. Er brauchte ja wegen Krankheit, wegen Abwesenheit in Berlin, oder aus sonst irrend einem Grunde an der Sitzung nicht teil zu nehmen, wodurch ihm die Erklärung erspart worden wäre, daß er mit seiner Fraktion nicht stimmen wolle. Er tat es nicht, und war eigentlich auch in seinem Recht. Die Satzungen der polnischen

Fraktion gestatteten ihm, so zu handeln, obwohl natürlich nach katholischen Grundsätzen die Vertreter eines so durch und durch römisch-katholischen Volkes, wie es das polnische ist, zu einer unbedingten, absoluten Solidarität im Befunden ihrer katholischen Weltanschauung verpflichtet sind.

Um so eifriger verteidigten dafür bis unlängst die Radikalen das Prinzip der unbedingten Solidarität auf allen anderen Gebieten, nämlich auf dem sozialen, ökonomischen und politischen. Und sie brachten es mit ihrer rücksichtslosen Majorisierung und der ebenso rücksichtslosen Ausnutzung ihrer zufälligen Mehrheit auch wirklich soweit, daß man bereits vor dem Kriege, besonders in Schlesien zu überlegen anfangte, ob für die Zukunft solche Zustände überhaupt noch haltbar wären. Seit dem Ausbruch des Krieges wurde diese Frage noch akuter. Von nun an trat nämlich die polnische Frage schon in die Öffentlichkeit; — die Gegensätze in den Anschauungen spitzten sich deshalb noch mehr zu. Die Ideenrevolution nahm dann in der polnischen Bevölkerung größere Dimensionen an. Das konnte natürlich auch auf die polnische Fraktion nicht ohne Einfluß bleiben. So wurde die Spaltung in der Fraktion immer wahrscheinlicher. Es läßt sich allerdings nicht leugnen, daß der vernünftige Teil der Nationaldemokratie diese Gefahr stark merkte und vor allem durch das Einwirken des Vizepräsidenten, bei dem auch der Gegner den guten Willen im nationalen Dienste, viel Taktgefühl und Gewandtheit anerkennen muß, die Einheit in der Fraktion und zwar vorläufig mit Erfolg zu erhalten suchte. Ob aber diese Einheit angesichts der nationaldemokratischen Agitation auch für die Zukunft zu erhalten sein wird, ist immerhin zweifelhaft. Wir wissen zwar von Abgeordneten, daß es in der Fraktion schon öfters Situationen gab, wo die Einheit stark gefährdet war und doch noch wiederhergestellt wurde. Die Fraktion wählte dann ganz einfach den Mittelweg. Eine vielleicht nicht mehr ferne Zukunft wird uns zeigen, ob dieses auch späterhin möglich sein wird.

Einer politischen Kritik wurde die Fraktion während des Krieges von zwei Seiten ausgesetzt. Ein Teil, und zu diesem zählen auch wir, ist der Ansicht, daß die Fraktion nach den Reden des Reichskanzlers nicht in hinreichender Weise die Hand zum Frieden gereicht habe, der andere Teil, und dieser rekrutiert sich aus den extremen radikalen Elementen, verlangt, daß die Fraktion zur Politik des Protestes schreie.

Vor dieser Richtung warnen wir. Sie ist die gefährlichste Feindin, die es für die nationale Einheit überhaupt geben kann. Es ist nämlich unmöglich, von ehrlichen Abgeordneten zu verlangen, daß sie direkt gegen ihre Überzeugung handeln, daß sie die Hand zu Dingen bieten, von denen sie sicher wissen, daß sie der nationalen Sache schädlich sind. Deswegen etwa, daß ein Doktor A. oder ein Rechtsanwalt B. oder auch ein Redakteur C. ein bißchen demonstrieren wollen, oder daß von Seiten der oder jener Redaktion für die künftigen Wahlen mit der Loslassung einer Schar wütender Agitatoren gedroht wird, darf ein braver Mann das alles, was ihm heilig und teuer ist, nicht mit Füßen treten; er darf den Haß von ganz Deutschland und eine spätere Drangsalierung seines Volkes nicht herausbeschwören.

Oder aber: Mögen schon die einen ihrem wühlerischen Instinkte nachgehen, aber dann mögen sie wenigstens auch den anderen gestatten, eine andere Richtung einzuschlagen, d. h. das Wohl ihres Volkes nach ihrer besten Überzeugung zu fördern. Eine rücksichtslose, tyrannische Solidarität in der Fraktion bedeutet nämlich die tatsächliche Vernichtung der Einheit, der Eintracht und des gegenseitigen Einvernehmens. Nur eine relative Solidarität, nämlich eine solche, die sich auf die Rücksichtnahme auf alle

Strömungen im Lande stützt, führt zur Stärkung des Gefühls der Zusammengehörigkeit. Wenn also Differenzen in den Anschauungen nicht mehr unter einen Nenner zu bringen sind, wenn die Vergewaltigung des Gewissens zu einer ganz evidenten wird, dann möge die Fraktion ihren Mitgliedern in diesem oder jenem Fall lieber freiwillig Dispens zu einer separaten Abstimmung erteilen, als daß gewaltige Gegensätze nach außen hin ausbrechen. In diesem Sinne wäre wohl die von der nationaldemokratischen Sezession inaugurierte Revision der Satzungen sehr notwendig.

Aus Nr. 115 der Gazeta Grudziadzka (Graudenz)
vom 27. September 1916.

Der Kampf der Alldeutschen und Hakatisen gegen den Kanzler.

Unter der vorstehenden Überschrift führt das Graudenzener Blatt u. a. folgendes aus: Das deutsche Reich führt auf allen Fronten mit seinen Verbündeten den Kampf ums Dasein. Wie es scheint, ist der Augenblick gekommen, der über das endgültige Ergebnis des Weltkrieges entscheiden soll. An allen Fronten sind in der letzten Zeit so heftige und wilde, so furchtbare und blutige Kämpfe geführt worden, wie sie die Weltgeschichte bisher nicht kannte — und diese Kämpfe dauern ohne Unterbrechung fort.

In derselben Zeit, in welcher auf der Geschichtsuhr die Stunde des Schicksals des deutschen Volkes schlägt, sind wir Zeugen, wie kleine, aber einflußreiche Gruppen deutscher Politiker gegen den verantwortlichen Lenker des deutschen Staates, den Herrn Reichskanzler und preussischen Ministerpräsidenten von Bethmann Hollweg, einen so heftigen Kampf führen, wie ihn die deutsche Volksgesamtheit bisher noch nie gesehen hat. Noch niemals hat in Friedenszeiten der Lenker der deutschen Regierung so heftige, rücksichtslose und giftige Überfälle und Kämpfe über sich ergehen lassen müssen, wie sie Herr v. Bethmann Hollweg jetzt in der Zeit des Krieges von Seiten der Hakatisen und Alldeutschen, also von den Leuten an seinem Leibe verspürt, die für gewöhnlich jedes Hervortreten der polnischen Zeitungen und der polnischen Abgeordneten gegen die Regierung einen Staatsverrat genannt haben.

Unsere Leser erinnern sich der letzten Verhandlungen im Parlamente, während welcher der Kanzler mit einer großen Rede aufgetreten war und die „Banditen der öffentlichen Meinung“ gebrandmarkt hat, die bestrebt gewesen sind durch beleidigende Broschüren und Flugblätter die Meinung des deutschen Volkes zu vergiften und den Kanzler anzuschwärzen. Es schien, daß nach jenen Auseinandersetzungen im Reichstage, als die große Mehrheit des deutschen Parlaments die alldeutsche und hakatische Arbeit verurteilte, Frieden eintreten würde. Das war jedoch ein Irrtum. Der Kampf wurde weiter geführt, anfangs mehr im Versteck, dann aber um so offenkundiger. Jetzt, vor der Zusammenkunft des Reichstages, wird dieser Kampf wieder mit unerhörter Verheerung geführt. Es kam sogar dazu, daß man sich erdreistete zu sagen, der Kanzler belüge das deutsche Volk. Das ist eine unerhörte Sache, wie sie die Geschichte des deutschen Volkes nicht kennt! Der Zweck dieser Kämpfe ist immer derselbe, nämlich: den Kanzler zu stürzen und ihn vielleicht durch den Fürsten Bülow oder eine ähnliche Person zu ersetzen. Die Gegner des gegenwärtigen Kanzlers halten nicht mehr zurück und bekennen ganz offen, worauf sie abzielen.

Die alldeutsche und hakatische „Unabhängige National-Korrespondenz“ sagt ganz offen, daß es sich

jetzt um den Kanzler selbst handle. Der Sinn ihres Artikels ist: fort mit dem Kanzler — er muß gestürzt werden!

Ein anderes deutsches Blatt, „Die Deutsche Volkszeitung“, veröffentlicht einen Brief des national-liberalen Herrn Körting, der an den Führer der National Liberalen, Herrn Bassermann, schreibt, man müsse im Reichstag den Antrag wegen eines Mißtrauensvotums für den Kanzler stellen und dafür eintreten, ihn zu stürzen, um das Deutsche Reich vor der fehlerhaften Regierung dieses unglückseligen Menschen zu retten.

Solche und ähnliche Stimmen lassen sich in den deutschen und hakatischen Zeitungen hören.

Die „Germania“ stellt fest, daß dieser Kampf gegen den Kanzler dem Deutschen Reiche ungeheuer schade. In Holland und in der Schweiz sagten sowohl die Gegner wie die Neutralen, daß es mit dem Deutschen Reiche bald aus sein werde, weil daselbst ein innerer Kampf entbrannt sei, wie man ihn selbst zu Friedenszeiten nicht gesehen habe. Und die Engländer sagten: Die Uneinigkeit der Deutschen werde ihnen zum Siege verhelfen.

Und was ist denn nun eigentlich der Grund dieses heftigen Kampfes der Hakatisen und Alldeutschen gegen den Kanzler?

Scheinbar handelt es sich darum, daß der Kanzler keinen energischen Unterseebootkampf gegen England haben will, was natürlich nicht wahr ist. Der Kanzler soll auch keinen energischen Kampf der Zeppe line und Flugzeuge gegen England haben wollen; das soll Graf Zeppelin in einem Briefe geschrieben haben. Und als der Brief des Grafen Zeppelin, in welchem dieser feststellt, daß im Luftkampfe alles geschehe, was nur möglich sei, veröffentlicht wurde, schrieben die alldeutschen und hakatischen Blätter, daß noch zwei andere Briefe des Grafen Zeppelin vorhanden seien, in denen der Graf ganz anders geschrieben habe.

Neuerdings soll der Reichskanzler den Admiral Tirpitz beleidigt haben, weshalb die Heße gegen ihn noch größer geworden ist.

In sehr maßgebenden deutschen politischen Kreisen wird behauptet, daß das alles nur Schein sei. Der Hauptgrund der Hakatisen und Alldeutschen, weshalb sie danach trachten, den gegenwärtigen Kanzler zu stürzen — ist zunächst sein Versprechen, die innere Politik, die Politik gegenüber den Polen zu ändern und die antipolnischen Geize in die Rumpfkammer zu werfen, ferner das Versprechen, das Landtagswahlrecht zu ändern, welches im preussischen Landtage den hakatischen und alldeutschen Konservativen die Mehrheit gibt. Die weiteren Gründe des rücksichtslosen Kampfes der Feinde des Kanzlers sind, daß der Kanzler ein Gegner der Annexionspläne der Hakatisen und Alldeutschen ist, daß er Belgien nicht haben will, und daß er auch nicht daran denkt, das Königreich Polen zu nehmen, weil er das alles für Sachn hält, die dem deutschen Staate Schaden bringen. Der Kanzler ist im Gegenteil dafür, wie das eine sehr hochgestellte amtliche Person feststellt, daß das Königreich Polen selbständig, also ein unabhängiger Staat mit einer eigenen nationalen Armee wird, weil der Kanzler von einem solchen Stande der Sache hofft, größere Vorteile für den deutschen Staat zu erringen.

So ist denn an diesem Kampfe der Hakatisen und Alldeutschen auch das polnische Volk sehr interessiert. Wenn es nämlich den Alldeutschen und Hakatisen gelingen sollte, den Reichskanzler zu stürzen und es dahin zu bringen, daß auf seinen Posten Fürst Bülow oder eine ihm ähnliche Person käme, wenn also in diesem Kampfe die Alldeutschen und Hakatisen den Sieg davontragen würden, die es gern haben möchten, daß die antipolnische Politik

nicht nur weitergeführt, sondern noch verschärft würde, die kein unabhängiges Polen haben wollen, sondern sich wünschen, daß Polen vom preußisch-deutschen Staate abhängig wäre — wenn also die Hakatisten und Alldeutschen, die in ihrer Verblendung die einfachsten Interessen ihres eigenen Volkes nicht verstehen, siegen würden, dann weiß die polnische Volksgesamtheit des preußischen Gebietsteils, was sie zu erwarten hat. Aber auch das gesamte polnische Volk weiß sehr wohl, was es von den Hakatisten und Alldeutschen erhoffen kann.

Angeichts dessen ist der Standpunkt eines jeden denkenden polnischen Politikers gar einfach und klar. Kein denkender polnischer Politiker kann anders handeln, als den Reichskanzler energisch unterstützen, und zwar schon aus dem einfachen Grunde, weil es, wer auch nach dem Willen der Hakatisten und Alldeutschen die Stelle des Reichskanzler einnehmen mag, um so schlimmer sein würde.

Wenn wir auf den Kampf der Hakatisten und Alldeutschen gegen den Reichskanzler blicken, so müssen wir wider Willen ihr Verhalten gegenüber dem Kanzler und der Regierung während der Zeit des Krieges mit dem Verhalten der polnischen Volksgesamtheit des preußischen Gebietsteils vergleichen. Die polnische Volksgesamtheit hat vielfache Ursachen zur Unzufriedenheit. Zwei Kriegsjahre sind dahingegangen. Die Opfer des polnischen Volkes an Gut und Blut sind ungeheuer — und doch ist noch nichts zusehen, daß die Regierung jetzt schon mit der versprochenen neuen Orientierung den Anfang machen wollte. Die Regierung hält damit mit Rücksicht auf diejenigen, die sie heute so sehr bekämpfen, zurück; sie wollte den inneren Kampf vermeiden. Und hat sie ihn vermieden?

Trotz allem denkt die polnische Volksgesamtheit nicht daran, den Kanzler und die Regierung in ähnlicher Weise zu bekämpfen, wie es die Hakatisten und Alldeutschen tun, und zwar weder in den Zeitungen noch im Reichstage. Die polnische Volksgesamtheit aber wünscht, daß der Kanzler und seine Regierung aus den unaufhörlichen Hehen und Kämpfen der Hakatisten und Alldeutschen die klare Lehre zögen, daß sie nach ihnen nichts zu fragen haben, daß vielmehr, wie in anderen Sachen, so auch in Sachen der neuen Orientierung gegenüber den Polen entschiedene und energische Schritte getan werden müßten und daß schon jetzt der ganze Ballast des antipolnischen Systems in die Kumpfkammer wandern sollte.

Die Hakatisten und Alldeutschen müssen vor die vollendete Tatsache gestellt werden. Wenn sie sich überzeugt haben werden, daß alles vollendet, daß alles gemacht worden ist, dann werden sie sich früher beruhigen. Solange sie immer noch Hoffnung haben, daß sie den Kanzler und seine Regierung einschüchtern, oder daß sie sie stürzen können und daß sie damit auch gleichzeitig die den Polen gegebenen Versprechungen beseitigen werden, — so lange werden ihre Wühlereien nicht aufhören.

Es liegt somit im Interesse des inneren Friedens, daß die neue Orientierung, die allgemeine und allseitige Orientierung, schon jetzt durchgeführt wird.

Im Reichstage kann man auf interessante und vielleicht sehr lebhafteste Verhandlungen gespannt sein.

Aus Nr. 112 der Gazeta Grudziadzka (Graudenz) vom 20. September 1916.

Polen eine Last für Rußland.

Verschiedene Freunde Rußlands möchten es durchaus haben, daß Rußland im Falle des Sieges der Vierverbandsmächte alle polnischen Lande in seine Hand nehmen sollte. Rußland selbst aber denkt gar nicht daran, das zu tun, es erachtet sogar Polen für sich als eine Last.

Der Berichterstatter vom Balkan der holländischen Zeitung „Nieuwe Rotterdamse Courant“ teilt mit, daß ein in den Balkan-Angelegenheiten maßgebender russischer Diplomat ihm erzählt habe, der Hauptgrund der Beteiligung Rußlands am gegenwärtigen Kriege liege darin, daß es Konstantinopel und die Dardanellen beherrschen wolle. Dieser russische Diplomat habe gesagt, daß niemand in Rußland, der nur ein wenig politischen Verstand besitze, und mit der Zukunft rechne, den Wunsch hegen könne, daß der benachbarte österreichisch-ungarische Staat von der Welt verschwinden sollte und daß an seiner Stelle ein ungarischer Staat, kroatische und polnische Staaten mit nationalen Regierungen entstehen sollten.

Mit Deutschland habe Rußland vor dem Kriege überhaupt keine sich widersprechenden Interessen gehabt, und wenn z. B. Deutschland Rußland geholfen haben würde, ein für alle Mal freie Durchfahrt durch die Dardanellen zu erreichen, dann wäre es überhaupt zwischen Deutschland und Rußland zu keinem Kriege gekommen. Rußland hätte sich damit einverstanden erklärt, daß Deutschland die Bagdadbahn gebaut hätte.

Auch russische Offiziere, die in Gefangenschaft geraten sind, hätten dem holländischen Korrespondenten erzählt, daß für Rußland die Eroberung der Stadt Konstantinopel die wichtigste Sache sei, weit wichtiger als die Wiedergewinnung des Königreichs Polen und Galiziens. Nach der Meinung jener russischen Offiziere denke Rußland gegenwärtig garnicht mehr daran, Polen wieder zu erobern. Seine großen Armeen sollten nach dem Balkan gehen; nötigenfalls würde die Offensive an der Front von Riga bis zu den Karpathen zum Teil oder völlig aufgegeben werden. Rußland führe Krieg um die Gewinnung von Konstantinopel und der Dardanellen, und das müsse es erreichen, alles andere seien Sachen von geringerer Bedeutung.

So hätten nach der Mitteilung des Korrespondenten der holländischen Zeitung „Nieuwe Rotterdamse Courant“ sich zu ihm der hervorragende russische Diplomat und die russischen Offiziere geäußert.

Es kann sein, daß darin viel Wahres enthalten ist. Daß an der Front von Riga bis nach Wolhynien schon seit langem Ruhe herrscht, ist bekannt; in der letzten Zeit herrscht an der wolhynischen Front bis zu den Karpathen immer mehr Ruhe. Es ist ziemlich wahrscheinlich, was jener holländische Korrespondent schrieb, denn die „Nowoje Wremja“ sagt in einem Artikel, den wir bereits angeführt haben, daß Rußland garnicht daran denke, mit Deutschland bis zum äußersten Krieg zu führen, so lange bis das Haus Hohenzollern durch die russischen Bajonette gestürzt sein wird, bis das deutsche Volk vollständig vernichtet ist.

Es ist nur eigentümlich, daß man das jetzt hört nach zwei Kriegsjahren und nachdem alle russischen Offensiven mißlungen sind.

Aber es sei dem wie es wolle. Der Artikel der „Nowoje Wremja“ kann eine Bestätigung dessen sein, was jener russische Diplomat zu dem Korrespondenten der holländischen Zeitung geäußert hat.

Verschiedene Freunde Rußlands möchten diesem durchaus alle Teile Polens abgeben. Sie wollen nicht die Freiheit und Unabhängigkeit des Königreichs Polen, denn sie sind der Meinung, daß die Erlösung für Polen nur im Zusammenhange mit Rußland zu finden sei, nicht aber in der Unabhängigkeit und Freiheit. Indessen aber kann man wahrnehmen, daß sich Rußland garnicht darum bemüht, Polen wieder zu erhalten. Für Rußland ist die Erwerbung Konstantinopels wichtiger. Ja, Polen ist sogar eine Last für Rußland! Das sagt ganz offenkundig in der Nr. 16 der Zeitung „Golos Rossyi“ Fürst Andronikow, und zwar in den nachstehenden Worten:

„Das Regieren Polens ist für Rußland nichts günstiges, nur eine Last, welche die Vorsehung Rußland auferlegt hat. Diese Last von sich abzuwälzen — das ist der Gedanke, welcher stets durch die russische Volksgemeinschaft warm unterstützt wird. Doch wie ist das zu machen?“

Also dieses Polen ist für das arme, unglückliche Rußland eine solche Last, daß alles Unglück aus Polen über das russische Land einbricht. So schreibt kein anderer, als Fürst Andronikow.

Armes Rußland!

Was Wunder, daß vor etwa 12 Jahren das Gerücht im Umlauf war, Rußland wolle das Königreich Polen für 7 Milliarden Mark an die Deutschen verkaufen. Der Handel soll nur deshalb nicht zustande gekommen sein, weil die Deutschen darauf nicht hätten eingehen wollen. Sie hätten genug an ihren Polen gehabt. Andere wieder behaupteten, Frankreich sei hindernd in den Weg getreten.

Es könnte fürwahr jemand denken, Polen habe sich i. Zt. bemüht, von den Teilungsmächten in die Obhut genommen zu werden, und daß gerade dieses arme Rußland durch Polen gezwungen worden sei, dieses für sich zu nehmen.

Wenn nun Polen für seine slawische Schwester eine solche Last ist, weshalb hat ihm denn Rußland nicht schon längst die Freiheit gegeben? Warum hat es die freiheitliche Bewegung mit Blut getränkt? Warum hat es, um an dieser Bewegung Rache zu nehmen, einen Wald von Galgen aufgestellt und die polnischen Lande mit einem Trauerflor überzogen?

Wenn dieses Polen auch heute noch eine solche Last für Rußland ist, weshalb weigert sich Rußland dann immer noch, mit der Freiheit Polens einverstanden zu sein? Warum will das russische Reich heute noch nicht einverstanden sein mit der Selbstverwaltung Polens?

Rußland denkt ja garnicht daran, Polen die Freiheit wiederzugeben, es denkt nur daran, das Land zu vernichten.

Polen soll also vernichtet werden! Man will wiederum ganze Wälder von Galgen aufstellen, das polnische Land in einem Meer von Blut ertränken und sich an der Marter des polnischen Volkes ergötzen. Das sind die Träume des russischen Beamtentums. Polen sei ihm eine Last, so schreibt Fürst Andronikow. Polen sei ihm im Wege. Es soll nämlich der Grund alles Unglücks, das Rußland betrifft sein. Aber diese Last loszuwerden, dieses unglückselige Polen abzuschieben und ihm die Freiheit zu geben — das will die russische Beamtenschaft nicht haben, sondern sie träumt nur davon, Polen zu traktieren wie eine aufrührerische Provinz und es zu vernichten!

Die Bekenntnis dieser unedlen polenfreßerischen Seelen wird sicherlich dazu beitragen, endlich denen die Augen zu öffnen, die da immer noch meinen, daß sie für Polen alles von Rußland erhoffen könnten.

Irren kann sich jeder, denn das ist menschlich. Vom russischen Volke hätte man wohl große Sachen erwarten können, denn es ist ein gutes und rechtschaffenes Volk. Als es sich aber gezeigt hat, daß die Kraft dieses Volkes gegenüber dem russischen Beamtentum garnichts bedeutet und auch durch fernere Jahrhunderte nichts bedeuten wird, hätten die Täuschungen verauchen müssen; und diejenigen, die sich geirrt haben, hätten ihren Irrtum erkennen müssen. Jedem einzigen, der etwas lernen will, zeigt das russische Beamtentum, daß es garnicht daran denkt, den Polen Erleichterungen zu gewähren; es denkt weder an eine Freiheit, noch an eine Selbstverwaltung für Polen, es denkt nur daran, wie das Land zu vernichten ist.

Was uns anbelangt, so glauben wir daran, daß der Allerhöchste, in dessen Händen die Schicksale aller

Völker liegen, wenn er erkannt haben wird, daß unser Volk für seine Schuld genug gelitten hat, das polnische Volk schützen und dem Königreich Polen die Freiheit wiedergeben wird, auch gegen den Willen derer, die dem polnischen Volke schaden möchten. Und wir glauben das, weil wir an Gott glauben.

Aus Nr. 211 der Gazeta Ludowa (Katowiz)

vom 17. September 1916.

Eine Freundschaft zwischen Deutschland und Rußland und die polnische Frage.

In der deutschen Presse wird weiter die Fehde darum geführt, wer der wirkliche und hauptsächlichste Feind Deutschlands sei, England oder Rußland. Die konservativen und nationalliberalen, selbst die freisinnigen Zeitungen sehen in England den unveröhnlichen und gefährlichen Feind, der es ewig bleiben werde, während die Freundschaft Rußlands für uns wichtiger und nützlicher sei als gute Beziehungen zu den Westmächten. Die ganze deutsche Politik müsse schon jetzt auf dieses Ziel hin eingerichtet, besonders auch die polnische Frage müsse in diesem Sinne behandelt werden. Einen interessanten Artikel veröffentlicht nach dieser Richtung hin der bekannte liberale Journalist Bernhard in der „Vossischen Zeitung“.

Er sagt in der erwähnten Zeitung anlässlich des Auftretens Rumäniens, diese Tatsache habe die Situation im Osten bedeutend geklärt. „Im Westen stehen gegenwärtig unsere größten Feinde, die wir zunächst besiegen müssen. Dort steht aber auch unser Partner der künftigen Verträge. Täuschende Freundschaftsbündnisse haben keine Bedeutung, wie dies die Geschichte der Ereignisse vor dem Kriege lehrt. Sie dienen nur zur Verschleierung der feindlichen Vorbereitungen. Wenn sich aber die Gegner nach heftigem Kampfe ausöhnen werden, dann können die Nationen den Frieden durch langfristige Verträge festnageln. Nicht immer muß hier die Feder verderben, was das Schwert erreicht hat. Und wenn im Osten der Sieg an unsere Fahnen geheftet sein wird, dann scheint es, daß selbst die geschickteste Feder nichts mehr wird verderben können. Jedenfalls können wir heute von Glück sagen, daß man nicht den Stimmen Gehör geschenkt hat, die im Osten schon jetzt neue Ordnung schaffen wollten. Denn es ist klar wie die Sonne, daß die polnische Frage nur eine der vielen Fragen ist, die unser endgültiges Verhältnis mit Rußland beeinflussen werden, und daß die polnische Frage nur im Zusammenhang mit wichtigen Balkanfragen gelöst werden kann. Der Bereich der Möglichkeit hat sich durch das Auftreten Rumäniens ins Unendliche vergrößert.“ — So sagt ein Realpolitiker, einer der hervorragendsten liberalen Journalisten Deutschlands.

Wie sehr weicht doch diese nüchtern realpolitische Behandlung der Angelegenheit durch einen deutschen Journalisten und den Hirngespinnsten gewisser erhaltener polnischer Pseudopolitiker ab, die es als unerschütterliches Dogma betrachten, daß das Interesse Deutschlands schon jetzt während des Krieges die Schaffung eines polnischen Staatswesens erheische.

Und wie sieht die Gemeinsamkeit der „Westkultur“ mit Deutschland aus, auf die sich einzelne unserer „Politiker“ so gern berufen, die mehr östlicher als westlicher Abkunft sind? — Man muß eine sehr schwache Vorstellung von dem Scharfsinn und dem Realismus der deutschen Politiker haben, um anzunehmen, sie seien gewillt, ihre polnische Tätigkeit auf solidarische Sentimentalität zu stützen. Wir werden hier nicht mit Zitaten der „Post“ oder der „Kreuzzeitung“ dienen, die hinsichtlich politischer Ansichten viel zu nahe dem absolutmonarchistischen russischen System stehen, um irgend welche kulturelle Rücksichten als Grund

zur Lösung der polnischen Frage Rußland gegenüber anzuerkennen. Hier verdient angeführt zu werden, was über dieses Thema ein deutscher Sozialist, der Gewerkschaftssekretär Jansson, in der sozialistischen Zeitung „Die Glocke“ schreibt. Bernhard zitiert ihn als klassischen Zeugen zur Unterstützung dessen, daß selbst die Linkskreise in Deutschland absolut nicht geschlossen diese „kulturellen“ Losungen teilen, die eine Annäherung an den Westen und einen rücksichtslosen Kampf mit dem „barbarischen“ Rußland zu suchen heißen. So sagt Jansson:

„Die Orientierung in der Politik mußte auf diejenige Seite hinneigen, auf welcher man den geringsten Widerstand findet, und welche die größere Zukunft hat. Findet dies auf die deutsch-englische Politik Anwendung? Ich beantworte diese Frage verneinend... Wer nach dem Beispiele der westlichen Demokraten und eines Teiles der neutralen Sozialisten auf den Phrasenleim gehen wird, daß die russische Gefahr nach der „deutschen Gefahr“ mit der Waffe in der Hand beseitigt werde, der gehe. Wir haben keine Veranlassung, diesen Wahnsinn zu unterstützen. Die Gestaltung der inneren Verhältnisse Rußlands hängt von den russischen Völkern ab, wir können dies nicht tun. Dagegen haben wir alle Veranlassung, uns den russischen Völkern zu nähern. Ihnen gehört die Zukunft, und England die Vergangenheit... Möge uns der Lärm wegen des Bündnisses mit dem Zar nicht irretieren.

Das Zar ist etwas gänzlich augenblickliches, vorübergehendes, und es ist ihm keine lange Lebensfähigkeit vorsehen. Aber die russischen Völker werden sich behaupten. Sie repräsentieren ewige Werte... Mit vollem Ernst müssen wir fragen, ob nicht schon der Zeitpunkt gekommen sei, unter der deutschen Sozialdemokratie die westlichen Illusionen zu begraben. Gewissen Intellektualisten, die einzelne Erscheinungen der Westkultur und politische Schemata mit der gleichen Eier verschlingen werden, wie französischen Salat, mag dies als Häresie erscheinen. Aber ein Freundschaftsverhältnis mit Rußland ist mehr wert, weil es uns den Frieden sichert und weil es unserer nationalen Wirtschaft, deren es heute mehr bedarf, denn je, für lange Zeit Beschäftigung gibt“.

Das ist die ziemlich klare Beleuchtung der Werte der „kulturellen“ Losungen in den deutsch-polnisch-russischen Verhältnissen durch einen Vertreter der äußersten Linken. Die deutsche Sozialdemokratie hat sich ihrer radikalen Lehren, unter denen „der Kampf gegen das Zar“ eine Ehrenstellung einnahm, zum großen Teile gründlich entledigt. Heute kämpfen die deutschen Sozialisten mit Rußland solange, als ihnen dies das nationale Interesse Deutschlands gebietet, ebenso werden sie sich beim Friedensschluß mit anderen Parteien nur nach dem realen Interesse der deutschen Politik richten, nicht aber nach alten Lehren aus der Zeit Marx oder Engel über die unbedingte Vernichtung des „barbarischen Kolosses“ im Namen eines Sieges der Westkultur. Würde man in den radikal-sozialistischen Kreisen — und nicht nur dort — lernen, gleichfalls realpolitisch zu denken, wie im Lager der deutschen Sozialisten, so würde die polnische Frage dabei außerordentlich gewinnen.

Jedenfalls wäre es der größte Fehler, diesen Einfluß in Deutschland zu unterschätzen, welcher es vom Standpunkte der deutschen Politik nicht nur für erwünscht, sondern für notwendig erachtet, nach dem Kriege eine dauernde Verständigung mit Rußland zu erreichen. Für die Politiker dieser Richtung ist die Ansicht entscheidend, daß unter den beiden größten Feinden Deutschlands heute England derjenige Feind ist, mit dem es keine Einigung und keinen Kompromiß gibt, während mit Rußland Annäherungspunkte vorhanden sind, die, trotzdem sich Rußland in die englischen Intrigen gegen Deutschland hineinziehen ließ, als

Grundlage zur Wiederaufnahme der früheren traditionellen Freundschaft zwischen Deutschland und Rußland dienen können und werden. Daß für diese Leute die polnische Frage kein Hinderungsgrund in der Anbahnung neuer Beziehungen zu Rußland sein wird, ist klar wie die Sonne.

Aus Nr. 113 des Gazeta Grudziadzka (Graudenz)
vom 22. September 1916.

Bulgarien und Polen.

Unter der vorstehenden Überschrift führt das Graudenzener Blatt unter anderem folgendes aus:

Die „Deutsche Tageszeitung“ und andere alldeutsche Blätter möchten aus den Bulgaren Nicht-Slawen machen. Wir können das verstehen, denn die alldeutschen Blätter haben die Slawen nicht allzugern. Manche deutsche Zeitungen haben zu Beginn des Krieges geschrieben, daß der gegenwärtige Weltkrieg eine Auseinandersetzung mit dem Slawentum sei. Sie fragten nicht danach, daß in den Armeen der Zentralmächte viele slawische Soldaten kämpfen. Es wäre gut, wenn sie wenigstens jetzt daran nicht vergessen wollten.

Der alldeutschen „Deutschen Tageszeitung“ und den verschiedensten hakatistischen Blättern können wir auch noch sagen, daß sich das bulgarische Volk und seine hervorragendsten Führer für die Schicksale Polens sehr interessieren.

Auch sie glauben daran und wünschen, daß Polen die Freiheit und Unabhängigkeit wiedergewinnt, weil sie auf diese ältere slawische Schwester viel Hoffnungen setzen.

Die Bulgaren erkennen die kulturelle Höhe des polnischen Volkes unter dem Slawentum an und sind der Meinung, daß Polen die kulturelle Achse des südlichen und westlichen Slawentums werden wird, daß es für das Slawentum der geistige Mittelpunkt und die ständige Verbindung mit Zentraleuropa und mit der Zivilisation und Kultur des Westens werden wird. Die hervorragendsten Bulgaren sind der Meinung, daß sich um Polen das ganze Slawentum, mit Ausnahme Rußlands, gruppieren wird. Deshalb erwarten die Bulgaren auch mit Sehnsucht das Erscheinen eines unabhängigen Polen auf der Karte Europas. Das wird vielleicht den Alldeutschen und Hakatisten nicht sehr gefallen; solches aber ist die Meinung der hervorragendsten Führer des bulgarischen Volkes.

Aus Nr. 39 der Praca (Posen)
vom 24. September 1916.

Das nationale Prinzip.

Es könnte scheinen, daß das nationale Prinzip, das in der zweiten Hälfte des vorigen Jahrhunderts solche Triumphe gefeiert hat, auch den Polen in bezug auf die polnische Frage hätte Vorteile bringen müssen. Und doch hat die Wirklichkeit gerade etwas Entgegengesetztes gebracht.

Polen ist nicht nur aus den Trümmern nicht von neuem entstanden, sondern es wurde der Gegenstand einer verstärkten Unterdrückung. Die polnische Frage, die bis zum Jahre 1863 noch eine europäische Angelegenheit war, wird auf den bescheidenen Umfang der innerpolitischen Fragen der Teilungsmächte reduziert. Jeder der Staaten sucht sie in seiner eigenen Weise zu lösen: Österreich durch Berücksichtigung der berechtigten polnischen Forderungen, Rußland auf dem Wege der brutalsten Unterdrückung und des Beamten-despotismus, Preußen durch Anwendung des sinnreichsten Germanisationsystems, dem sich mit der Zeit der rücksichtslose Kampf um den Boden anschließen sollte, der gekrönt wurde durch das Ansiedlungs- und das Enteignungsgesetz.

Diese traurige Entwicklung war die fatale Folge des nationalen Prinzips zur Zeit, als es in Europa an einer Macht fehlte, die genügend Kraft gehabt hätte, sich der einseitigen Ausbeutung dieses Prinzips entgegenzustellen.

Wir haben gesehen, wie unter dem Einfluß dieses Prinzips Italien die Fremdherrschaft auf der Halbinsel eliminiert und sich schließlich unter einem Zepher vereinigt, wie Preußen nach dem Siege über Dänemark, nach der Verdrängung Österreichs aus dem Deutschen Bunde und nach der Besiegung Frankreichs, dem es die deutschen Provinzen abnimmt, ein Deutsches Reich unter eigener Leitung begründet, wie auf Grund derselben Parole Ungarn sich selbständig macht, um sich sofort wieder gegen die nationalen Bestrebungen der das Land bewohnenden kleineren Völkerchaften zu wenden, wie schließlich Rußland das Werk der Befreiung der Balkanstaaten vollendet.

So ist auf der Grundlage des nationalen Prinzips eine Reihe von Nationalstaaten entstanden, die im Namen dieses Prinzips mit jugendlicher Energie an die Beseitigung der inneren Hindernisse herangetreten sind, die sich der Verwirklichung der nationalen Einheit der neuen Staatsgebilde entgegenstellten.

Das ist die Ursache, warum die Polen sowohl in Rußland als auch in Preußen unter die Räder gekommen sind, während sie in Österreich, das aus einer Reihe von Nationalitäten zusammengesetzt ist, günstigere Bedingungen der nationalen Entwicklung fanden.

So wurde also der Nationalismus, der, ideal aufgefaßt und verwirklicht, in hohem Grade zur Hebung der kleinen und benachteiligten Völker dienen konnte, eine mächtige Waffe in der Hand der stärkeren und wandte sich in der Praxis gegen die vitalsten und fundamentalsten Interessen der Völker, die als Bestandteile den neuerstandenen Nationalstaaten und solchen angehörten, die — wie z. B. Rußland — aus verschiedenen nationalen Elementen einen einzigen nationalen Verband schaffen wollen.

Es konnte scheinen, daß die nationale Idee, durch die Entwicklung der entsprechenden Angelegenheiten verzerrt, verschwinden und neuen Ideen der Weltpolitik Platz machen wird. Der nationale Faktor erscheint jedoch als zu wichtig und lebensfähig, als daß man ihn vollständig beiseite schieben könnte. Der gegenwärtige Krieg, obwohl er nach der allgemeinen Auffassung um die Ideale der Weltpolitik geführt wird, hat jedoch deutlich die Wichtigkeit des nationalen Elements und seine große Bedeutung in der Weise gezeigt, daß — wie wir sehen — unter unseren Augen Fragen lebendig werden, die, anscheinend begraben und entschieden wie die polnische Frage, zu dem Umfange erstklassiger Fragen der europäischen Politik heranwachsen.

Was für eine Regelung die polnische Frage erfahren wird, das kann bis zum gegenwärtigen Augenblick niemand mit Sicherheit sagen. Soviel ist jedoch sicher, daß die polnischen Verhältnisse sich überall in den polnischen Gebieten ändern werden und daß überall die Rücksicht auf die besondere Nationalität der Polen hierbei eine wichtige Rolle spielen wird.

Darauf weist hin sowohl die Ankündigung des Wechsels der polnischen Politik in Preußen, wie auch die Art der Verwaltung seitens der Zentralstaaten im polnischen Okkupationsgebiete und die Versprechungen der Russen. Auf beiden Seiten hat man erkannt, daß man die polnische Frage ohne Berücksichtigung des nationalen Faktors nicht lösen kann. Das tiefste Motiv der Absichten der Umgestaltung der Beziehungen zu den Polen ist naturgemäß die Rücksicht auf das eigene Interesse der betreffenden Staaten. Die Deutschen wollen in dem von ihnen abhängigen Polen einen Schutzwall gegen Rußland schaffen, während Rußland Polen als Einfallstor in Europa braucht,

die Verständigung mit den Polen aber zwecks Vermehrung und Belebung des sinkenden Glanzes des slavischen Zarentums nötig hat.

Die Deutschen brauchen für ihre Ziele ein zufriedenes Polen. Für Rußland ist diese Notwendigkeit nicht in diesem Grade vorhanden. Daher bleiben auch die weitgehendsten russischen Pläne bezüglich der zukünftigen Gestaltung der polnischen Verhältnisse hinter den Deutschen zurück, die unter anderen mit der Möglichkeit einer Selbständigmachung Polens rechnen.

Wie sich die Sache auch gestalten möge — auf beiden Seiten spielt die Rücksicht auf die nationale Idee bei diesen Betrachtungen eine wichtige Rolle. Dieses Moment darf derjenige ein'ach nicht aus dem Auge verlieren, der die polnische Sache vorwärts bringen will. Sie läßt sich nämlich nicht durch andere Mittel ordnen, wie durch solche, die mit den Forderungen nationaler Natur rechnen.

So ist es denn gekommen, daß das nationale Prinzip, das gegen Ende des vorigen Jahrhunderts sich gegen uns gewandt hatte, heute unseren Interessen günstig ist.

Es ist nur die Frage, in welchem Grade seine Forderungen werden verwirklicht werden.

Das Ideal der Polen ist ein unabhängiges staatliches Dasein. Das wird jedoch Polen nach menschlicher Voraussicht niemals von Rußland erhalten. Dies kann nur entgegen dem Willen Rußlands geschehen. Das ist die Überzeugung, aus der die Idee der Legionen hervorgegangen ist und die gegenwärtig die Propaganda für die Schaffung eines polnischen Heeres im Königreich Polen und für sein tätiges Eingreifen gegen Rußland belebt.

Aus Nr. 19 der Gazeta Narodowa (Posen)
vom 20. September 1916.

Dem Hochwürdigsten Herrn Erzbischof am Jahrestage seiner Konsekrierung.

Ein Jahr ist vergangen. Das ist an sich kein langer Zeitabschnitt in dem Leben von Volksgemeinschaften und Nationen, soweit sie auf der Linie einer ruhigen Entwicklung vorwärts schreiten, ein Zeitabschnitt, der sich schon immer im Leben des einzelnen Individuums, wie es auch sein mag, bemerkbar macht, da aber deutliche Spuren hinterläßt, wenn er inmitten geschichtlicher Donnerschläge und des Zwistes der Seelen verläuft. Ein Jahr der Mühe — und ein Jahr des Verdienstes für diejenigen, die einen guten Kampf kämpfen, welche in die Herzen den Schmerz von Millionen aufnehmen und die der Morgendämmerung von Morgen gegenüber die Ohren offen haben.

Unser Hochwürdigste Herr Erzbischof ist der Erbe der Gnesener Primasse, unser oberstes Haupt, unsere höchste geistliche Behörde. Darum neigen sich demütiger wie sonst unsere Häupter vor ihm, und desto begieriger hören die Herzen und Gedanken auf seine Weisungen.

Darum auch, aber nicht ausschließlich darum. Wir wissen, daß das erzbischöfliche Zepher ein warmer Geist und ein kluges Herz halten, daß von dort der lebende Hauch des Glaubens und das Wehen der Liebe Gottes geht, daß die Sorge um den nicht vergänglichen Wert, um den Wert für die Ewigkeit der seiner Obhut anvertrauten Schäflein sich in seiner Tätigkeit mit der Sorge um ihre Existenz, um ihr Blut, um ihre Zukunft verbindet.

Und diese Sorge zieht das eifrige Streben, das Los zu lindern, nach sich. So war denn auch das vergangene Jahr ein Jahr des Verdienstes nach der Richtung der fruchtbaren Arbeit auf dem Gebiet der Hilfeleistung für unsere Brüder jenseits der Grenze hin.

Und dieselbe warme Sorge wendet sich denjenigen zu, welche fallen und kämpfen, so manches Mal die schwere Last der Verwundung in das weitere Leben mit sich führend. Für sie ist geistlicher Beistand da, damit sie das Unglück mit Ergebung in Gottes Willen tragen, Worte des Gebets und hl. Messen, unaufhörliches Mahnen zur Selbstaufopferung und zu Taten, welche die Kraft geben zu dem Aufbau dessen, was zerstört ist.

Und ferner sehen wir jene in die Zukunft reichende inbrünstige Sorge in dem Wecken der Gewißheit, daß Gott uns nicht untergehen läßt, in dem starken Glauben, daß in uns eine Kraft ist, in unserer Liebe und in unserer Ausdauer.

So wenden sich denn auch der Gestalt des Hochwürdigsten Erzherzogen unser aller Augen zu, die ermattet sind durch Tränen und durch das unaufhörliche Ausschauen, ob die Loskaufung sich nahe. Von ihm begehren wir die Bestätigung, daß die Zeit der Buße vorüber sei, und in ihm sehen wir die Quelle, welche das unermüdliche Abwarten stärkt.

Für ihn flehen wir denn auch um Gesundheit, damit der oft Ermüdete und manchmal Niedergeschlagene Kräfte für eine bessere und fröhliche Zukunft finde.

Aus Nr. 105 des Kraj (Lissa i. P.)

vom 22. September 1914.

Der Jahrestag der Konsekrierung des Hochwürdigsten Herrn Erzbischofs wird für unsere katholische Bevölkerung nicht ohne Gebet und ohne die inbrünstige Bitte vorübergehen. Gott, der Herr, möge unserem Hochwürdigsten Herrn Erzbischof, dem Primas von Polen, die Fülle seiner Gnaden, Gesundheit und vor allem die Kraft verleihen, deren der Hochwürdigste Herr zur Erfüllung seiner erhabenen, aber auch schweren Aufgabe bedarf.

Unser ganzes Volk weiß wohl, in wie außerordentlich schwerer Zeit der Stellvertreter Christi den Hochwürdigsten Herrn Erzbischof zum Leiter unserer ältesten Diözesen berufen hat.

Es denkt noch heute auch an den ausgezeichneten Hirtenbrief, den der Primas von Polen aus Anlaß des 950jährigen Jubiläums der Einführung des Christentums in Polen zur Verherrlichung dieses Gedenktages an seine Diözesen gerichtet hat.

Jener unvergeßliche Hirtenbrief fand Widerhall in ganz Polen, in den Herzen aller fast auf dem ganzen Erdball zerstreuten Polen.

Mit Ehrfurcht werden daher die in ihm enthaltenen heilsamen Ratschläge wiederholt.

Das ganze Volk weiß aber auch weiter, daß der Hochwürdigste Herr Erzbischof den Vorsitz im Komitee zur Unterstützung unserer Brüder und Schwestern in dem von der Kriegsurie heimgesuchten Königreich Polen zu übernehmen geruht hat. Es wird nicht vergessen, wie heilsam die Tätigkeit dieses Komitees sich unter dem Protektorat des Hochwürdigsten Herrn Erzbischofs gestaltet.

Wenn doch das ganze Volk der Intention des Primas nachgehen und möglichst viel zur Vinderung des Elends und der Not beitragen möchte! . . .

Unsere Erzdiözesen empfangen neulich ihren Erzbischof überall mit der größten Ehrfurcht, als er, seines Hirtenamtes waltend, am liebsten gerade jene Gegenden aufsuchte, wo schon seit Jahren kein Bischof zu sehen war.

Das erste Jahr der Wirksamkeit des Hochwürdigsten Herrn war also reich an Arbeit; es brachte auch gar manche Mühe und Sorge! . . .

Wir danken nun Gott innigst für dieses Jahr und bitten flehentlich um noch recht viele Jahre für das weitere Wirken unseres Oberhirten.

Unsere Zukunft wird wohl allerdings von dem Erzbischof und Primas noch mehr Arbeit und wohl noch eine schwierigere Arbeit erfordern.

Dieser Zukunft — hoffentlich einer glücklicheren — wenden sich unsere Herzen zu, auf jeden Fall aber, ob in guter oder böser Zeit, stehen wir, Hochwürdigster Herr Erzbischof, in unverbrüchlicher Treue zu Dir!

Aus Nr. 215 des Kurjer Poznański (Posen)

vom 20. September 1916.

Am 19. September 1906 erschien die erste Nummer des Kurjer Poznański als des Organs der damals noch jungen politischen Richtung, die, nachdem sie sich mit der früheren Volksbewegung verschmolzen hatte, auf die politische Bildfläche trat mit einem Tätigkeitsprogramm, das sich auf nationale und demokratische Grundsätze stützte. Es ist heute, wo sich aus dem blutigen Kriegswirrwarr die neue Zukunft für Polen und für ganz Europa noch nicht enthüllt, nicht die Zeit, in die Vergangenheit zu blicken und sich bei Erinnerungen aufzuhalten, selbst wenn sie teuer und stärkend sind. Wir können nur sagen, daß wir unsere Pflicht erfüllt haben; und daß die Arbeit eines Jahrzehnts nicht vergebens war, davon zeugt die von Jahr zu Jahr wachsende Schar der Freunde und Anhänger des Blattes, davon zeugt das Vertrauen, das wir uns in breiten Kreisen der Volksgemeinschaft gewonnen haben. Der Kurjer Poznański wurde ein Posten, der mit dem öffentlichen Leben, mit den Bedürfnissen und Bestrebungen der Allgemeinheit, mit der ganzen Entwicklung unserer Lande organisch verwachsen ist. Das ist ein hinlänglicher Rechtsanspruch auf Zufriedenheit, daß wir nicht vergebens gearbeitet haben. Daraus quillt auch die tiefste Anregung zum Ausharren auf dem Posten selbst unter den schwierigsten Verhältnissen. Es gestaltet sich die Welt rund um uns im Feuer der Kriegsbrände um; neue Fundamente der nationalen Existenz haben wir in Mühe und Schweiß zu erringen. Es ändern sich die Verhältnisse, die Bedürfnisse der Taktik, die Methoden des Handelns; aber die großen Ideale der Nation, denen wir unseren Dienst gelobt haben, werden unverändert bleiben, denn sie leben unsterblich in den polnischen Herzen. Aus ihnen werden wir die Kraft zur ferneren Arbeit für das Wohl der polnischen Sache, für die Zukunft der ganzen Nation schöpfen.

Aus Nr. 219 des Dziennik Berliński (Berlin)

vom 22. September 1916.

Der Kurjer Poznański

beging gestern sein 10 jähriges Jubiläum. Das Gefühl der moralischen Genugtuung, mit welchem das Blatt dieser Tatsache Erwähnung tut, ist völlig begründet; zweifellos ist der „Kurjer Poznański“ — wiewohl man nicht immer der Art, die verschiedenen Dinge aufzufassen, und besonders seiner früheren Methode, die zu seinem Lager nicht gehörigen Leute zu behandeln, nicht zustimmen kann — ein gewichtiges Organ der öffentlichen Meinung geworden, welches stets auf der Wacht des öffentlichen Wohles stand. Mit ihm rechnen sogar die Elemente, die es nicht gern haben oder geradezu nicht ertragen, und jedermann muß einräumen, daß der Kurjer nicht wenig dazu beigetragen hat, das Nationalbewußtsein in den breiten Massen zu vertiefen, und daß manchmal seine Wachsamkeit unerwünschte Erscheinungen im Keime erstickte. So muß man denn einem Blatte, welches in so kurzer Zeit verstanden hat, sich eine so gewichtige Stellung zu verschaffen, von ganzem Herzen auch weiteres Wohlergehen wünschen.

Es ist nur schade, daß wir gerade in dieser Jubiläums-Nummer einen Artikel finden, welcher den „Unabhängigkeitsleuten“ gewidmet ist und entschieden zu weit geht. Zweifellos bedienen sich manche äußerst laute, diesem Lager angehörige Leute in dem politischen Kampfe falscher, oft geradezu unwürdiger Methoden und Mittel, und erschrecken vor den schlimmsten Verleumdungen und Denunziationen nicht. Aber Gott sei Dank ist es noch weit bis dahin, daß der Einfluß dieser Personen, welche gerade in ihrem eigenen Lager häufig nicht ernst genommen werden, — „die ganze Volksgesamtheit von der Stufe gesitteter Völker in die Niederungen halbwilder Volksstämme usw. herabstoßen würde“. In dem Lager der Anhänger „des polnischen Staatsweins“ wird sich eine Menge vielleicht weniger lauter, aber darum weit bedeutenderer Einzelpersonen finden, die eine derartige Charakteristik wohl nicht verdienen, und so hält es schwer, sich dem Eindruck zu erwehren, daß hier der „Kurjer Poznański“ zweifellos übertrieben hat. Aber weniger wichtig ist es schon, wenn es sich um lebende Menschen handelt, welche nötigenfalls sich selbst zu verteidigen verstehen werden, hier handelt es sich um etwas Höheres. Die Unabhängigkeit als Lösung — sogar wenn unsympathische Einzelpersonen diese Lösung mißbrauchen — hört nicht auf, ein heiliges Ideal zu sein, für welches drei polnische Geschlechter starben, lebten und sterben, und darum muß eine spöttische Behandlung dieses Wortes zu Mißverständnissen führen und kann in einer Weise kommentiert werden, welche sicherlich nicht im Interesse des „Kurjer Poznański“ gelegen hat.

Aus Nr. 218 des Dziennik Poznański (Posen)
vom 23. September 1916.

Das Zufließen von Kapitalien in die Verbandsgenossenschaften.

Die Unsicherheit der Verhältnisse während des Krieges hat einen Stillstand im Unternehmen und in vielen Handelsgeschäften veranlaßt. Da die Kaufleute und Gewerbetreibenden die Kapitalien nicht produktiv verwenden konnten, nutzten sie den Kredit in den Banken nicht in der Höhe aus, wie in normalen Zeiten. Es fand darum kein entsprechendes Abfließen des Geldes aus den Finanzinstituten statt. Dafür war ein verhältnismäßig bedeutender Zufluß zu verzeichnen. Denn die Landwirte, welche aller Art Produkte und Zuwachs zu ungewöhnlich hohen Preisen verkauften, haben ihre Wechselverbindlichkeiten verringert und sogar vollständig ausgeglichen. Das Ergebnis war im Jahre 1915 die Häufung bedeutender Summen in den Banken und besonders in unseren Verbandskreditgenossenschaften. Außerdem floß wegen des augenblicklichen Mangels an Bedarf und entsprechender Verwertung viel Kapital in Form von Depositen ein. Sie wurden der Verbandsbank als der Zentrale der Genossenschaften zugeführt. Darum hat sich dort im Jahre 1915 aus den Geldmitteln der Verbandsbanken im Verhältnis zum Jahre 1914 eine um ungefähr 30 Millionen höhere Summe angesammelt. Denn während die Genossenschaften am 31. Dezember 1914 in der Verbandsbank 13 727 454,38 Mark hinterlegte Depositen hatten, waren am 31. Dezember 1915 ihrer 43 572 643,96 Mark eingezahlt. Begreiflich ist es, daß die Verbandsbank, da sie gleichfalls der auf den Verhältnissen lastenden Depression unterworfen war und für einen so hohen Überfluß an Kapital keinen sich hinlänglich rentierenden Umsatz hatte, den Genossenschaften die Zinsbedingungen herabgesetzt hat. Um sich vor größerem Schaden zu schützen, betraten die Genossenschaften gegenüber ihren Deponenten denselben Weg. Unter 209 Kreditgenossenschaften gab es zwar auch solche, welche ihren Kunden

Zinsen in der früheren Höhe zahlten, aber die Mehrheit von ihnen hat den Zinsfuß für kurzfristige Depositen herabgesetzt. So haben im Jahre 1915 nur 7 Genossenschaften 2½ und 89 30/0 für solche Kapitalien gezahlt. Trotz der in den Verbandsgenossenschaften für die Deponenten weniger günstigen Bedingungen haben sich die Depositen in einem Jahre von 284 033 857 Mark auf 319 051 991 Mark vermehrt. Das zeugt zwar von einem Stillstand in den Geschäften, aber auch von dem immer mehr wachsenden Vertrauen zu unseren Verbandsgenossenschaften. Es hört immer mehr der früher so oft geübte Brauch auf, die Barbestände in Instituten unterzubringen, auf deren Leitung wir gar keinen Einfluß haben. Zu dem wachsenden Vertrauen hat die gewissenhafte Obhut beigetragen, mit welcher das Kuratorium die Verbandsgenossenschaften umgibt und die Vorsicht, mit der es dieselben leitet. Es hat das Achtgeben dazu beigetragen, daß diese Institute auf gesunde finanzielle Grundlagen gestützt werden und den Deponenten, die ihnen ihr Kapital anvertrauen, eine entsprechende Bürgschaft bieten. Die Verbandss revisoren fordern die Verbandsorgane zur Beachtung der Paragraphen des Genossenschaftsgesetzes und der Beschlüsse der Verbandstage, namentlich aber zur gehörigen Festigung der Bankgrundlagen durch Zurücklegung von entsprechenden Summen aus den jährlichen Reingewinnen zu den Reservefonds auf. Die gute Wirtschaft hat bewirkt, daß in den Verbandsgenossenschaften sich schon ein Reservefonds von 20 134 722 Mark angesammelt und daß die Summe der Guthaben die Höhe von 29 331 181 Mark erreicht hat.

Bei der Aufnahme neuer Mitglieder beobachten die Verbandsgenossenschaften allgemein den Grundsatz, daß jedes von ihnen mit seinem Vermögen für die durch die Statuten bestimmte Haftsumme die Verantwortung übernehme. Es herrscht auch das Streben vor, daß sich das Verhältnis des eigenen zum fremden Kapital dem normalen Stande nähere, und dieser ist nach den angenommenen Grundsätzen dann normal, wenn er sich wie 1 zu 3 verhält. Mit immer größerem Erfolge kämpft man auch gegen die in den früheren Versammlungen wiederholt erhobene Forderung, allzuhohe Dividenden zu beschließen. So wurde von dem im Jahre 1915 erzielten Gewinn in Höhe von 2 549 811 Mark allein in den Kreditgenossenschaften, deren der Verband 209 zählt, die aufsehnliche Summe von 1 103 119 Mark dem Reservefonds, zu verschiedenen anderen Zwecken 70 674 Mark und 1 376 018 Mark als Dividenden bestimmt.

Zur Hebung des Vertrauens zu den Genossenschaften hat auch die Überzeugung beigetragen, daß unsere Genossenschaften sich in keine gewagten Unternehmungen und Spekulationen einlassen, und daß sie Kredit auf Grundsätzen gewähren, die nach menschlichen Berechnungen vollständige Sicherheit bieten. Natürlich wirkt eine glückliche Zusammensetzung des Vorstandes und des Aufsichtsrats sowie ihr gutes Verhältnis zu den Interessenten vorteilhaft auf das ganze Institut ein.

Von der oben erwähnten, über 319 Millionen Mark betragenden Summe der Depositen kann ein bedeutender Teil, nämlich 26 673 025 Mark in einer kurzen Zeit, nämlich spätestens nach halbmonatlicher Kündigungsfrist, zurückgezogen werden. Und wahrscheinlich werden nach dem Kriege bei gesteigertem Vertriebe bei den Banken auch Kündigungen solcher Kapitalien eintreten, die in den Genossenschaften mit längerer Kündigungsfrist untergebracht sind. Zweifellos wird sich nach dem Kriege der gegenwärtige Stand der Depositen der Genossenschaften bei der Bank verringern. An diese Möglichkeit hat das Kuratorium schon auf dem vorjährigen Verbandstage gedacht. So wurde denn auch auf seine Anregung der Beschluß

gefaßt, daß die Genossenschaften zu jeder Zeit 10 % der Summe der eigenen Depositen zu ihrer Disposition in der Bank deponieren sollten. Schließlich werden sie sich die Leistungsfähigkeit ferner sichern, wenn sie Primawechsel haben werden, die sich zur Rediskontierung eignen, und wenn sie ferner in der Verbandsbank einen unbelasteten Kredit haben werden, der sich in den Grenzen von $\frac{1}{3}$ der eigenen Genossenschaftskapitalien bewegt unter Hinzufügung der Summe für bezahlte Aktien der Verbandsbank. Zur Aufrechterhaltung der Leistungsfähigkeit eignen sich Solawechsel, Hypotheken und Buchforderungen nicht. Wegen der Unsicherheit und Undurchsichtigkeit der Verhältnisse während des Krieges wurde den Genossenschaften denn auch im vorigen Jahre empfohlen, daß sie die Gewährung von Kredit einschränken, namentlich keine langfristigen Darlehne gewähren, auch die Abzahlung von Schulden und die regelmäßige Begleichung von Zinsen fordern sollten.

Die Zurückziehung von Depositen zu produktiven Zwecken ist vollständig in der Ordnung. Das Kapital, welches sie repräsentieren, ist für die Genossenschaften bequem und billig, aber sein eigentlicher Zweck ist, ein Mittel zu Erwerbszwecken und zur wirtschaftlichen Hebung der Volksgemeinschaft zu sein. Wir brauchen recht viel dieser Mittel. Nach dem gegenwärtigen Stillstand wird ein größerer Betrieb eintreten. Es werden sich uns neue Absatzmärkte eröffnen, es wird die Möglichkeit eintreten, größere industrielle Unternehmungen zu begründen. Wenn ein genügender Vorrat an Kapital vorhanden sein wird, so wird sich auch genügender Vorrat von landwirtschaftlichen Werkstätten zur Arbeit und zum Erwerb finden. Es wird eine größere Nachfrage um Gewährung von Kredit in den Banken eintreten. Im Jahre 1915 sind 273 773 022 M. auf Wechselgrundlage durch die Hände der Gewerbetreibenden, Kaufleute und Landwirte gegangen, denen sie zur Stärkung der Berufsinteressen dienten. Nach einigen Jahren müßte sich dieser Bedarf und das Schöpfen aus den Genossenschaften mit gutem Erfolge verdoppeln.

Mit dem Zuwachs an Depositen im Jahre 1915, welcher im Verhältnis zum Jahre 1914 über 35 Millionen Mark betrug, könnten wir zufrieden sein, wenn er die Frucht anstrengender und mit Sparsamkeit verbundener Arbeit wäre. So ist es jedoch nicht. Unter der Allgemeinheit unserer Volksgemeinschaft ist immer noch wenig Sparsinn vorhanden. Die Gesamtsumme der Depositen in den Kreditgenossenschaften ist auf zusammen 240 508 Konten deponiert. Daraus geht hervor, daß noch Zehntausende von Mitgliedern unserer Volksgemeinschaft kein Depositenbuch besitzen. Unter den Deponenten sind 54 703 solche, die weniger als 100 M. gespartes Geld haben und 66 369 solche, die 300—1000 M. auf dem Depositenkonto besitzen. Zu wenig klären wir offenbar unsere Allgemeinheit über die Notwendigkeit der Sparsamkeit auf, zu wenig haben wir die Sparbüchse verbreitet. Selten wählen wir als Thema für Vorträge in den Versammlungen die Wichtigkeit der Sparsamkeit. Und doch würde uns diese Tugend zu materieller Unabhängigkeit und zu einer größeren Bedeutung in den Gemeinden und unter den Völkern führen. Es lohnt also gegen die Verschwendung zu kämpfen. Hintangeseht sind wir, weil es zu wenig von einem solchen Kampf bei uns gibt. Wieviel Häuser gibt es noch bei uns, die eine wahre Schule der Verschwendung sind, als wenn es darum ginge, in den Kindern eine größere Fähigkeit zur Vergeudung des von den Eltern ererbten Vermögens zu wecken!

Aus Nr. 103 des Kraj (Wissa i. P.)

vom 20. September 1916.

Der „Kraj“ zitiert einen Artikel der „Schles. Ztg.“, der den Erlaß des Herrn Unterrichtsministers in Sachen des Religionsunterrichts in der katholischen Schule in Schneidemühl bespricht und fügt seinerseits folgendes hinzu:

„Der Posener Berichterstatter der „Schles. Ztg.“, welcher über die polnischen Angelegenheiten schreibt, kennt offenbar nicht die polnische Sprache, und er kümmert sich auch nicht um eine genaue Übersetzung der von der polnischen Presse gebrachten Nachrichten. Die polnische Presse hat doch ausdrücklich von Polen gesprochen mit Hinzufügung des deutschen Namens „Schneidemühl“ sowie unter Angabe des Kreises Pilehne, während Schneidemühl im Kreise Kolmar liegt.

Ein solcher Korrespondent setzt die „Schles. Ztg.“ einem unangenehmen Irrtum aus, auf welchen er einen vollständig ungerechtfertigten Angriff auf die Regierung aufbaute. *Catolica non leguntur — Polonica non leguntur.* Es gibt Politiker, welche über katholische und polnische Sachen schreiben, aber grundsätzlich weder katholische noch polnische Abhandlungen lesen. Sollte jener Berichterstatter zu ihnen gehören? Solche Leute muß man auf jeden Schritt entlarven.

Schneidemühl ist ein vollständig polnisches Dörfchen; darum ist die Einführung des polnischen Religionsunterrichts in der dortigen Schule vollständig am Platze.

Die polnischen Eltern wünschen sich in allen polnischen Ortschaften die Einführung des polnischen Religionsunterrichts, damit nach dem göttlichen, natürlichen und übernatürlichen Rechte die Bildung der Jugend Gott zu Ehren, der Volksgemeinschaft und dem Vaterlande zum Nutzen vor sich gehen könnte.

Eine religiös und polnisch erzogene Volksgemeinschaft wird den Ideen des Umsturzes und des Anarchismus keinen Zutritt gewähren, sondern die kirchliche und staatliche Autorität in jedem Falle ehren.

Aus Nr. 39 der Praca (Posen)

vom 24. September 1916.

Erleichterung.

Mit nicht geringer Befriedigung haben die polnischen Zeitungen von der Zulassung der polnischen Sprache als Hilssprache beim Religionsunterricht in Schneidemühl berichtet.

Obwohl diese Erleichterung nur eine einzige Schule betrifft und sich auf Lernanfänger bezieht, sich also in sehr engen Grenzen bewegt, so hat sie doch in der Allgemeinheit einen sehr guten Eindruck hervorgerufen. Ihr eine symptomatische Bedeutung zuzuschreiben, sie also als Beginn einer Reform des Schulunterrichts im Geiste pädagogischer Grundsätze zu behandeln, wenn auch nur auf dem Gebiete des Religionsunterrichts, wäre vielleicht etwas verfrüht. Auf jeden Fall aber verdient die Verfügung unsere Beachtung, da sie den betreffenden Kindern von wirklichem Nutzen ist.

Es gibt unter den Polen gewiß nicht einen Menschen, der nicht deutsch lernen wollte. Man kann sogar so weit gehen, zu behaupten, daß eine Schule, die den Schülern keine Gelegenheit zur Erlernung der deutschen Sprache böte, keine Anhänger unter den Polen finden würde. Die Verhältnisse sind derart, daß die Kenntnis der Staatsprache unumgänglich notwendig ist. Aber die Art und Weise, in der unsere Schulen diese Sprache lehren, und die Tatsache, daß man alle anderen Unterrichtsgegenstände, die Religion nicht ausgeschlossen, gewissermaßen zu Dienern des deutschen Sprachunterrichts macht, daß man ferner die Muttersprache beim Unterricht und als Unterrichtsgegenstand ausschließt, das ist der Stein des Anstoßes

und die Quelle unaufhörlicher Klagen und ständiger Erbitterung. Man wirft der Schule vor, daß sie nicht vor allem ein Erziehungsinstitut, sondern ein Germanisationsinstitut sei, daß sie nicht den Interessen der Zöglinge, sondern einem schlecht verstandenen Staatsinteresse diene.

Wenn also die Erleichterung in Schneidemühlchen ein Zeichen dafür wäre, daß sich im System des Schulunterrichts eine wirkliche Änderung vorbereitet, dann könnte man sie nicht genug loben. Denken wir nur, welcher wohlthätigen Einfluß eine verständige und tolerante Schulreform nach allen Richtungen hin ausüben würde! Aber auch schon die Fundamentierung des Religionsunterrichts auf pädagogischen Grundsätzen würde eine unermessliche Bedeutung sowohl für die Allgemeinheit, als auch für die Kirche und den Staat und das gegenseitige Verhältnis dieser Faktoren zueinander haben.

Ohne aus der Verordnung allzu voreilige Schlüsse zu ziehen, nehmen wir sie mit Befriedigung und Anerkennung zur Kenntnis und sprechen zugleich den Wunsch aus, daß sie, vertieft und erweitert, allgemeine Anwendung finden möchte.

Aus Nr. 213 des Dziennik Kujawski (Hohenstaß) vom 15. September 1916.

Die Bewahranstalt in Szymborze.

Auf den am Anfange dieses Jahres gestellten erneuten Antrag um Genehmigung zur Gründung einer Bewahranstalt für nichtschulpflichtige Kinder in Szymboze ging dieser Tage eine abfagende Antwort ein. Die königliche Regierung in Bromberg hat die Konzession nicht erteilt. Sie erklärte sich damit einverstanden, eine Bewahranstalt für solche Kinder zu gründen, die unter 3 Jahre alt sind. Nach vollendetem dritten Lebensjahre müßte das Kind die Anstalt sofort verlassen. Der Distriktskommissar hätte die Pflicht und das Recht, eine genaue Kontrolle auszuüben, ob dieser Bedingung Folge geleistet wird.

Für über 3 Jahre alte Kinder erkennt die Regierung die Notwendigkeit der Errichtung einer Bewahranstalt in Szymborze nicht an; sie beruft sich darauf, daß in dem benachbarten Montwy eine ähnliche Anstalt bereits besteht, welche die Szymborzer Kinder ohne jedwede Schwierigkeit besuchen könnten.

Das Dorf Szymborze zählt über 2600 Einwohner polnischer Nationalität, die sich vorwiegend aus kleineren Grundbesitzern und Arbeitern zusammensetzen und die in den großen Fabrikunternehmungen in Montwy, in der Zuckerfabrik und im Sodawerk, Beschäftigung finden. Die Entfernung von Szymborze zur Bewahranstalt in Montwy beträgt durchschnittlich 3 Kilometer. Weil nun die Kinder zum Mittagessen nach Hause gehen müßten, so hätten sie täglich einen 12 Kilometer langen Weg zurückzulegen, der bei schlechtem Wetter gar nicht zu überwinden ist, der außerdem mit Rücksicht auf den großen Verkehr der in der Nachbarschaft befindlichen Fabriken stets Gefahr in sich birgt.

Die Bewahranstalt in Montwy, welche auf Kosten des „Vaterländischen Frauenvereins“ unterhalten wird, wird vorwiegend von protestantischen Kindern besucht. Die beiden Lehrerinnen, in deren Obhut die Kinder stehen, sind desselben Bekenntnisses und kennen die polnische Sprache nicht.

Das Haus für die katholische Bewahranstalt in Szymborze ist bereits vor 8 Jahren erbaut worden; es steht leer, denn jegliche Bemühungen um die Erlangung der Konzession waren bis jetzt vergeblich. Es fehlt an Landarbeitern. Die Frauen der zum Heeresdienst einberufenen Arbeiter können trotz besten Willens außerhalb des Hauses nicht arbeiten, denn sie

müssen ihre Kinder pflegen, weil sie keine Gelegenheit haben, sie einer Obhut anzuvertrauen.

Die „Gazeta Grudziądzka“ gibt in ihrer Nummer 114 vom 24. d. M. die vorstehende Mitteilung wieder und knüpft daran folgende Bemerkung:

Wir nennen die obige Nachricht unwahrscheinlich. Wer soll es wohl verstehen, daß die Bromberger Regierung jetzt während der Kriegszeit es nicht gestatten will, eine Bewahranstalt für Kinder im Alter bis zu 6 Jahren, also für noch nicht schulpflichtige Kinder einzurichten? Das versteht nicht einmal das deutsche Volk, auch kein anderes. Wir werden auf diese Sache noch einmal zurückkommen.

Aus Nr. 106 des Kraj (Posen)

vom 23. September 1916.

In Sachen der Kleinkinderbewahranstalt in Szymborze slicht der „Kraj“ in die einschlägigen Äußerungen des „Dziennik Kujawski“ folgende Bemerkungen ein:

— „Der Standpunkt der Bromberger Regierung ist unverständlich, insoweit er die vollständige Konzession verweigert. Die Kinder über 3 bis zu 6 Jahren bedürfen doch ebenso der Obhut, wie die Kinder unter 3 Jahren. Sie bedürfen vor allem der religiösen, katholischen Obhut...“

... „Aus dem was der „Dziennik Kujawski“ angeführt hat, geht hervor, daß Material zur Begründung eines neuen Antrags genügend vorhanden ist. Wir raten, in dieser Sache die Hände nicht untätig in den Schoß sinken zu lassen, sondern alles Material emsig zu sammeln und sich an die höhere, ev. an die höchste Instanz zu wenden. Das ist der angezeigte Weg. Einstweilen müßte man natürlich schnelligst eine Krippe für Kinder unter 3 Jahren eröffnen, für welche die Konzession eingegangen ist.“

Aus Nr. 265 des Kurjer Polski (Warschau)

vom 23. September 1916.

Von dem früheren Dumaabgeordneten Herrn M. Lempicki erhalten wir folgendes Schreiben:

Geehrter Herr Redakteur!

Nach der Rückkehr nach Warschau von einer mehrwöchentlichen Reise erfuhr ich, daß in den polnischen Zeitungen die völlig falsche Nachricht aufgetaucht ist, daß eine Deputation, bestehend aus den Herren Dziemulski, Czajkowski und mir bei dem Reichskanzler einen Empfang gehabt und ihm die Notwendigkeit einer besonderen Behandlung der Kriegsgefangenen polnischer Nationalität, ihrer Unterbringung in besonderen Lagern usw. vorgestellt habe. In Anbetracht dessen halte ich es für angemessen, die Sache im wahren Lichte darzustellen.

Die deutsche Regierung ist aus eigenem Antrieb schon vorher darangegangen, die polnischen Kriegsgefangenen in besonderen Lagern unterzubringen; bisher wurden für Offiziere in Ellwangen in Württemberg und in Helmstedt in Braunschweig zwei solche Lager eingerichtet, welche 400 Personen fassen; für die polnischen Soldaten 2 Lager: in Celle bei Hannover und in Gardelegen bei Magdeburg, jedes für 10000 Personen, beide befinden sich noch im Stadium der Einrichtung. Die in den Zeitungen genannten Personen, die Herren Dziemulski, Czajkowski und ich erhielten die Genehmigung zum Besuch der Lager und dazu, die Verhältnisse näher kennen zu lernen, um eine entsprechende Fürsorge der polnischen Volksgemeinschaft für die in den Kriegslagern internierten Gefangenen zu organisieren. Wir haben die Lager besucht und wir sollen die Fürsorge organisieren; beim Reichskanzler hatten wir keinen Empfang; er wäre übrigens überflüssig gewesen, da die Angelegenheit schon vorher von den deutschen Behörden glücklich entschieden worden ist.

Indem ich Sie um gütige Aufnahme dieser Berichtigung in Ihrem Blatte bitte, bin ich mit Hochachtung
M. Lempicki.

Die polnische Frage im besetzten Gebiet.

Aus Nr. 215 des Dziennik Poznański (Posen)
vom 19./20. September 1916.

Die Parteien im Königreich Polen.

I.

In den letzten Jahren vor dem Kriege und in dem ersten Jahre während des Krieges bewegte sich das politische Leben im Königreich Polen in ziemlich engen Grenzen. Nachdem die Hoffnungen fast ganz geschwunden waren, welche durch die Ankündigung einer Umgestaltung Rußlands zu einem konstitutionellen Reich auch im Königreich wachgerufen wurden, und nachdem an Stelle dieser Umgestaltung der Sieg der russischen Reaktion über die „freiheitlichen“ Strömungen getreten war, bemächtigte sich auch des polnischen Volkes eine fast allgemeine Apathie, welche sich auch schon nach außen hin in einer sehr bedeutenden Zunahme von Parteilofern gerade unter den leitenden Klassen der Bevölkerung kundgab. Die Beratungen in der Petersburger Duma, sowie die Beteiligung der polnischen Fraktion an denselben verfolgte man mit weitgehender Gleichgültigkeit, und Elemente, welche einen gewissen Tatenrang empfanden, machten sich jetzt nur noch die Organisation der sozialen Arbeit zu ihrer Hauptaufgabe. Und es läßt sich nicht leugnen, daß gerade auf diesem Gebiete in den letzten Jahren vor dem Ausbruch des gegenwärtigen Krieges oder vielmehr von dem Augenblick an, wo die bürokratische Willkür wieder etwas nachgelassen hatte, die jede Selbsthilfe sogar auf wirtschaftlichem Gebiete knebelte, im Königreich ziemlich viel geleistet worden ist.

Die verschiedensten Richtungen des politischen Lebens repräsentierten damals, wenn wir von dem zersplitterten sozialdemokratischen Lager absehen, welches seine Propaganda nur heimlich betreiben durfte und deswegen auch der öffentlichen Kontrolle sich entzog, eigentlich nur drei organisierte Parteien, nämlich: 1. die Partei der polnischen Realpolitik, 2. die Nationaldemokraten, von denen vor einigen Jahren sich die sog. „Sezession“ trennte, und 3. die fortschrittlichen Demokraten, die trotz der geringen Zahl ihrer Mitglieder in zwei Gruppen zerfielen: die fortschrittliche Vereinigung und die polnische Fortschrittspartei. Neben diesen drei größeren Parteien bildeten sich noch einige kleinere, die jedoch keinen bedeutenden Einfluß auf das politische Leben hatten.

Diese Lage unterlag erst einer radikalen Änderung, als die russischen Behörden und die russische Armee Warschau verließen. Von da ab ergoß sich über das ganze Land eine förmliche Flut von großen und kleinen Parteien, von Gruppen, die gar oft nur einige Mitglieder zählten, so daß eine vollständige Atomisierung des Volkes im politischen Leben ernstlich zu befürchten war. Erst allmählig traten aus diesem Chaos klarere Formationen hervor, und so kann man jetzt schon, wenngleich die Orientierung unter so zahlreichen Richtungen des politischen Lebens im allgemeinen immer noch keine leichte ist, sich an die Musterung der bestehenden Parteien heranwagen. Selbstverständlich darf angesichts des Fluktuierens der einzelnen Gruppierungen, sowie angesichts der Schwierigkeiten im unmittelbaren Verkehr mit dem Königreich Polen, diese Übersicht, die wir auf Grund eines im „Echo polskie“ erschienenen Artikels: „Die politischen Gruppen und Parteien im Königreich Polen“ veröffentlichen, keinen Anspruch auf eine absolute Genauigkeit erheben. Immerhin gibt sie wenigstens annähernd ein authen-

tisches Bild des politischen Lebens im Königreich Polen.

Die politischen Parteien im Königreich Polen zerfallen heute in zwei Hauptgruppen: die Rechte und die Linke. Die Rechte konzentriert sich in der im Oktober v. Js. ins Leben gerufenen sog. Mittelpartei. Es gehören zu ihr:

1. Die nationale Partei, gegründet im Frühjahr 1915 durch die aus der nationaldemokratischen Partei ausgeschiedenen landwirtschaftlichen Kreise. Die Partei spielt eine ziemlich bedeutende Rolle in dem von Deutschland okkupierten Gebiete, dagegen in dem von Österreich okkupierten besteht sie überhaupt nicht. Ihr Werk ist die Organisation des Hauptfürsorgetrats. So gehört auch zu ihren Führern in erster Linie der Vorsitzende des Hauptfürsorgetrates, Graf Adam Koniker, dann Graf Adalbert Rosinowowski, der Geistliche Poplawski, der Rechtsanwalt Zborowski u. a. Das Organ dieser Partei „Nowe Ognisko“ (Neuer Herd) erscheint nicht mehr, seitdem Marylski sich zurückgezogen hat. Derselbe soll der Hauptgegner jedweder Wirksamkeit des in Galizien gegründeten nationalen Hauptkomitees in den Grenzen des Königreichs Polen gewesen sein.

2. Die Gruppe der Warschauer Realisten mit dem Geistlichen Chelmiczki, dem Ingenieur Marczewski, dem Rechtsanwalt Adolf Suligowski an der Spitze. Die Aristokratie aus diesem Lager konzentriert sich auf dem von Österreich okkupierten Gebiete. Hier spielen nach dem Tode Heinrich Dembinskis die Hauptrolle Graf Julius Tarnowski aus Konkie und Josef Ostrowski aus Maluszyn.

3. Die Nationaldemokraten, deren Organ die „Gazeta Poranna“ (die Morgenzeitung) ist. Von den früheren Führern dieser Partei hat ein größerer Teil das Königreich verlassen; von den übrig gebliebenen ragen hervor: Ladislaus Jablonowski, Dr. Anton Rząd, Dr. Paderewski und der Redakteur der „Dwugroszowka“ (Zweigroschenblatt), Primislaus Mieczewski. Die früheren Abgeordneten aus dieser Partei, wie Kiniorski und Swierzynski, beteiligen sich am politischen Leben jetzt nicht mehr.

4. und 5.: Zwei fortschrittliche Parteien: die fortschrittliche Vereinigung und die polnische Fortschrittspartei. Diesen beiden Gruppen fehlt heute das Haupt, denn M. Swietochowski hat sich vom politischen Leben ganz zurückgezogen, und Heinrich Konie ist interniert. Ihr Organ, „Prawda“ (Wahrheit) wurde eingestellt. Eine Nummer war nur noch, wie es scheint, im August vorigen Jahres erschienen. Beide Parteien zählen nur wenige Mitglieder und sind hauptsächlich, fast ausschließlich, in Warschau tätig. Die fortschrittlichen Elemente aus der Provinz findet man nämlich in einem anderen Lager, dem der Liga państwowej polskiej („Liga für das polnische Staatswesen“). Nach außen hin wird die fortschrittliche Vereinigung gegenwärtig durch den Rechtsanwalt Lypacewicz, den Notar Borkowski und Raf. Zycki repräsentiert. — Die polnische Fortschrittspartei vertreten der Ingenieur Rosset, der Rechtsanwalt Car und der Rechtsanwalt St. A. Rapaport.

Formell gehört zur „Mittelpartei“ auch noch die „Gruppe der nationalen Arbeit“, die jedoch schon während der Stadtverordnetenwahlen in Warschau zum demokratischen Komitee, das im Gegensatz zur nationalen Rechten steht, gehörte. Das Organ dieser Gruppe ist der „Kurjer Polski“. Es wird heute redigiert von den Herren: Bogdan Straszewicz, dem Sohne des verstorbenen Ludwig Straszewicz, und von Leo Arzyszowski. Unter den Führern der Gruppe sind die bedeutendsten: die Publizisten Grendyżynski und Leo Chrzanowski, das Mitglied des Hauptfürsorgetrates Staniszewski, der Ingenieur Rogowicz u. a. Außerhalb Warschaus entfaltet die Gruppe keine Tätig-

keit und verbleibt somit hauptsächlich eine Warschauer Gruppe.

Im Kontakt mit der „Mittelpartei“ steht noch eine Reihe von Parteiloosen, wie der Fürst Józef Lubomirski, Dzierżbiccki, Ludwig Krzywicki u. a.

Das Organ der Parteiloosen ist der „Kurier Warszawski“ und ihr bedeutendster Publizist Boleslaus Koskowskii.

Alle diese politischen Gruppen treten stets mit Ausnahme der „Gruppe der nationalen Arbeit“ solidarisch auf. Die Solidarität fing jedoch in der letzten Zeit zu wanken an auf Grund der Opposition der fortschrittlichen Parteien, die sich an ein zu langes Zusammenarbeiten mit konservativen Elementen nicht recht gewöhnen konnten. Die Zukunft muß also erst zeigen, ob und wie lange die „Mittelpartei“ ein dauerhafter Block bleiben wird.

II.

Ein noch größeres Konglomerat von Parteien und Gruppen, als auf der Rechten, sehen wir auf der nationalen Linken. Es gehören zu derselben folgende Parteien:

a) Die polnische Sozialistenpartei.

Nachdem die Emigranten wieder ins Land zurückgekehrt waren, hat das Leben in dieser Partei bedeutend zugenommen. Es kehrten zurück: Witold Jodko, Gustav Danilowski, Arciszewski und Medard Downarowicz. Sie entfalten jetzt eine rege organisatorische Tätigkeit: Illegal redigieren sie die Monatschrift, den *Przedświt* (Die Dämmerung) in Österreich und *Do czynu* (Ans Werk) in Warschau. Ihr legales Organ auf dem österreichischen Okkupationsgebiet ist der *Robotnik* (Der Arbeiter), redigiert in Dąbrowa Górnicza von Perl. Wie bekannt, hat der rechtsstehende Teil dieser Partei an dem Umzuge am 3. Mai teilgenommen und auch die Warschauer Deklaration vom 24. Juli unterzeichnet. Dagegen gehörte auch dieser Teil nicht zu der Wahlgemeinschaft bei den Stadtverordnetenwahlen in Warschau.

b) Der nationale Arbeiterbund. Derselbe übt großen Einfluß in den Arbeiterkreisen und in dem kleineren Mittelstand aus. Bezeichnend für diesen Einfluß ist der Sieg des Bundes bei den Warschauer Wahlen, wo der Bund selbst den kühnsten Annahmen entgegen sogar sieben Mandate gewann. Einen gewissen Stützpunkt findet der Bund auch in dem „Goniec“.

c) Die dritte radikal-nationale Gruppe bildet die sogenannte *Konfederacya* (Der Klub der Unabhängigkeitspartei). Sie besteht aus einem Kreise der Intelligenz, hat aber keine hervorragenden Führer. Ihre Losung ist die Unabhängigkeit Polens. In ihrer politischen Orientierung lehnt sie sich eher an Deutschland, das die Macht repräsentiert, als an Österreich an. Ihr Hauptorgan ist der „Goniec“ und ihre Führer die Redakteure des „Goniec“, Makowiecki und Lad. Studnicki.

d) Die Volkspartei, gegründet im Dezember vorigen Jahres aus der Verschmelzung folgender Gruppen: 1. des Bauernbundes, 2. des nationalen Bauernbundes und 3. der Anhänger des Blattes „Zaranie“.

Sie ist heute die einzige Partei, die unter den Bauern wirkt. Ihre organisatorische Tätigkeit erstreckt sich hauptsächlich auf die Gebiete (Gouvernements) von Silesien, Lublin und Petrikau. Ihr Organ ist die *Polska Ludowa* (Das demokratische Polen), welches in Lublin erscheint und von Maria Dąbrowska redigiert wird. Diese Partei tritt ebenfalls für die politische Unabhängigkeit ein, propagiert die wirtschaftlichen Genossenschaften usw.

e) Der Patrioten-Bund. Derselbe besteht aus einem Kreise der Warschauer Intelligenz ohne hervorragende Namen.

f) Schließlich gehört zu der radikal-nationalen Linken auch ein Teil der früheren radikal-nationalen Gruppe, welche hauptsächlich aus Warschauer Rechtsanwälten besteht.

Als ein Ganzes nennt sich die Linke das nationale Zentralkomitee. Publizisten dieses linksstehenden nationalen Zentralkomitees sind: Artur Gliwinski, Boleslaus Lutomski, Wenzeslaus Sieroszewski und in Lublin Hedwig Marcinkowska, welche die Zeitschrift *Sprawa Polska* (Die Sache Polens) redigiert. Letztere erscheint alle 14 Tage.

Im Gegensatz zur Rechten und zur Linken ist das nationale Zentrum in seiner ganzen Zusammensetzung einheitlich. Es findet seinen Ausdruck in der „Liga Państwowości Polskiej“ (Liga für das polnische Staatswesen).

Der größere Teil der Anhänger der Liga besteht aus Personen, welche früher parteilos waren, weil sie sich keiner der früheren Warschauer Parteirichtungen anschließen wollten. Es gehören zu ihr vorzüglich Mitglieder verschiedener sozialer und kultureller Institutionen, hervorragende Gelehrte und Publizisten. Es fanden sich in ihr auch ein: Ein Teil der früheren radikal-nationalen Gruppe und die Partei der sogenannten national-demokratischen „Sezession“. Präses der Liga ist Michael Lempicki und das Organ der Liga der „Tygodnik Polski“ (Polnisches Wochenblatt), herausgegeben von dem Professor der Physik an der Warschauer Politechnik, Marian Grotowski und redigiert von Gustav Simon. Als Organe, in denen die „Liga“ ihre Ideen sonst noch zum Ausdruck bringt, gelten: die Zeitschrift „*Mysł Polska*“ (Die Idee Polens), welche vierwöchentlich erscheint, und die Tagesblätter „*Kurier Polski*“ und die „*Nowa Gazeta*“. Wie bekannt, hat die „Liga“ außerordentliche Erfolge bei den Warschauer Wahlen erzielt; mehr als zwölf ihrer Mitglieder wurden zu Stadtverordneten gewählt. Unter den hervorragendsten Mitgliedern der „Liga“ sind zu nennen: der gegenwärtige Dekan und frühere Abgeordnete Parczewski, Sigismund Chmielewski, der zweite Bürgermeister von Warschau, Stefan Dzierżulski, Garlicki, Professor an der politechnischen Hochschule und von den Publizisten: Ludwig Abramowicz, Isa Mojszeńska, Helene Ceyfinger, Tit. Filipowicz, J. Wassercug; außerdem Stef. Czarnowski, der Historiker Grabiec und von speziellen Agitatoren der Ingenieur Ponikowski, Bureauchef der Kultus-Abteilung, Dr. Chodźko, Dr. Ludwig Zieliński und viele andere. In Lodz hat sich der Führer der polnischen Gruppe in der Stadtverordnetenversammlung, Dr. Severin Sterling, und in Petrikau der Rechtsanwalt und Publizist Raf. Rudnicki, besondere Verdienste um die „Liga“ erworben.

Wenn auch zur „Liga“ nicht formell gehörig, stehen doch in einem besonderen Kontakt mit ihr die „Sezession“ im Lubliner Bezirk und ihr Organ „*Ziemia Lubelska*“ (Lubliner Land).

Von der „Liga“ wird das Oberste Nationalkomitee in Galizien am meisten unterstützt; dagegen widerseht sich die „Mittelpartei“ jeder Tätigkeit dieses galizischen Komitees in den Grenzen des Königreichs Polen. Was die nationale Linke anbelangt, so tritt sie zum Teil — besonders den Vorwürfen der Rechten gegenüber — für das Oberste Nationalkomitee ein, zum Teil führt sie eine ziemlich scharfe Kritik über seine Politik, weil dieselbe sich nach ihrer Ansicht zu sehr an Österreich anlehnt.

* * *

Sämtliche vorerwähnten Gruppen und Parteien haben nach längeren inneren Verhandlungen den Beschluß gefaßt, eine „Delegation der Parteien“ zu schaffen, welche die Repräsentation des ganzen Königreichs an Stelle des sehr lückenhaften früheren Nationalkomitees übernehmen würde.

In der im Juni berufenen gemeinsamen Versammlung, an der Vertreter des nationalen Zentralkomitees (Linke), der Mittelpartei (Rechte) und der Liga für das polnische Staatswesen (Zentrum) teilnahmen, wurde von seiten des nationalen Zentralkomitees folgender Antrag gestellt:

Da Versuche einer Konsolidierung sämtlicher Parteien auf einer speziell ausgearbeiteten politischen Grundlage zu keinem Resultate geführt haben, so halten es die versammelten Vertreter der einzelnen Parteien für notwendig, sich im Allgemeinen auf der Basis der Unabhängigkeit Polens zu einigen. Diese Verbreitung soll nach außen hin darin ihren Ausdruck finden, daß man eine Delegation nach Wien und Berlin zwecks Verständigung mit den Regierungen der Zentralmächte entsenden wird.

Nach eingehender Debatte wurden einstimmig folgende Beschlüsse gefaßt:

I. Die Parteien willigen in die Ernennung einer gemeinsamen, aus allen Parteirichtungen bestehenden Delegation auf der Basis der Unabhängigkeit Polens, um sowohl im allgemeinen eine Verständigung unter einander zu erzielen, als auch im speziellen in allen Angelegenheiten, wo es zu einer solchen Verständigung gekommen ist, gemeinsam vorzugehen.

II. Als nächstliegende Objekte der Verständigung werden angesehen:

- a) die Stadtverordnetenwahlen der Hauptstadt Warschau. (Dieselben wurden mit außerordentlichem Erfolg durchgeführt.)
- b) Ein gemeinsames Einschreiten gegen die Teilung des Königreichs Polen.

Das Zahlenverhältnis der Parteien in der Delegation ist folgendes: Die Rechte hat 21 Stimmen, die Linke 18 und das Zentrum 15 Stimmen.

In obiger Übersicht haben wir nur diejenigen Parteien berücksichtigt, welche auf einer national-polnischen Grundlage stehen. Außer ihnen wirken noch im Königreich Polen und entfalten dort eine ziemlich rege Propaganda einige Gruppen internationaler Sozialisten, welche auch jetzt den Klassenkampf fast ausschließlich als ihre Aufgabe betrachten.

Einen besonderen Platz in der Gruppierung der Parteien nimmt schließlich das jüdische Lager ein, das ebenfalls in eine ganze Reihe von Gruppen zerfällt, die sich gegenseitig zum Teil sehr scharf bekämpfen.

Wenn nicht gerade die bedeutendste, so doch die lauteste unter diesen Gruppen sind die Nationalisten, welche im Königreich die Autonomie der Juden und die Gleichberechtigung des jüdischen Jargons verlangen. Eine entgegengesetzte Richtung vertreten die aus der jüdischen Intelligenz sich rekrutierenden jogen. Assimilatoren, welche in nationaler Hinsicht mit der polnischen Bevölkerung solidarisch und Gegner aller die Juden begünstigenden Ausnahmegesetzungen sind. Die Assimilatoren gehören übrigens zum großen Teil zu der polnischen, und zwar überwiegend den polnisch-radikalen Parteien an. Ein gewisser Teil der Juden hat auch die Führung in den sozialistischen Parteien. Ziemlich stark ist im jüdischen Lager auch die jüdisch-konservative Gruppe, welche die Nationalisten bekämpft und sich nicht zum Jargon, sondern zur hebräischen Sprache bekennt.

Aus Nr. 436 der Nowa Gazeta (Warschau)
vom 24. September 1916.

Dffener Brief an den Grafen Siegismund Wielopolski.

Vor einigen Monaten gelangten nach Warschau durch Vermittelung der Presse Nachrichten von Äußerungen des Herrn Grafen und auch des Abgeordneten Miljukow in die polnische Presse, die während des parlamentarischen Ausflugs der Dumaabgeordneten

und des Staatsrats nach England und Frankreich getan worden sind. In diesen Äußerungen wurde, soweit wir hier gelesen haben, die Formel der Lösung der polnischen Frage in dem Programm der Autonomie im Verbande mit dem russischen Staat ausgedrückt. Über die Äußerungen des Herrn Miljukow in dieser Beziehung könnte man zur Tagesordnung übergehen. Zwar erklärte ich noch im November 1914 während meines Aufenthalts in Petersburg dem Führer der Kadettenpartei und drückte es nicht nur ihm allein aus, daß „der Traum unserer Väter und Großväter“ nicht die Erlangung einer Selbstverwaltung oder Autonomie, sondern die Wiedererlangung der Unabhängigkeit des Vaterlands war, und daß nur eine solche und keine andere Lösung der polnischen Frage eine gerechte, dauernde und mit unseren Bestrebungen und dem politischen Interesse Europas in Einklang stehende Lösung sein werde. Da aber der Abgeordnete Miljukow seine vom Jahre 1915 datierende Konzeption einer Lösung der polnischen Frage hat und von ihr trotz des Gangs der großen Ereignisse nicht ablassen will oder nicht ablassen kann, kann ich ihm gegenüber als einem Russen keinen Groll empfinden, auch brauchte ich nicht einzig aus diesem Grunde meine in dieser Beziehung abweichende Ansicht auszudrücken. Anders verhält sich die Sache mit den Äußerungen des Herrn Grafen, die in der Eigenschaft eines Mitglieds des Staatsrats und damit eines Vertreters des Großgrundbesitzes in Polen getan worden sind, zumal vor nicht langer Zeit wiederum Nachrichten von neuen, dieses Mal schon auf russischem Boden in diesem selben Geiste getanen Äußerungen des Herrn Grafen zu uns gelangt sind. Als polnischer Abgeordneter, welcher 3 Mal mit dem Vertrauen seines Wahlbezirks geehrt worden ist, eines Wahlbezirks, der fast 1½ Millionen Bewohner zählt, halte ich es für meine nationale Pflicht, anlässlich des erwähnten Auftretens das Wort zu ergreifen und folgende Erklärung abzugeben:

Vor allem muß ich eine allgemeine, aber sehr grundsätzliche Bemerkung vor Augen führen. Die Autonomie, als Formel der Lösung des Verhältnisses eines Volks zum Hoheitsstaate, der das Volk unterworfen oder in einer anderen Weise als Bestandteil angegliedert hat, ist im 20. Jahrhundert, in der Epoche der staatlichen Entwicklung der nationalen Individualitäten und des Mangels einer Anerkennung aller Vergamemente und Hofmittel eine Formel sehr zweifelhaften Werts. Eine reale und dauernde Bedeutung kann sie nur bei einer besonders günstigen Gestaltung der tatsächlichen Kräfte haben, wenn der Hoheitsstaat nicht allzusehr über das autonome Volk sich erhebt oder wenn in diesem Staate sich eine größere Zahl von zur Autonomie berechtigten und befähigten nationalen Individuen befindet. Wo eine solche Verteilung der Kräfte nicht vorhanden ist und das übergeordnete Staatswesen hinsichtlich der Bevölkerung und des Territoriums die autonome Nation bei weitem übertrifft, dort ist die Autonomie von vornherein zu Reibungen und zu dem ständigen Streben verurteilt, sie einzuschränken und schließlich ganz zu unterdrücken. Die höchsten und vollkommensten Formeln der Autonomie, ja sogar der Real-Unionen pflegen bei günstiger proportionaler Verteilung der Kräfte des Staats und der ihm unterworfenen Nation in Wirklichkeit ständig Gegenstand von oben kommender Anschläge zu sein. Die Geschichte Finnlands und der ihm auferlegten allgemeinen staatlichen Gesetzgebung ist ein beredter Beweis dafür, wie wenig man sich auf politisch rechtliche Garantien dann stützen kann, wenn ihnen die wirklichen, auf die Verteilung der realen Kräfte gestützten Garantien nicht entsprechen. Dieses neue und so nahe Beispiel sollte der Herr Graf gut im Gedächtnis behalten und stets vor Augen haben.

Unabhängig von diesen Vorbehalten allgemeiner Natur entspricht eine Autonomie selbst in der in politisch rechtlicher Beziehung vollkommensten Gestalt, ja sogar eine Realunion als Formel einer Lösung der polnisch-russischen Frage den grundsätzlichen Bestrebungen unserer Nation nicht. Seit der schweren politischen Katastrophe, welche am Ende des 18. Jahrhunderts über uns gekommen ist, seit dem Verlust der staatlichen Existenz war und ist das historische Streben der polnischen Nation die Wiedererlangung eines unabhängigen Vaterlands. Dieses Streben war das Ziel der nationalen Arbeiten und Mühen, die Inspiration der polnischen Dichtung, es war der Leitgedanke aller bewaffneten Anstrengungen und Kämpfe in der ganzen Zeit der Geschichte nach den Teilungen, angefangen mit der Legion Dombrowskis in Italien bis zu den heldenhaften Legionen Piłsudzki. Dieses Bestreben äußerte die Nation stets, so oft die Verhältnisse der Geschichte diese gestatteten. Sie äußerte es auch in dem gegenwärtigen Moment, in den feierlichen Versammlungen und in den patriotischen Massenkundgebungen an den nationalen Jahrestagen. Zwar sind Nachrichten davon, wie Warschau im gegenwärtigen Zeitpunkt seine Aspirationen ausgedrückt hat, an den Herrn Grafen nicht gelangt, aber die grundsätzliche Aspiration der Nation wird wohl von Ihnen gut verstanden und empfunden. Das Lauschen dem Puls der Geschichte und die Kenntnis der Geschichte genügen, um jeden zu überzeugen, daß alle Nationen, welche ein staatliches Leben gelebt haben, ihre staatlichen Überlieferungen und Bestrebungen niemals vergessen können. Es sind dies Aspirationen und Rechte, die keiner Verjährung unterliegen. Die Bulgaren waren im Laufe einer Reihe von Jahrhunderten gezwungen, unter einer fremden Herrschaft zu leben. In dem Augenblick der Vernichtung des bulgarischen Staatslebens, was sich noch im Mittelalter vollzogen hatte, war der Kulturzustand der Nation, obgleich er höher war, als der bei den anderen Slawen östlichen Bekenntnisses, dennoch, und wäre es infolge des Unterschiedes in der Zeit, weniger hoch, als die polnische Kultur Ende des 18. Jahrhunderts. Jedoch vergaßen die vergessenen und von Europa ganz ignorierten Bulgaren ihre auf das Staatswesen gerichteten Aspirationen nicht, und als sie es im 19. Jahrhundert wiedererlangten, stellten sie im Laufe von nicht ganz 50 Jahren einen Staat wieder her, der stark in die Waagschale der sozialen Ereignisse fällt. Irland verlor noch zeitiger als Bulgarien die staatliche Existenz, durchlebte ganze Jahrhunderte schrecklicher Bedrückung und Drangsalierung, verlor sogar zum überwiegenden Teile unter seiner Bevölkerung die Muttersprache; daß aber die Aspirationen nach Wiederherstellung eines Staates in ihm leben, beweist die unlängst in Dublin ausgebrochene Revolution. Es ist dies ein äußerst belehrender Fall, den jeder Politiker wohl in Erwägung ziehen muß.

Jedem Politiker sollte es auch bekannt sein, daß das Streben nach Wiedererlangung des polnischen Staates unser Hauptbestreben ist. Und nicht nur dieses unser grundsätzliche Streben hätte der Ausgangspunkt für alle Äußerungen und Erklärungen des Herrn Grafen sein sollen, sondern es muß auch gleichzeitig der zeitgenössische allgemein politische Moment in Betracht gezogen werden. In der gegenwärtigen Zeit ist die polnisch-russische Frage aus dem Zustand der inneren russischen Angelegenheit herausgetreten und in der politischen Wirklichkeit wiederum das geworden, was sie bisweilen im 19. Jahrhundert war und was ihrem Wesen nach zu sein sie eigentlich niemals aufgehört hat. Sie hat ihre internationale Bedeutung wiedererlangt. Auf dem Gebiete ganz Europas und sogar außerhalb Europas spielen sich weittragende Ereignisse ab. Es naht die große Stunde der Entscheidungen

In dem Gesamtbilde der allgemeinen geschichtlichen Angelegenheiten tritt auf die Tagesordnung auch die polnische Frage, die kraft der Ereignisse und kraft der geschichtlichen Notwendigkeiten eine Lösung erheischt. Daß unsere Sache sich gerade in einer solchen Lage befand, wie sie es bisher war, war unser Unrecht, aber nicht nur ausschließlich unser Unrecht. Daß in der unlängst verflossenen und zeitgenössischen Geschichte viele Verwickelungen waren und viel Blut geflossen ist, dafür war u. a. ein Grund der Mangel eines unabhängigen Polens, der Stand der politischen Grenzen vom Jahre 1914. Heute endlich nach langen Jahren ist für unsere Sache, für die polnische Sache die Zeit gekommen. Und nicht in der russischen Kammer und im russischen Staatsrat ist der Ort ihrer Lösung. Diese Lösung liegt nicht nur ausschließlich in unserem Interesse, sondern sie ist eng verknüpft mit der Gesamtheit der Aufgaben und der Umwandlungen der Landkarte Europas, die infolge des Weltkrieges zum Zwecke der Befestigung eines möglichst langen Friedens in der Zukunft eintreten müssen und eintreten werden. Der polnische Politiker muß in dem gegenwärtigen Zeitpunkt dreiften Auges in die breiten allgemein geschichtlichen Horizonte blicken. Man darf mit dem Gedanken und mit der ihm entspringenden Tat nicht in die Tage des russischen Sturmes der Scheinrevolutionen im Jahre 1905 zurückblicken. Ich möchte nicht die Hoffnung verlieren, daß Sie, Herr Graf, in Ihrem Auftreten und in Ihren Erklärungen, sofern sie weiter stattfinden werden, sich nicht in Gegensatz zu dem Streben des polnischen Volkes nach der Unabhängigkeit werden stellen wollen. Mit dieser Hoffnung verbinde ich den Ausdruck der Hochachtung.

Warschau, im September 1916.

Alfons Parczewski,
Abgeordneter des Kaiserlichen Landes.

Aus Nr. 263 des Kurjer Warszawski (Warschau)
vom 22. September 1916.

Mitteilung.

Die im „Kurjer Warszawski“ vom 9. d. M. im Namen 5 politischer Parteien gebrachte „Mitteilung“ ist Gegenstand falscher Kommentare geworden. In Anbetracht dessen stellen wir fest:

Das Streben nach Wiederherstellung eines unabhängigen polnischen Staates stellen wir nicht nur an die Spitze unserer politischen Programme, sondern wir konzentrieren gerade in ihm alle unsere Anstrengungen, da wir in diesem Kriege die Grundlage zur Verwirklichung dieses Strebens sehen.

Es kann daher keine Rede davon sein, daß wir in der vorstehend genannten „Mitteilung“ uns der Idee der Unabhängigkeit entgegengestellt hätten. Wir traten vielmehr gegen die Methoden eines Handelns auf, die sich mit dem Charakter einer ernststen politischen Aktion nicht vertragen.

Die nationale Partei, die polnische fortschrittliche Partei, die Partei der Nationaldemokratie, die Partei der realen Politik, die Nationale Vereinigung, die fortschrittliche Vereinigung.

Aus Nr. 481 der Goniec (Warschau)
vom 25. September 1916.

Aufruf des Klubs der Anhänger des polnischen Staatswesens.

Der Klub der Anhänger des polnischen Staatswesens erließ gestern folgenden Aufruf, der seinen Standpunkt als Antwort auf den gegen den Klub von Anhängern Rußlands und russenfreundlichen Gruppen gerichteten Angriff interpretiert.

Polen!

Der Klub der Anhänger des polnischen Staatswesens ist, wie man aus dem Namen selbst ersieht, eine Organisation, welche die Wiederherstellung des polnischen Staates zum Zweck hat, d. i. der Klub wünscht, daß die Polen einen eigenen König, ihre polnische Regierung, ihr Heer zur Verteidigung ihres Landes und ihrer Interessen, zur Verteidigung des Glaubens und der Rechte ihrer Sprache hätten. Der Klub der polnischen Staatsanhänger will aus den Rußland abgenommenen und früher zum polnischen Staat gehörigen Landen einen polnischen Staat errichten.

Damit also die polnische Nation und diejenigen Staaten, die gegen Rußland Krieg führen, wüßten, wonach der Klub der polnischen Staatsanhänger strebt, veranstalten wir Versammlungen, Vorträge...

In diesem Klub arbeiten die selben Leute, welche die Hauptorganisatoren der großartigen Feier am 3. Mai d. J. waren.

In der Versammlung in der Philharmonie am 3. September beschloßen der Klub der polnischen Staatsanhänger und einige tausend Teilnehmer der Versammlung, an diejenigen Staaten, welche die polnischen Lande nach Vertreibung der Moskowiter aus ihnen vorübergehend besetzt haben, das Ersuchen zu richten, einen polnischen Staat auszurufen.

Jeder Staat muß eine eigene bewaffnete Macht, d. i. ein Heer haben, also forderte die Versammlung ein polnisches Heer.

Wer kann uns dieses Heer organisieren helfen? Wer kann uns alles liefern, was für dieses Heer unentbehrlich ist: Waffen, Kanonen, Automobile, Munition?

Deutschland und Österreich-Ungarn.

Wenn sie dies tun werden, — weshalb werden sie das tun? Deshalb, damit sie an uns einen Verbündeten gegen Rußland hätten.

Wir brauchen ebenfalls ihre Hilfe, d. i. ein Bündnis mit ihnen.

Die polnische Nation hat sich dreimal gegen die Moskowiter erhoben, um sie aus Polen zu vertreiben. Sie verlor den Krieg, denn sie war zu schwach. Sie hatte nicht die Kräfte, um sich von der fremden Übermacht zu befreien.

Heute, wo die stärksten Staaten in Europa, Deutschland und Österreich-Ungarn, mit Rußland Krieg führen, können wir sicher sein, daß unsere zur Befreiung unseres Vaterlandes unternommenen Bemühungen nicht vergeblich sein werden. Es ist überflüssig, den Leuten zu erklären, daß jeder frei sein soll, daß jeder Herr im eigenen Hause sein sollte. Soll man dies der polnischen Nation noch erklären? Sie, die polnische Nation und kein anderer muß Herr im eigenen Lande sein.

Es gibt jedoch dumme und gemeine an Rußland verkaufte Menschen, welche unsere Bestrebungen bekämpfen und das Volk gegen uns aufwiegeln; gegen uns, die wir den polnischen Staat wiederherzustellen wünschen und das moskowitische Regime nicht wollen.

Diese Leute haben am Sonntag, den 17. September, die falsche Nachricht gedruckt und verbreitet, der Klub der polnischen Staatsanhänger habe beschlossen, daß alle vom 16. bis 55. Lebensjahre unter die Waffen berufen werden sollten, daß eine bedeutende Steuer jedem Mann und jeder Frau auferlegt werden solle und daß alle Vorräte an Getreide und Kartoffeln, die jemand besitzt, genommen werden sollten.

Unter diese erdichteten Beschlüsse des Klubs der polnischen Staatsanhänger haben unbekannte Lumpenkerle, die sie bekannt gemacht und für die sie Mitbeteiligte zur Verbreitung gefunden haben, die Namen einiger Mitglieder des Klubs, der Herren Sigismund Makowiecki, Wladislaus Studnicki und Josef Wassercug, gesetzt.

Der Klub der polnischen Staatsanhänger stellt nun fest, daß diese Beschlüsse von irgendeinem an Rußland verkauften Abtrünnigen gefälscht sind.

Der Klub der polnischen Staatsanhänger hat solche Beschlüsse nicht gefaßt und konnte sie nicht fassen.

Wenn der polnische Staat schon ausgerufen werden wird und wenn wir eine polnische Regierung haben werden, muß sie in Polen Gerichte, Schulen und verschiedene Behörden errichten. Sie muß auch zur Verteidigung des Landes ein polnisches Heer schaffen.

Aber in Polen gibt es so viele erwachsene Männer, daß man zum Dienst im polnischen Heere nicht 16jährige Burschen, noch vom Alter gebeugte Leute einzuberufen brauchen. Die polnische Regierung wird auch den in Not geratenen Menschen keine Steuer aufzuerlegen brauchen. Es genügen hierzu die Grundstücke der Regierung, es genügen hierzu die Steuern, die mit Recht allen denen auferlegt werden, die zu nationalen Zwecken zahlen können und sollten, sowie besonders hohe Abgaben derjenigen, die sich ohne rechtfertigende Arbeit während des Krieges durch übermäßige Gewinne aus fremdem Unrecht und aus der Not des Volkes bereichert haben. Wenn Polen Neigung zum Kampfe um seine Freiheit und um sein Land zeigen wird, wird es eine Anleihe zur Führung des Krieges mit Rußland erhalten.

Unser Auftreten wird dem Kriege eine günstige Wendung geben, seine Beendigung beschleunigen, also den Massen unseres Volkes Erleichterung verschaffen.

Wir wollen den Kampf um Polen.

Wir wissen, daß, wenn Rußland zurückkehren würde, eine neue Vernichtung des Landes erfolgen würde. Außerdem würde Rußland alle kriegsfähigen Männer ausheben, um mit ihren Leichen die Schanzen seiner Feinde zu erobern, um die Söhne Polens zum Kampfe um die Erhaltung des russischen Jochs in Polen zu zwingen!

Fort mit Rußland und seinen Agenten!

Der Vorstand

des Klubs der polnischen Staatsanhänger.

Siegismund Makowiecki, Verleger und Schriftleiter.

Wladislaus Studnicki, politischer Schriftsteller.

Dr. St. Tarczynski, Industrieller.

Dr. Siegismund Kramsztyk, Dr. med.

Janusz Suski, Grundbesitzer.

Professor Anton Gumnicki, Ingenieur.

Ludwik Zawadzki, Grundbesitzer und Kaufmann.

Vincent Rzymowski, Literat.

Aus Nr. 607 des Wiener Kurjer Polski
vom 22. September 1916.

Bürgerversammlung in Petrikau.

Auf Anregung der Zentralisation der Liga des polnischen Staatswesens fand am 17. September in Petrikau eine Versammlung von Vertretern der Liga des polnischen Staatswesens im Königreich Polen sowie einer Reihe von Personen statt, welche außerhalb der Organisation der Liga des polnischen Staatswesens stehen, darunter Delegierten verschiedener Vereinigungen, welche das Programm und die Tätigkeit der Liga kennen lernen wollten.

An der Versammlung beteiligten sich über hundert Personen, Vertreter der städtischen Intelligenz, des Großgrundbesitzes und der Bauern, die aus Warschau, Lodz, Kalisch, Tschernstochau, Zaglebie, Kielce, Radom, Lublin sowie aus einzelnen Ortschaften Rußlands, des Sieradzer Landes, aus Masowien, aus dem Lande Sandomir, dem Chelmer Lande usw. erschienen waren.

Die Versammelten begrüßte im Namen der Petrikauer Organisation der Liga des polnischen Staatswesens Rechtsanwalt R. Rudnicki. Er schloß seine Ansprache mit der Aufforderung, die in den Reihen der polnischen Legionen Gefallenen und Kämpfenden durch Sichereheben von den Plätzen zu ehren.

Zur Leitung der Verhandlungen berief die Versammlung Herrn Sigismund Chmielewski, Bürgermeister der Hauptstadt Warschau, zu Beisitzern die Herren Rechtsanwalt Dabrowski aus Kalisch, Professor St. Garlicki aus Lodz, Professor R. Januszajtis aus Tschernostochau, Ingenieur J. Rozlowski aus Dombrowa, Gemeindevorsteher J. Rucharski aus Brydzewice im Kreise Lublin, Rechtsanwalt R. Rudnicki aus Petrikau, den ehemaligen Dumaabgeordneten J. Ostrowski aus Smardzewice im Kreise Opoczno sowie den greisen W. Sokolowski aus Koscinna im Kreise Petrikau. Das Schriftführeramts wurde den Herren Redakteur D. Skiwicki aus Lublin und Litauer aus Lodz übertragen.

Aus dem Vorstehenden ersehen wir, daß sich an der Zusammenkunft Vertreter beider okkupierten Gebiete des Königreichs Polen beteiligt haben. Wir können leider vorläufig die wörtlichen Entschlüsse, die in dieser gewichtigen und bedeutungsvollen Versammlung angenommen wurden, nicht wiedergeben. Es sei jedoch bemerkt, daß die Versammlung in Petrikau in der Zeit der sich klärenden polnischen öffentlichen Meinung durch klare und sachliche Formulierung der Zeitgrundsätze der nationalen Politik für die heutige Zeit einen entschiedenen und gesunden Umschwung in dieser Meinung hervorrufen wird. Die Versammlung unterstrich auch die Notwendigkeit einträchtiger und gemeinsamer Arbeit aller Faktoren, welche zu einem gemeinsamen Zweck während des Krieges entstanden sind.

Der Verlauf der Verhandlungen war folgender:

Das erste Referat über das Thema „Die politische Stellung der Liga des polnischen Staatswesens“, hielt Professor W. Grotowski aus Warschau. Sodann begründete Redakteur Gustav Simon aus Warschau eine Entschlüsse, welche nach lebhaften Erörterungen einstimmig angenommen wurde. Die Entschlüsse betonen den unerschütterlichen Willen der Nation, die Wiederherstellung einer normalen Entwicklung der eigenen Kräfte anzustreben, und umschreibt klar die Grundsätze der Lösung der polnischen Frage.

Nach der Mittagspause beriet die Versammlung über das Verhältnis der Volksgesamtheit des Königreichs Polen zu den polnischen Legionen. Das Referat in dieser Angelegenheit hielt Dr. R. Radziwillowicz (Warschau), in dem er am Schluß einen grundsätzlichen Beschluß vorschlug, in welchem die Versammlung das Bestehen der polnischen Legionen und ihren verdienten Ruhm als kostbarsten politischen Faktor in der polnischen Frage ansieht und beschließt, den Legionen die tatkräftigste Unterstützung angedeihen zu lassen. Der Beschluß umschreibt sodann Grundsätze hinsichtlich der weiteren Entwicklung der Legionen.

Einem Referat des Rechtsanwalts St. Dziewulski über politisch-informativische Arbeiten im Ausland folgte ein Referat des Rechtsanwalts J. Dabrowski über das Thema „Die Organisation der nationalen Vertreterschaft“; es wurde durch eine einstimmig angenommene Entschlüsse beendet, welche die Zeitgrundsätze der nationalen Politik in der gegenwärtigen Zeit umschreibt.

Beschlössen wurde noch ein Antrag betreffend die Wahlen zu den Selbstverwaltungs-Körperschaften in den 38 Städten des Königreichs Polen und ein Antrag, welcher die „Liga der Frauen der Kriegsbereitschaft“ auffordert, ihr tatsächliches Programm zu beobachten.

Nach Erschöpfung vorstehender Tagesordnung ermächtigte die Versammlung das Präsidium, die angenommenen Entschlüsse den maßgebenden politischen Faktoren zu übermitteln und folgende Telegramme zu entsenden:

An das Präsidium des Obersten National-Komitees:

„Die von der Liga des polnischen Staatswesens in Petrikau am 17. September 1916 einberufene Bürgerversammlung überreicht dem Obersten National-Komitee ihre Beschlüsse und wendet sich an dieses gleichzeitig mit dem Ausdruck hoher Anerkennung für die bisherige mühevollen und für die polnische Sache weittragende Tätigkeit, welche die Wiederherstellung des polnischen Staates als Ergebnis des gegenwärtigen Krieges bezweckt, insbesondere aber für die Organisation und politische Leitung der polnischen Legionen, welche die stärkste Kundgebung des unerschütterlichen Willens der Nation zur Wiederherstellung eines eigenen Staates, der reale Anfang eines polnischen Heeres sowie das lebendige Symbol des Zusammenschlusses unserer beiden Teilgebiete, des Königreichs Polen und Galizien, sind.“

An das Kommando der polnischen Legionen und an den Brigadegeneral Pilsudski:

(Im gleichen Wortlaut.)

Die am 17. September 1916 von der Liga des polnischen Staatswesens einberufene Bürgerversammlung erkennt die polnischen Legionen als bisher hervorragendste Kundgebung des unerschütterlichen Willens des nach einer Wiederherstellung eines eigenen Reichs strebenden Volks an und bringt den für die Freiheit des Vaterlandes kämpfenden Führern und polnischen Soldaten ihre Huldigung dar.

In den Legionen die einzigen polnischen militärischen Kadres sehend, drückt die Versammlung die festeste Überzeugung aus, daß sich die vereinigten Anstrengungen des ganzen Volkes voll und ganz zur Verwirklichung des großen Zieles, der Wiederherstellung des polnischen Staates und des polnischen Heeres erhalten werden.

An das Präsidium des ungarischen Parlaments:

„Das Präsidium der aus verschiedenen Gegenden Polens von der Liga des polnischen Staatswesens nach Petrikau am 17. September 1916 einberufenen Versammlung übersendet zu Händen Eurer Exzellenz Ausdrücke der Dankbarkeit für die herrliche spontane Aktion des ungarischen Volkes, die in den Beschlüssen der Komitee, die durch Erklärungen hervorragender Politiker von der Reichstagstribüne in Budapest unterstützt worden sind, zum Ausdruck gekommen ist. Die Karpathenkämpfe der Legionen bestätigen noch einmal die traditionellen Gefühle der Freundschaft und die Waffenbrüderschaft, welche das ungarische und polnische Volk vereinen. Diese Vereinigung wird die Bürgerschaft für eine weitere enge Mitarbeit bilden, wenn die Geschiede den Polen erlauben werden, ihre Bestrebungen nach Wiederherstellung eines eigenen Staatswesens zu verwirklichen.“

Die Versammlung beschloß der Vorsitzende Herr Chmielecki mit einer Ansprache, welche den ernsten und schöpferischen Verlauf der Verhandlungen feststellte und den von den Versammelten mit Begeisterung aufgenommenen Hochruf auf die Legionen und auf das freie Vaterland feststellt.

Aus Nr. 608 des Wiener Kurjer Polski
vom 23. September 1916.

Beschlüsse der Versammlung der Liga des polnischen Staatswesens in Petrikau.

In Ergänzung des gestrigen Berichts über die Versammlung der Liga des polnischen Staatswesens in Petrikau veröffentlichen wir im Nachstehenden die in dieser Versammlung gefaßten Beschlüsse:

Beschluß 1.

Der unerschütterliche Wille des polnischen Volkes, welcher im Laufe des gegenwärtigen Krieges wiederholt festgestellt und durch das freiwillige Blutopfer der polnischen Legionen geheiligt worden ist, der Wille, der die Wiederherstellung normaler Entwicklungsbedingungen für die eigenen Kräfte bezweckt, kann nur verwirklicht werden durch eine rücksichtslose Beseitigung der russischen Herrschaft aus den polnischen Landen und durch Errichtung eines politisch, territorial und wirtschaftlich starken polnischen Staats.

Ein unabhängiger eine eigene Regierung und ein eigenes Heer besitzender polnischer Staat wird unter den Staaten Mitteleuropas ein unüberwindliches Hindernis aller Revancheversuche seitens Rußlands bilden und die unumgänglich notwendige Bedingung des politischen Gleichgewichts Europas verwirklichen.

Die Ausrufung eines polnischen Staats, die Bildung einer polnischen Regierung und Armee schon während des gegenwärtigen Krieges erachtet die Versammlung als ein der größten Opfer der Nation würdiges Ziel und fordert die ganze Volksgemeinschaft auf, ihre Bestrebungen in dieser Richtung kundzutun.

In der Überzeugung, daß eine glückliche Lösung der polnischen Frage sich nur dann vollziehen wird, wenn daran die Vertreter des polnischen Volkes mitwirken werden, erachtet es die Versammlung als notwendig, bei den Mittelmächten dahingehende Schritte zu unternehmen, daß Vertreter Polens an den Verhandlungen und Entschlüssen teilnehmen werden, die über die Form des zukünftigen polnischen Staatswesens bestimmen werden. Fest überzeugt, daß die vorstehenden Grundsätze und Ziele der Ausdruck der Bestrebungen der ungeheuren Mehrheit der politisch aufgeklärten polnischen Volksgemeinschaft sind, fordern die Teilnehmer der Versammlung die berufenen Vertreter dieser Volksgemeinschaft auf, alle Kräfte auf dem Wege zur Erreichung des gemeinsamen, von der ganzen polnischen Nation ersehnten Zieles zu vereinen.

Beschluß 2.

1. In den im gegenwärtigen Kriege gegen Rußland kämpfenden Legionen sehen wir nicht nur einen lauten und kühnen Protest gegen die Herrschaft der russischen Regierung in Polen, nicht nur die Verkörperung der schönsten Überlieferungen unserer Kämpfe um die Unabhängigkeit, sondern einen Akt des schöpferischen Willens der Nation, die im Begriff ist, einen eigenen Staat aufzubauen. Wirklich unabhängig kann nur ein starker Staat sein, ein solcher Staat, dessen Würde, Ganzheit und Sicherheit ein Heer hütet, welches bereit ist, das Vaterland bis zum letzten Blutstropfen zu verteidigen. Nach der staatlichen Existenz strebend, beschließen wir, den polnischen Legionen als dem Anfang der bewaffneten polnischen Macht die tatkräftigste Unterstützung angedeihen zu lassen und sie vor allem zu bewahren, was ihre Entwicklung und Ganzheit, sei es durch äußeren Druck, sei es durch innere Zersetzung gefährden würde.

Indem die Versammlung das Bestehen der polnischen Legionen und ihren verdienten Kriegeruhm als den kostbarsten politischen Faktor in der polnischen Frage im gegenwärtigen entscheidenden Moment, die Erhaltung der einzigen polnisch militärischen Kadres

aber als unumgänglich notwendig zur Wiedererrichtung des polnischen Heeres betrachtet, erklärt sich die Versammlung für eine von der Militärabteilung des Obersten Nationalkomitees geleitete Werbetätigkeit in den Landen des Königreichs Polen und gewährt ihr ihre Unterstützung.

2. Verstehend, daß ein polnisches Heer nur eine polnische Regierung organisieren kann, verlangt die Versammlung mit Rücksicht auf die innere Verfassung der Legionen und auf ihre weitere Entwicklung von den maßgebenden Faktoren, alles aufzubieten zu dem Zwecke, um von dem k. und k. Armeeeoberbefehl weitere nationale und organisierende Zugeständnisse für die polnischen Legionen zu erwirken und um ihre Anerkennung seitens beider Mittelstaaten als die einzige Grundlage für jegliche Initiative in der Richtung einer Entwicklung der militärischen Kräfte des Königreichs Polen in breiterem Maßstabe zu erlangen.

3. Der Militärabteilung und ihrer gegenwärtigen Leitung ihr Vertrauen ausdrückend, erachtet die Versammlung ihre Legionsstätigkeit auf dem Boden des Königreichs Polen bis zur Berufung der polnischen Regierungsfaktoren für notwendig.

Beschluß 3.

Von der Voraussetzung ausgehend, daß die Verwirklichung der Lösung der Unabhängigkeit, welche die ganze Nation in ein geschlossenes Lager vereinigt, noch im Laufe des Krieges durch die Berufung einer polnischen staatlichen Organisation eintreten sollte, erachtet die Versammlung als Richtlinien der nationalen Politik für den heutigen Zeitpunkt folgende Grundsätze:

Die Arbeiten an der Wiederherstellung eines eigenen Staats sollten durch den organisierten Willen der Nation geleitet werden. Die polnische Regierung, die Verteidigung des Staats muß in der Hand der organisierten Macht der Nation, des polnischen Heeres, ruhen. Die Quelle der Regierung und der Schöpfer des Heeres kann nur ein auf Grund allgemeiner Wahlen entstandener polnischer Reichstag sein. Die Versammlung erachtet es für notwendig, daß sich die breitesten Schichten der Bevölkerung unter der Lösung der Einberufung eines außerordentlichen polnischen Reichstags nach Warschau zusammenschließen, eines Reichstags, welcher die Organisation des staatlichen Lebens der Nation in Angriff nehmen wird.

Aus Nr. 478 der Nowa Reforma (Prakau)
vom 22. September 1916

Beschlüsse der Versammlung in Petrikau.

Petrikau, den 21. September.

In Ergänzung des Berichts über die Verhandlungen der Bürgerversammlung, welche am 17. d. Mts. in Petrikau stattfand, geben wir den Text der weiteren Beschlüsse der Versammlung wieder.

In Sachen der Legionen:

Verstehend, daß ein polnisches Heer nur eine polnische Regierung organisieren kann, verlangt die Versammlung mit Rücksicht auf den inneren Stand der Legionen und ihre weitere Entwicklung von den einschlägigen Faktoren, alles aufzubieten, um von dem k. und k. Armeeeoberbefehl weitere nationale und die Organisation betreffende Zugeständnisse für die polnischen Legionen zu erlangen und um ihre Anerkennung durch beide Mittelstaaten als einzige Grundlage für jegliche Anregung in der Richtung der Entwicklung der militärischen Kräfte des Königreichs Polen im breiteren Maßstabe zu erwirken.

Indem die Versammlung dem Militärdepartement und der gegenwärtigen Leitung ihr Vertrauen ausdrückt, hält sie seine Legionsstätigkeit auf dem Gebiete des

Königreichs Polen bis zur Berufung polnischer Regierungsfaktoren für nötig.

In Sachen der städtischen Selbstverwaltung:

Unmittelbar nach dem vorstehenden Beschlusse verhandelte die Versammlung über einen Antrag, der nicht auf der Tagesordnung stand, und zwar über eine Entschließung, welche von dem Rechtsanwalt Rudnicki in Sachen der bevorstehenden Wahlen zu den selbstverwaltenden Gemeinderäten im Königreich Polen eingebracht wurde. Diese Entschließung rief keine Erörterung hervor, sie wurde vielmehr mit einmütigem Beifall angenommen. Sie lautet:

„Die in Petrikau am 17. September 1916 einberufene Versammlung beschließt, daß die Durchführung der Wahlen zu den Körperschaften der Selbstverwaltung in 38 Städten des Königreichs Polen auf Grund der von dem Armeoberbefehl des österreichischen Heeres erlassenen Verordnung vom 18. August 1916 unter der politischen Losung Polens stattfinden soll; die wirtschaftlichen Losungen aber sollen die Interessen der breitesten Schichten der Bevölkerung berücksichtigen.“

In Sachen der Frauen-Liga der Kriegsbereitschaft:

„Da die tatsächliche Aufgabe und der Zweck der Entstehung und des Bestehens der „Frauenliga der Kriegsbereitschaft“ die Hilfeleistung für den im Felde kämpfenden polnischen Soldaten war und ist und da sich infolgedessen die Frauenliga der Kriegsbereitschaft allem Parteihader und allen vorübergehenden Strömungen fernhalten sollte, stellen die in der Versammlung zu Petrikau versammelten Bürger des Königreichs Polen zu ihrem Leidwesen die Spaltung fest, die in den letzten Zeiten in der Mitte der Liga entstanden ist, und sie fordern sie zur strengen Beobachtung ihres Programms und dazu auf, den Weg der bisherigen Arbeiten und Anstrengungen weiterzugehen, deren Bedeutung und Nützlichkeit die Versammelten anerkennend hervorheben.“

In Sachen der nationalen Vertreterschaft:

Eine auf Grund des Referats des Rechtsanwalts J. Dabrowski aus Kalisch angenommene Entschließung lautet:

„Von der Voraussetzung ausgehend, daß die Verwirklichung der Losung, welche das ganze Volk in ein geschlossenes Lager zusammenschließt durch Berufung einer polnischen staatlichen Organisation, eintreten wird, betrachtet die Versammlung als Richtlinien der nationalen Politik im gegenwärtigen Augenblick folgende Grundsätze:

„Die Arbeiten an der Wiederherstellung eines eigenen Staates sollten von dem organisierten Willen des Volkes geleitet werden, die Verteidigung des Staates muß in der Hand der organisierten Kraft des Volkes liegen.“

Die Versammlung hält es für notwendig, daß sich die breitesten Schichten der Bevölkerung unter der Losung der Einberufung eines außerordentlichen Reichstages nach Warschau, der die Organisation des nationalen Staatslebens in Angriff nehmen wird, vereinigen.“

Rechtsanwalt Dziwulski erläuterte, daß die vorstehende Entschließung nicht als absolute Forderung, sondern als eines der Mittel zur Verwirklichung der Unabhängigkeitslosungen anzusehen sei, und er ermahnte, in der politischen Aktion die Forderungen überhaupt zu konkretisieren, sie in eine umschriebene Form zu fassen, nicht aber sich in Allgemeinplätzen zu verlieren.

Aus Nr. 409 der Nowa Gazeta (Warschau)
vom 7. September 1916.

„Die moralische Seite der polnischen Frage.“

Vortrag von Joseph Waserzug.

Seit langem haben wir keinen so interessanten Vortrag gehört, wie den gestrigen von Joseph Waserzug über das Thema: „Die moralische Seite der polnischen Frage“. Gewöhnlich sprechen die Vortragenden nicht frei, sondern lesen ab, und wenn sie sprechen, dann drücken sie sich meistens so barock, so unpersönlich aus, daß sogar tiefe Gedanken ihre Deutlichkeit und ihre suggestive Kraft verlieren. Joseph Waserzug hat als Vortragender seltene Vorzüge: Er drückt sich klar, kurz, deutlich aus, so daß jede Besonderheit des Gedankens plastisch gestaltet ist und sich mit der folgenden zu einem gefühlsmäßigen, harmonischen Ganzen verbindet, was auf die Hörer einen starken Einfluß ausübt.

Des Vorzuges solcher Vorträge sich bewußt, sind daher die Hörer in großer Masse zu dem gestrigen Vortrage erschienen. Der Vortragende gab ein Bild der hundertjährigen Geschichte des polnischen politischen Gedankens im Lichte der Grundsätze der nationalen Moral.

Die Moral des Volkes ist die tätige Treue gegenüber dem nationalen Ideal; dieses Ideal muß auf die geschichtliche Vergangenheit gestützt sein. Die Verjüngungspolitik, die durch die Anhänger Rußlands betrieben wird, widerspricht der ganzen Vergangenheit eines kulturellen 20 Millionen-Volkes. Möge sie rationell sein bei Völkern, die erst zum nationalen Bewußtsein erwachen, so ist sie doch in Polen, das tausend Jahre einer selbständigen Kultur hinter sich hat, eine Unmoral, da sie den lebenden Willen des Volkes den erdrückenden Beschränkungen minimaler politischer Programme unterstellt und dadurch das ganze Leben des Volkes rückwärts drängt. Ein solcher Rückschritt war die Aufnahme des Aufrufs des Mikolajewicz durch einen Teil der polnischen Volksgesamtheit, da dieser Aufruf dem tiefsten Inhalt der polnischen Geschichte widersprach.

Ein Volk in der Lage wie Polen, das eine neutrale Haltung in dem Weltkriege einnimmt, wird nur zu einem Zuschauer, der die Ergebnisse des Krieges abwartet, durch welche sein Dasein ohne Anteilnahme seines bewußten Willens bestimmt wird. Ohne Einfluß auf den Verlauf der Ereignisse im Sinne seiner Aspirationen zu haben, erlangt es kein Stimmrecht bei den Entscheidungen nach dem Kriege, die eine neue politische Weltordnung und eine neue politische Gestalt Polens bringen werden.

Nach dem 5. August propagierte man als „politisches Programm“ das Schweigen. Es waren große Anstrengungen nötig, um dieses Schweigen zu brechen. Die nationalen Kundgebungen, die Gedenksfeiern usw. waren nur die Heilmittel für das historische Gedächtnis des Volkes, für ein Gedächtnis, das durch die Jahre der Sklaverei und durch die moskowitische Suggestion, die zuletzt noch durch den Aufruf des Mikolajewicz verstärkt wurde, verzerrt war. Die Vorbedingung jeder moralischen Tat am heutigen Tage ist das Gefühl der geschichtlichen Verantwortlichkeit. Diese ist so groß, daß gewisse Teile ihre Last durch Untätigkeit von sich abzuwälzen versuchen, ohne es zu verstehen, daß vor dem Gericht der Geschichte gerade diese Untätigkeit das größte Vergehen ist.

Die Moral des Volkes erfordert die Fähigkeit zu Opfern und zu Entfagungen. Hier führte der Vortragende Beispiele solcher Opfer an, die beinahe die Möglichkeit überschritten, aber zum Besten des Volkes gereichten. Polen ist das einzige unter den großen zivilisierten Völkern, bei dem die Idee eines unabhängigen Daseins Gegenstand der Agitation und

der Bedung des Bewußtseins ist. Diese Idee und ihre Entwicklung im Bewußtsein der breiteren Schichten des Volkes wird durch die Furcht und die Unsicherheit der Zukunft verzerrt. Hier gerade steckt das unmoralische Element; denn das Volk müßte unter allen Umständen gegenüber allen Eventualitäten kräftig an seiner Hauptparole festhalten, desto kräftiger, je mehr diese bedroht werden kann.

Die Moral der antirussischen Front ist durch die polnische Tat, die Tat der Legionen, gesichert, muß jedoch auf der ganzen Linie des nationalen Lebens durch die Tat vertieft werden. Eine Sache von großem Wert ist die Anspannung der Kräfte des polnischen Volkes, die — wie die Geschichte lehrt — so große Wunder wirkt, wie groß das Unglück ist, das durch den Verfall der Kräfte verursacht wird.

Der Vortragende illustrierte obige Thesen durch eine Reihe von Beispielen aus unserer Geschichte und endete mit den Worten Mickiewicz's: „Um wie viel ihr eure Seelen erweitert, um so viel verbessert ihr eure Rechte und erweitert die Grenzen.“

Der Vortrag wurde mit großer Aufmerksamkeit aufgenommen. Der Vortragende erntete tosenden Beifall.

Aus Nr. 259 des Dziennik Polski (Göteborg)
vom 20. September 1916.

Wo sind die „Usurpatoren“?

Immer noch spuken in der Praxis unseres sozialen und politischen Lebens alte abgetane Methoden. Eine davon, wohl eine der schädlichsten, ist die Fälschung der Begriffe über die Elemente der Neuorientierungen in der Meinung der Öffentlichkeit.

Es ist dies bei uns bereits eine alte Erscheinung. Sie dient als das primitivste und zugleich universalste Mittel beim Kampfe desjenigen, das sich überlebt hat und nicht mehr entwicklungsfähig ist, mit allem, was zu neuen, vollendeteren Formen des Lebens ersteht. Auf jede Tat, die aus solchen Bestrebungen hervorgeht, setzt der erstarrende status quo so bald als möglich eine falsche Aufschrift, eine falsche Definition, um durch bewußte Diskreditierung des Kurses das im Keime zu erlöschende, was ihm als eine Gefährdung der alten Lebensordnung erscheint.

Diese Methode besitzt natürlich eine Menge von Mitteln und Mitteln, um fremde Gedanken und Taten falsch zu interpretieren. Sie ist eine beliebte, ausgeübte Waffe der Nationaldemokratie, um alle außerhalb ihr liegenden politischen Unternehmungen zu diskreditieren. Im gegenwärtigen entscheidenden Augenblick der polnischen Politik bedient sie sich mit besonderer Vorliebe des Mittels, den neuen Bestrebungen „Usurpation“ vorzuwerfen.

Leztthin wurde diese Phrase von den Parteien in Anwendung gebracht, die gegen die Beschlüsse vom 3. September, die die Unabhängigkeit des Vaterlandes forderten, protestierten.

Wir übergehen hier die Realität der Existenz jener fünf „Parteien“, die jenen wirklich verräterischen Protest unterschrieben haben; es setzt uns bloß die Dreistigkeit in Erstaunen, mit der gerade jene „Parteien“ den Vorwurf der „Usurpation“ erheben.

Wie eine Ironie klingt er im Munde von Leuten, die sich „Nationaldemokraten“ nennen, von Menschen, die sich aus dem Volksganzen aussondern und noch eine andere Bezeichnung für sich in Anspruch nehmen obwohl die Summe ihrer Bestrebungen eher nach einer Auto- oder Oligo- als einer Demokratie hinzielt.

Aber die Phrase der „Usurpation“ erhält im Munde der Nationaldemokratie noch eine komischere Bedeutung. Als Usurpatoren bezeichnen sie solche Menschen, die im Namen des Volkes auftreten und für das Volk etwas fordern, denen aber das Volk

kein Mandat hierzu erteilt hat. Hier muß man natürlich fragen, in welcher Weise das Volk ein Mandat zu einem solchen Beginnen erteilen kann und ob es überhaupt jemandem ein solches überträgt! Weder Rejtan, noch Kosciuszko oder Fürst Joseph haben für ihr Tun ein Mandat gehabt. Auch die Schöpfer der Verfassung vom 3. Mai ermangelten eines solchen, wie auch der Verrat von Targowica ein solches vom Volke nicht erlangt hat. Und trotzdem ist es dagewesen, und die Genannten taten das, was sie für notwendig hielten. Und das Volk nennt die Namen der einen mit Ehrfurcht wie die Worte des Vaterländers, der anderen als Erinnerung an eine Schmach. Denn das Volk gibt keine Mandate, weder zu guten Taten, noch zum Verbrechen, sondern es beurteilt später sowohl das eine, als auch das andere. Das erste ehrt es, — das andere verdammt es.

Hat das Volk denn die „Nationaldemokratie“ geschaffen? Hat es sie gewählt oder zum Leben berufen? Nein! Sie wurde von einigen Personen geschaffen, von anderen zu dem Niveau einer schädlichen Kraft erhoben, und die an Zahl reiche menschliche Herde, die durch eine Handvoll von Männern beherrscht wird und weder die freie Tat, noch den freien Gedanken, sondern Disziplin, Sirene und ein eisernes Kommando nötig hat, hält bis jetzt noch diese erstarrenden Reihen der ausgemusterten Mannequins aufrecht.

Das selbe Recht, wie die Nationaldemokratie, sich zu erheben und Forderungen aufzustellen, hat doch wohl auch jede andere Partei, die etwas für das Land tun möchte. Nirgends fragen oder bitten entstehende Parteien das Volk um einen Auftrag zur Tätigkeit sondern sie erringen ihn durch die Tat, durch Affirmation, nicht aber durch Negation.

Hat das Volk die nationaldemokratischen Führer zu ihrem Auftreten in der Duma während des gegenwärtigen Krieges und zum Abgeben der Versicherung der staatsuntertänigen Gefühle gegenüber dem Zaren beauftragt? Und doch haben Jaronski und Garusiewicz solche Versicherungen abgegeben. Hat ferner Polen dem Dmowski und Wielopolski den Auftrag zur Vettelerei im Hauptquartier des Zaren und in den Vorzimmern Stürmers und zu der Erklärung erteilt, daß das polnische Volk sich mit der Autonomie, mit dem Zaren als König auf dem Throne des Boleslaus Chrobry begnügen wird, gegeben? Und wenn das Volk dies wirklich wünschte, so würde es jene Namen nicht mit einem solchen Ausdruck der Verachtung aussprechen, wie dies gegenwärtig gegenüber den nationaldemokratischen Ministern ohne Portefeuille, die „im Namen des Volkes“ in Rußland antichambrieren, tatsächlich der Fall ist.

Wenn also überhaupt irgendwo „Usurpatoren“ vorhanden sind, dann nur jenseits der Barrikade, unter jenen commis voyageurs der polnischen nationalen Wünsche, die ohne den wunderwirkenden mächtigen Willen des Volkes zu kennen, sich bemühen, für dasselbe irgend welche Gnade selbst noch dann zu erbetteln, da die Erringung der vollständigen Erfüllung seiner Wünsche vor allem von einer klaren und deutlichen Erklärung und Dokumentierung abhängig ist.

Aus Nr. 473 des Goniec (Warschau)
vom 20. September 1916.

Am geschichtlichen Wendepunkt.

In einem Artikel unter dieser Überschrift schreibt das Blatt u. a. folgendes:

Bezüglich der Interessen und der Antagonismen der Großmächte hat der gegenwärtige Krieg eine gewisse Ähnlichkeit mit der Napoleonischen Epoche.

Ähnlich wie gegen das Napoleonische Frankreich, ist heute gegen das Deutsche Reich, das die größte

Landmacht Europas darstellt, eine umfassende Koalition erstanden, und ähnlich wie damals, ist auch heute der eigentliche Inspirator und Leiter dieser Koalition England. Ähnlich wie damals, sehen wir in einem unnatürlichen Bündnis zwei Kolosse, England und Rußland, mit einander verbunden, die noch vor kurzem als unverwundliche Geaner galten.

Von unserem Gesichtspunkte aus betrachtet, bildet den auffallendsten Ähnlichkeitszug der Umstand, daß ebenso, wie vor einem Jahrhundert die Napoleonischen Siege, heute die Siege der Mittelstaaten die polnische Frage auf den internationalen Schauplatz gebracht haben. Lange Jahre des Alps der russischen Herrschaft und Unterdrückung lasteten auf unserem Lande, und beinahe schien es, daß es keine Macht in der politischen Welt gäbe, die diese russische Macht zerschmettern und dieses Land aus ihrer Hand entreißen könnte.

Wenn wir das Ganze des verflossenen Jahrhunderts mit einem Blick rückwärts überschauen und die möglichen Konjunkturen sowie diejenigen Kriege in Betracht ziehen, die wirklich stattgefunden haben, dann kommen wir zu der unbestrittenen Schlußfolgerung, daß das, was die Mittelstaaten getan haben, nur sie wirklich erreichen konnten. Nur sie konnten infolge ihrer unmittelbaren Nachbarschaft Rußland von Westen angreifen, nur sie verfügten über eine genügend große Macht, um die Millionenheere des Zarenreichs zu zerschmettern und zurückzuwerfen. Es vollzog sich ein Ereignis, das zwei Generationen für einen unerfüllbaren Traum, für eine verflungene Legende hielten. „Die Träume der Väter“, wie sich der russische Höchstkommandierende Großfürst Nikolai Nikolajewicz in seinem bekannten Aufruf ausdrückte, „sind nach einer Reihe von Jahren zum ersten Mal in sichtbarer Gestalt erschienen.“

Doch diese waren und sind anders, als es der Aufruf ankündigte. Nicht von einer Ausöhnung mit Rußland und einer Vereinigung unter dem Zepher des Zaren träumten die Väter, sondern von einem Kampfe mit dem Zarentum, von dem Sturze seiner Herrschaft, von der Erlösung und Befreiung des Vaterlandes. Doch auch die mutigsten von ihnen wurden von Zweifeln gequält, ob der Feind nicht zu mächtig sei, ob eine Kraft vorhanden sei, die ihn zu überwinden vermag. Sie betrachteten, wie der Mickiewicz'sche Pilgrim, die massiven Mauern der russischen Macht und ließen kraftlos die Arme sinken, mit Verzweiflung denkend: ein Mensch kann sie nicht niederreißen.“

Heute stürzen diese Mauern zusammen, und es leuchtet uns die Morgenröte der Auferstehung. Es schält sich aus den blutigen Schlachtfeldern immer deutlicher die Möglichkeit eines Wiederaufbaus des polnischen Staates heraus.

Man muß dies erkennen und daraus die unmittelbarsten Schlüsse ziehen. Unser öffentliches Leben unter dem russischen Zepher bewegte sich während der letzten Jahrzehnte in engem Rahmen, umgrenzt durch den bestehenden status quo, und es umfaßte geringfügige Angelegenheiten, Partei- und manchmal sogar persönliche Sachen. Im Hintergrunde eines solchen eingeschränkten und wenig inhaltsreichen Lebens gestalteten sich die Anschauungen und politischen Richtungen des Tages, die sich dann in den entsprechenden Parteien und Gruppen zentralisierten und in ihren Parolen und Programmen äußerten.

Noch lange vor dem Kriege war man allgemein der Ansicht, daß die bei uns bestehenden Parteien sich in dem Zustande einer gewissen Stagnation befinden, daß sie die Überbleibsel anderer Umstände sind und nicht den veränderten Verhältnissen, noch weniger den sich ankündigenden Möglichkeiten entsprechen. Noch mehr überlebt war ihr ganzer ideologischer Niederschlag, der in den Umrißen der Zurückhaltung und

des Pessimismus sich entwickelte und mit einer Gesamtheit nichts Gemeinsames hatte.

Diese kleinen Maßstäbe, die uns der gestrige ideologische Niederschlag zurückgelassen hat, um sie dem gegenwärtigen entscheidenden Moment anzulegen, würde bedeuten, große Ereignisse auf ein armseliges Niveau herabzuziehen, den großen geschichtlichen Moment in die Scheidemünze kleinlicher Rücksichten und Bestrebungen umzuwechseln, d. h. dem Reste seines eigenen historischen Erbes zu Gunsten einer passiven, halb einem Volksstamm eigenen Existenz zu entsagen. Wahrlich, groß genug ist dieser Augenblick, daß er selber neue Maße und neue Werte schaffen könnte; denn mit ihm soll eine neue Ära unserer nationalen Wiedergeburt beginnen.

Aus Nr. 477 des Goniec (Warschau)
vom 22. September 1916.

Trotz allem.

Trotz allem, was das polnische Volk bisher von Deutschen getrennt hat, trotz der immer noch deutlichen Unzufriedenheit gewisser Parteien und Personen, für die die Ansiedelung, die Enneignung und die Annexion das einzige Programm für die Zukunft bezüglich des Verhältnisses zwischen den Deutschen und den Polen bedeutet, ist die gegenseitige Verständigung und Annäherung sowohl der einen als auch der anderen heute eine geschichtliche Notwendigkeit.

Die gemeinsame Gefahr, die gemeinsame Verteidigung des gesamten Kulturgutes gegen die Mitteleuropa bedrohende Invasion der halb wilden mongolisch-kaufasischen Horden müssen schließlich trotz aller berechtigten und unberechtigten Antipathien die deutschen und die bisher untätigen polnischen Kräfte an der bedrohten Ostfront zu einem einzigen eisernen Stabe zusammenschmieden, durch den die Barbarei von der Zivilisation getrennt wird.

Dem zahlenmäßigen Übergewicht des Gegners müssen wir die größere Tatkraft gegenüberstellen, die wir Polen zur Verteidigung unseres Vaterlandes und unserer Unabhängigkeit überhaupt nur ausbringen können.

Wir wissen es genau, daß wir bis jetzt nur eine geringwertige Größe waren. Jedoch infolge der andauernden Anstrengungen der immer noch wachsenden politischen Kriegsparteien werden auch wir bei gleichzeitiger Konsolidierung des polnischen Staatsgedankens von Tag zu Tag eine Größe, die schon jetzt in Rechnung gestellt wird. Dies ist das Ergebnis eines Naturgesetzes, das in der physischen Welt ebenso waltet, wie in der sozialpolitischen. Während zur Zeit des Friedens die Verträge und Bündnisse zwischen den Staaten hauptsächlich auf der Grundlage materieller Vorteile entstehen, bilden sich in Kriegszeiten, namentlich in einem Kriege, wie der jetzige, den die Geschichte zu der schrecklichen Epoche der gewaltigsten Völkerkämpfe zählen wird, elementare Bündnisse auf der Grundlage gemeinsamer Leiden und Qualen, in deren Umklammerung auch diejenigen hineingezogen werden, die von unseren hundertjährigen Qualen und Leiden nichts wußten und nichts wissen wollten. Weit in den entlegenen Winkeln Sibiriens in den Sümpfen von Elobodsk, wie auch in Ungarn und an der Dornic-Murmanischen Eisenbahnlinie gehen in diesem Augenblicke Tausende von deutschen Soldaten unter den Schlägen der Kosaken und Tscherkesen zu Grunde. („Nordd. Allg. Ztg.“: „Die schrecklichen Leiden der deutschen Gefangenen in Rußland.“)

Dort geschieht das selbe, was man anderthalb Jahrhunderte lang gegenüber den Polen angewendet hat. Der Gefangene oder Sklave ist von vornherein zum Tode verurteilt, nicht durch die Art der Strafe oder Sklaverei, sondern durch die Verhältnisse, in

die man ihn zielbewußt hineingebracht hat. Dort im fernen Norden tropft das Blut der deutschen Soldaten auf die Gebeine der polnischen Märtyrer. Eins der schrecklichen, ungezählten Fragmente dieser Rainsverbrechen vollzieht sich heute auf den Grabhügeln der polnischen Soldaten, die dort für die Unabhängigkeit ihres Vaterlandes starben.

Ist der gegenwärtige Augenblick, der an der Schwelle großer Ereignisse und titanenhafter Anstrengungen steht, zur Formulierung gegenseitiger Anklagen geeignet? Man traut uns noch nicht, verdächtigt uns der mangelnden Aufrichtigkeit! Und doch ist unsere Rede klar und aufrichtig! Gebt uns die Möglichkeit, unser Vaterland wieder aufzubauen, und wir werden bis zum letzten Atemzuge für unsere Sache und damit auch für die euzige kämpfen. Den Polen kann man viel vorwerfen. Sie haben a'er noch nie jemanden verraten. Unsere angebliche Russenfreundlichkeit soll auch einer der Gründe sein, die die Entscheidung unserer Sache durch die Mittelstaaten im Sinne der Unabhängigkeit aufhalten!

Wenn man den Schmutz nicht abwaschen kann, dann muß man ihn abtragen, wenn dies auch schmerzen sollte. Wir selbst werden den russenfreundlichen Kehricht fortschaffen, wo wir ihn nur finden. Denn es ist nur Kehricht, der über ein Jahrhundert lang nicht fertzgeschafft worden ist. Ein einziger, kräftiger Hauch des Unabhängigkeitsgedankens, der in die Tat umgesetzt wird, wird ihn aus unserem Leben hinwegblasen. Die Russenfreundlichkeit der Bauern ist aber weiter nichts, als der gewöhnliche Kulturwiderwille, der aus dem langjährigen Verkehr mit dem russischen Schmutze und der russischen Unsauberkeit folgt. Unser Landmann liebt Moskau nicht; nur ein Teil der Bauern fürchtet alles das, was ihr ungeordnetes Leben in den Rahmen der sozialen Ordnung und des sozialen Rechts bringen würde.

Consuetudo est altera natura! Man kann es heute dreist behaupten, daß unser Volk, falls der gegenwärtige Krieg nicht plötzlich das Anbohren unseres Lebens durch den russischen Wurm unterbrochen hätte, nicht nur für Polen, sondern auch für die Menschheit verloren wäre. Denn trotz der geschickten Beweisführung derjenigen, die in der Opferwilligkeit und dem Bienenfleiß unseres Volkes die Erlösung sehen, läßt es sich nicht bestreiten, daß unser Land immer mehr zu einem unerträglichen übelriechenden Sumpf wurde. Das Banditentum kam aus den Bergen und Wäldern, die Trunksucht und das ausschweifende Leben aus den städtischen Lasterhöhlen in die Hütte des Landmannes. Das verbrecherische Wesen der russischen Behörden, ihre gemeinsame Tätigkeit mit dem Auswurf unserer eigenen Volksgemeinschaft bei Operationen jeglicher Art waren die Ursache, daß unser dumpfes Volk seine ganze gebrechliche und verbeulte Ethik lediglich auf leeren Formen aufbaute und der Meinung war, daß der Inhalt des Lebens selbst entartet und verbrecherisch sein kann.

Große Umgestaltungen in dem Verhältnis eines Volkes zum andern können nicht über Nacht erfolgen. Wenn heute eine gewaltige Macht uns und euch einander nähert, so ist gewiß die Widerstandskraft gegen eine solche Annäherung beinahe ebenso groß. Von unserer und von eurer Seite ist der gute Wille und die Erkenntnis der Notwendigkeit der gegenseitigen Verständigung dringend notwendig. Polen und Deutsche sind heute zwei Völker mit westlicher Kultur. Wenn uns das russische Feuer aufgezehrt hat, dann wird es auf euch hinübergreifen!

Um mit jenen zu kämpfen, wollen wir uns in die erste Reihe stellen. Von euch hängt es ab, ob wir zur rechten Zeit die entsprechende Kraft aus uns hervorbringen können.

L. Ch.

Aus Nr. 94 des Wiadomości Polskie (Petrifan)
vom 17. September 1916.

Die Polen der Grenzbezirke.

„Wollt Ihr denn ewig leben?“ so schrieb einmal der eiserne Kanzler einen Balten an. Dem großen Realisten, der Ideen und Ideale nur nach der materiellen Kraft einschätzte, die darin steckte, paßte es direkt nicht, und es war ihm eine unbequeme Erscheinung und ein quälender Gedanke, daß die deutschen Balten nicht einmal im Traume an ein Aufgehen in dem einzig zum Leben berechtigten, weil staatlichem russischen Elemente dachten. Die möglichst baldige Beseitigung dieser hartnäckigen Deutschen erschien ihm für Deutschland selbst eher ein Vorteil als ein Verlust, denn sie beseitigte jeglichen russischen Verdacht, jeden möglichen Streit.

Bei uns gibt es heute keine Bismarcks, wie es deren auch früher keine gab, abgesehen von Karikaturen derselben. Um so mehr gibt es bei uns kleine Geister, sogen. „Realisten“, die von den Polen in den Grenzbezirken ungefähr das selbe denken. Werdet Ihr Polen in Kowno und Wilna, in Grodno und Minsk in Krzemieniec und Kamieniec ewig leben? Ohne Euch, ohne diese Kugel an unseren Beinen wären wir schon längst zu einem Einvernehmen mit Rußland gelangt, das immer zu den weitgehendsten Zugeständnissen, zur wohlmeinendsten Selbstverwaltung für das eigentliche Polen bereit war, das von uns als Gegenleistung nur den Verzicht auf das verlangte, was wir auch so niemals werden halten können. Auch von Westen gelangten zu uns solche Sirenenstimmen; doch wir wollen uns zunächst mit den Realisten des Ostens auseinandersetzen. Diese nämlich berufen als Zeugen den Wielopolski selbst, der nur für den Verzicht auf Litauen und Weißrußland Zugeständnisse für das Königreich erhielt. Man vergißt, daß Wielopolski auf nichts verzichtet hat; als er zur Tätigkeit im Königreich Polen berufen wurde, dachte er ausschließlich nur an dieses, um von vornherein das beabsichtigte Ziel nicht zu verfehlen. Man vergißt ferner daß der habgierige russische Imperialismus und Nationalismus heute von uns bei weitem mehr verlangen, nämlich den hinter dem San liegenden Teil Galiziens und das Chelmer Land, um dann, nachdem sie alles von uns erhalten haben, uns kein Versprechen zu halten, wofür auch Finnland ein Beweis ist. Nebenbei erwähnen wir, daß unsere Ausführungen die „Kosmopoliten“ garnicht berücksichtigen, die keine Nationalität schätzen und der eigenen im Namen von irgendwelchen allgemeinmenschlichen Hirngespinnsten entsagen. Wir kehren also zurück zu unsern „Realisten“ und zu ihrem Verzicht auf Litauen und zu ihrem kindlichen Glauben an die russischen Versprechungen.

In ihre Einflüsterungen stimmen ausgezeichnet ein die Stimmen unserer offenen Feinde, der Litwomannen (nicht Litauer), der Ukrainer, der Russen. Die Machinationen z. B. der Litwomannen haben heute jegliches Maß überschritten und erinnern an den Frosch, der sich mit dem bekannten Erfolg zur Größe des Ochsen aufblähen wollte. In den ausländischen französischen und deutschen Publikationen gehen sie über uns einfach zur Tagesordnung über. Was bedeuten für sie die mit Gewalt oder Hinterlist polonisierten „Litauer“, die sehnstchtig auf den Augenblick der Befreiung aus der polnischen Sklaverei und der Vereinigung mit dem großen Volke Mendogs und Witolds warten? Wilna, diese ewig litauische Stadt, die nach diesem vorübergehenden polnischen Anlauf auf die Bahnen der litauischen Zivilisation zurückkehren wird: das ist die fundamentale Melodie dieser litwomannischen „Streiche“. Daß dies eine grobe Unwahrheit ist, wissen jene am besten. Wilna, obwohl durch einen Litauer auf litauischem Boden gegründet,

wie Lemberg von dem russischen Lew auf russischem Boden, ist hundertmal eher und vollständiger ein für alle Mal aus dem litauischen (d. h. ethnographischen) Besitz herausgetreten, als Lemberg aus dem russischen; wir kennen sehr genau die Geschichte beinahe jeder Straße von Wilna, wir wissen von den Weißrussen und den Wilnaer Deutschen, von den Wilnaer Polen und Juden; nur von den Wilnaer Litauern gibt es nirgends eine Spur in der Geschichte der Stadt. Eine einzige Kirche hat die Bedürfnisse dieser sehr wenig zahlreichen und ärmsten Schicht bis ins 18. Jahrhundert hinein versehen, und auch diese hat sich erschöpft. Die heutige „litauische Burg“ zählt nur ein Viertel soviel Litauer, als das polnische Lemberg Ruthenen zählt. Die Lemberger Ruthenen haben, abgesehen von ihrer Zahl, eine ganz andere und viel höhere Bedeutung für Lemberg als die Litauer Dienstboten (denn ihrer gibt es am meisten) in Wilna. Trotzdem ist den Litwomannen Wilna, in dessen Umgebung, ja sogar der weiteren, sich nicht eine Spur von Litauern findet (während Lemberg mitten unter den Ruthenen liegt), ihre Burg, und die Polen darin sind nur ungebetene Eindringlinge, die ihnen früher oder später weichen müßten! So betrügen sie die Fremden!

Wir haben dieses bezeichnende und zugleich abschreckende Beispiel gewählt. Was lehrt es denn? Es wäre ein Verrat und eine Schande, wenn sich die Wilnaer Polen auch nur einen Augenblick von den litwomannischen Eulen überschreien ließen. Das selbe gilt von allen anderen Polen der Grenzbezirke in ihrem Verhältnis zu den Ukrainern oder zu den Russen. Es wäre eine Schande und ein Verrat schon deshalb, weil wir nicht wissen, was für Überraschungen die Zukunft birgt, auf die wir immer vorbereitet sein müßten. Die deutschen Balten haben an ihrer Rationalität festgehalten, ohne davon zu träumen, daß einst die deutschen Heere zu ihrem Schutz auftreten werden. Die preussisch-russische Freundschaft auf dem granitenen Felsen der gemeinsamen Vorteile (der antipolnischen Politik) und der dynastischen Bande und dem konservativen Geist begründet, verstärkt durch die preussische Dienstbereitschaft, schloß, wie es schien, ein für alle Mal jeglichen Zwischenfall und erst recht einen preussisch-russischen Krieg aus. Und doch geschah ein Wunder, und die Heere Deutschlands haben Kurland besetzt. Trotz aller menschlichen Berechnungen fanden sich wieder die Balten unter den Ihrigen und haben vielleicht nicht umsonst aus dem hundertjährigen Sturm ihr Deutschtum hartnäckig und siegreich davongetragen.

Zunächst werden zwar keine polnischen Heere Kowno oder Wilna, Grodno oder Minsk, Arzemiesiec oder Kamieniec betreten; trotzdem ist unsere Aufgabe und unser Beruf derselbe, wie derjenige der Balten. Der Vorteil der Zentralstaaten und ganz Europas erfordert nämlich die möglichst weiteste Zurückdrängung der immer drohenden russischen Gefahr, die Schaffung eines Dammes, hinter dem sie sich sicher fühlen können. Einen dauerhaften und sicheren Damm wird jedoch niemals trotz ukrainischer Phantasien und deutscher Zustimmung die orthodoxe Ukraine bilden können, die schon wegen des Bekenntnisses nach Moskau hinneigt und mit letzterem herzlich und für immer verbunden ist. Dafür kann sich dieser Damm auf dem polnischen Element der Grenzbezirke, das an Zahl zwar nicht kräftig, jedoch durch die Kultur und zivilisatorische Bedeutung ausgezeichnet ist, wirksam stützen. Die Stärkung dieses polnischen Elements wäre die nächste Aufgabe der Mittelstaaten im Interesse ihres eigenen Vorteils.

Jedoch abgesehen von diesen polnischen Aussichten, die vollständig unsicher sind, da sie von dem wechselnden Kriegsglück abhängig sind, wollen wir uns auf das beschränken, was wirklich ist. Und dessen gibt es

gar vielerlei. Es ist beinahe ein Jahrhundert vorüber, seitdem die russische Regierung mit allen würdigen, hauptsächlich aber unwürdigen Mitteln, das „unvernünftige Polentum“ der Grenzbezirke verfolgte. Und was erreichte sie? Sie hat zwar das polnische Element geschwächt, hat es durch Mord Ausiedelung, Konfiskation aus der herrschenden Stellung verdrängt; sie konnte den öffentlichen Gebrauch der Sprache verbieten, sie aus der Schule und dem Amt verdrängen, den Gebrauch des polnischen Buches erschweren, jedoch das Polentum hat sie durchaus nicht ausgerottet. Denn hierzu wäre unser eigenes Einverständnis nötig gewesen, und dieses hat es trotz verschiedener Abtrünnigen weder gegeben, noch wird es ein solches geben.

Diese Abtrünnigkeiten, niemals massenweise, sondern immer vereinzelt, nahmen die sonderbarsten Merkmale an und wirkten unter den verschiedensten Gestalten. Wir sahen vor kurzem, wie in der Ukraine eine Bewegung zwecks Vereinigung mit dem fremden Element entstand (nicht mit dem eingedrungenen russischen, sondern mit dem örtlichen ukrainischen); wir sahen, wie die Polen die Stiefelschärfe des Schmiel küßten; wie sie auf die Tausende der Adligen stolz waren, die sich einst mit Schmiel gegen den polnischen Freistaat verbunden hatten. Sie haben jedoch das Wichtigste vergessen: das war nur der „gläubige“ Adel, der den „Glauben“ gegen die Jesuiten verteidigte. Ihre Nachkommen also, wenn sie konsequent sein wollten und wünschten, daß die Ukraine (und das hinter ihr lauernde Moskau) nicht mit größtem Mißtrauen diese ihre Abtrünnigkeit annähme, müßten den Glauben ihrer letzten Vorfahren entsagen und zu dem ursprünglichen Glauben zurückkehren. Das gab es jedoch nicht; wir sind noch keine Eschechen, die (siehe das Beispiel des jungtschechischen Führers Gladkowski) wegen der Politik den Glauben wie einen Handschuh gewechselt haben; und die ganze Bewegung der Herren Lipinski und Genossen erstirbt unvermeidlich! Requiescat in pace.

Wer in den Grenzbezirken dem Polentum entsagt, der begeht auch noch aus einem anderen Grunde Verrat. Denn zu wessen Gunsten sollten die Grenzpolen ihrem Polentum entsagen und in der fremden Kultur, der litauischen oder ukrainischen aufgehen? Weder die eine noch die andere hat es hier gegeben; sie existiert auch heute nicht und wird nicht existieren. Es gibt eine westliche katholische polnische Kultur, und eine östliche orthodoxe russische Kultur; zwischen diesen kann man wählen. Auch die Balten konnten nur zwischen der deutschen und der russischen Kultur wählen.

Von einem Aufgehen in dem lettischen oder estnischen Element (und beide sind kultureller als Litauen und die Ukraine) hat keiner von ihnen geträumt. Daß der Adel und die polnischen Städter verbanern, d. h. sich in Litauer und Ukrainer verwandeln, sehen wir weder einen Nutzen noch die Notwendigkeit ein. Wenn auch der Laune des Herrn wegen so mancher Jablonowski oder Nzewuski zum Kosaken geworden ist, später aus Übermut und noch später aus Neigung für das Kiewer Bauerntum mancher unserer Jüngeren freiwillig seinen Verstand verlor und verbauerte und außerdem so mancher aus verschiedenen persönlichen Gründen oder Aussichten das Polentum vergaß, so waren es doch nur Ausnahmen, die weder die Regel bilden noch durchbrechen. Das Polentum der Grenzbezirke ist doch noch immer lebendig; es ist in Weißrußland bis zu dem einfachen Volke vorgeedrungen, das in der Kirche polnisch betet und in der Schule die polnische Sprache verlangt. Wir sind auch der Kirche den größten Dank schuldig, die sich am wirksamsten jeglicher Entnationalisierung widersetzt hat, trotz der russischen Anstrengungen, die heute glücklicherweise der Vergangenheit angehören.

Hoffentlich für immer! Was der polnische Pflua, die polnische Schule, die polnische Kultur (ohne Gewalt und Übermacht, ohne welche die russische orthodoxe Kirche, die Schule und alles Russische nicht auskommen können, da das die einzigen sicheren Mittel sind) erobert haben, müssen wir als friedliche Erbschaften der Jahrhunderte für uns bewahren und sie der Nachkommenschaft überliefern.

Wir übergehen also die litwomaischen und ukrainischen Angriffe auf das Polentum der Grenzbezirke (auf der sich neigenden Baum springen die Ziegen) als vollständig zwecklos, da nicht sie von der Schwächung des Polentums Nutzen ziehen werden. Wir übergehen auch die Verleugnung des Polentums seitens unserer Nationaldemokraten, da sie ebenfalls zwecklos ist; denn jene verlieren das, was sie haben, in Erwartung dessen, was niemals sein wird und bestätigen die Richtigkeit der Worte Kochanowskis von dem Polen, der auch nach dem Schaden nicht klug wird. Wozu hat z. B. der Russe mit Gewalt Tausende von Polen aus der Heimat ausgesiedelt? Der polnische Bauer fühlt es, daß man diesen polnischen Boden mit „echten“ Russen besiedeln wollte. Wie aber der Russe die polnische Autonomie mit dem „echten“ Russentum vereinigen würde, das wird auch gewiß der schlaueste Nationaldemokrat nicht erraten.

Indem wir also diese Machinationen und Naivitäten übergehen, wollen wir noch über einen Vorwurf nachdenken, der schwieriger zu widerlegen ist. Man sagt uns nämlich, der Weltkrieg werde mit nichts endigen, denn nur mit beiderseitiger Erschöpfung; die Staatsgrenzen werden ungefähr die selben bleiben, und was droht dann den Grenzbezirken Polens von seinen Rußlands? Ihre letzte Stunde naht augenscheinlich. Von niemandem Hilfe erhaltend, von allen Seiten geschwächt, muß Polen in dem russischen Meere aufgehen. (Nicht in irgend einer litauisch-ukrainischen Pflanze.) Wer würde dies bestreiten? Den natürlichen Lauf werden wir nicht ändern. Wenn die Verhältnisse so bleiben, wie sie sind, können wir wirklich das bedrohte Polentum nicht retten; von außen wird es niemand starten und die inneren Kräfte können oder müssen sich schließlich erschöpfen. Nur dürfen wir selber nicht zur Beschleunigung des Verfalls beitragen, dürfen nicht irgendwelche Verleugnung und Abtrünnigkeit züchten. Im Gegenteil, in diesem schlimmsten Falle wird die Parole des Polentums der Grenzbezirke bleiben: „Wir lassen uns nicht unterkriegen!“ (nicht etwa: „Lassen wir uns nicht unterkriegen!“, denn das sieht nach Zweifel oder irgendwelcher Furcht aus); wir werden aushalten — usque ad finem! Kanonikus Starowolski hat dem König von Schweden auf dem Bawelschlosse voraus gesagt: fortuna variabilis, deus mirabilis — und auch wir dürfen dies nicht vergessen. Vorläufig wollen wir den Grenzbezirken Polens, den ferneren und näheren (Grodno und Wilna) heiß danken, daß sie nicht kleinmütig den nationalen Kampflatz verlassen haben, daß sie auf dem schwierigen Posten ausgehalten haben, daß sie trotz verschiedener Beschränkungen und Erschwernisse die Fahne nicht verlassen haben, daß sie sich nach Kräften der moskowitzischen Flut entgegengestellt haben, daß sie das Übergewicht und die Erbschaften der Vergangenheit, die um so kostbarer sind, als sie nicht durch Blut und Feuersbrunst, nicht durch Hinterlist oder Treubruch wie die moskowitzischen gekennzeichnet sind, bewahrt haben. Mit ihrem Geiste und mit Mühlsal haben die Polen diese weiten Gebiete erobert, nicht mit dem Schwert oder durch Hinterlist. Solche Erbschaften können nicht leicht verloren gehen. Grenzpolen, Litauen und Wolhynien verdanken wir die größten polnischen Männer — sollen wir also dem entsagen? Und übrigens, wen würde ein solcher Verzicht verpflichten? Jede Generation bestimmt über sich selbst, und die

Söhne und Enkel können das verlangen, was die Väter oder Vorfahren aufgegeben haben (an Beispielen fehlt es nicht). Ohne also die rechtmäßigen Forderungen Litauens und der Ukraine anzutasten und indem wir den Frieden mit ihnen suchen, dürfen wir unsere eignen ewigen Rechte nicht aufopfern; beanspruchen wir nicht das Erstgeburtsrecht an das Einsengericht, denn auch dieses wird man uns nicht geben, und jenes werden wir verlieren.

Al. Brückner,

Prof. a. d. Berliner Universität.

Berlin, September 1916.

Aus Nr. 456 des Goniec Wieczorny (Warschau)
vom 11. September 1916.

Ein Pressedreieck.

Von einem Freund unserer Zeitschrift erhielten wir aus der Provinz folgende berechtigten Bemerkungen über einen Teil der polnischen Presse. Angesichts der augenblicklichen Ereignisse hat die Warschauer Presse nicht auf der Höhe ihrer Aufgabe gestanden. Launenhaft und veränderlich, den chaubinski'schen Einflüssen ihrer galizischen Schwester preisgegeben, hat sie sich nur zu leicht den trügerischen Parolen der politischen Romantiker unterworfen.

Die vernünftigen Stimmen unserer erfahrenen Führer und Politiker haben nichts geholfen. Wie in der Wüste verhallte die Stimme des Grzebala und Volkowski. Von den vielen Publikationen, deren Devise bis heute war: „Laßt uns unsere Nation lehren, sich auf der Erde zu bewegen“, sind heute kaum einige geblieben, und die anderen?...

Leider haben sich die für die Kartoffeln und das Getreide gut gedüngten Felder... mit der Blüte der Unabhängigkeitserregung bedeckt! Und als es schon den Anschein hatte, daß die mit Größenwahnsinn behaftete Warschauer Presse die Einwohner des Königreiches Polen auf Irrwege führen würde, da eilte ganz unerwartet die Schar der tapferen Posener Presse uns zu Hilfe herbei.

In dem Posener „Läufer“ (Kurjer Poznański) und in dem Posener „Tag“ (Dziennik Poznański) findet jeder von uns etwas von seinen gestrigen Erlebnissen... und teuren Erinnerungen. Der „Läufer“ beschäftigt sich hauptsächlich mit der Pflege unserer alten politischen Traditionen, wodurch er den ungezügelten polnischen Gedanken etwas im Zaum hält. Oft sogar weist er die galizischen und Warschauer Politiker zurecht und deutet ihnen die Richtung, die sie fernerhin einzuschlagen haben. „Schweigen, abwarten, auf niemanden als die Posener Politiker hören“, das sind Ratschläge, für die wir sicher einst dankbar sein werden. Während sich der Läufer vorwiegend mit der Politik befaßt, erteilt der Posener „Tag“ unserer Nation im Königreich die wenig nahrhafte geistige Kost, die plötzlich am 5. August 1915 in der Warschauer Presse ausgegangen ist.

Und so hat er seit dem Winter des vergangenen Jahres in geschickter Weise auf den Lichtschirm seiner politischen Anschauungen Silhouetten und Typen verschiedener Vertreter der russischen Literatur geworfen. Im Lichte solch großer Sterne, wie Dostojewski, Archbaszew, Kuprin, Gorki und anderer mehr erlöschen unwillkürlich unsere eigenen, wenn auch uns näher liegenden Sternchen. Besonders viel Platz weicht der „Tat“ dem Dostojewski, gegen den bei den Polen im Königreiche eine durchaus unbegründetes Vorurteil dafür besteht, daß er seine Gefährten in der Verbannung, die Polen, von oben herab behandelte und mit Verachtung strafe.

Diese Wiederauffrischung der Erinnerung an den genialen russischen Schriftsteller in der polnischen Nation ist augenblicklich sehr an der Zeit, da man berücksichtigen muß, daß die Polen, die Gefährten Dostojewskis in der

Verbanung, aufgehezte Untertanen der russischen Monarchie und zugleich unseres Königs waren!

Ebenso ausgezeichnet, aber etwas weniger ins Auge fallend, nämlich in einer Ecke auf der dritten oder vierten Seite wird eine Übersicht über die polnische Presse gegeben. Unlängst erst fanden wir im Posener „Tag“ einen wohlwollenden Artikel über die erste in Warschau abgeholene Sitzung des Klubs der „Anhänger des polnischen Staatswesens“.

Dieser von dem Posener „Tag“ nach der Warschauer „Kopiejka“ wiederholte Artikel, die ihn wieder nach der „Kasza Trybuna“ gedruckt hat, führt den Leser sofort in das sympathische Dreieck ein, dessen eine, und zwar die längste Seite der Posener „Tag“ die beiden anderen dagegen „Kasza Trybuna“ und „Kopiejka“ bilden. Der Posener „Tag“ protestiert, indem er nach der „Kopiejka“ den Bericht aus der „Kasza Trybuna“ anfügt, von sich selbst aus nicht mit einem Wort gegen die Todesstöße, die den Herren Rzymowski, Szymanski, Holowka, Studnicki und Makowiecki zugefügt worden sind. Es ist dies also ein Beweis, daß die beiden oben erwähnten Warschauer Organe, nämlich die „Kopiejka“ und „Kasza Trybuna“, Hand in Hand mit dem „Tag“ gehen, und ein gemeinsames Verteidigungsdreieck bilden, in dessen Inneren sich nicht nur der polnische auf der allslawischen Idee gestützte Staatsgedanke ungefähr die birgt, sondern auch das von nationalem Chauvinismus freie nationaldemokratische Lösungswort: Weg mit Polen!

Wir können überzeugt sein, daß dieses Rettungskonsortium, das sich aus dem „Tag“, der „Kopiejka“ und „Kasza Trybuna“ zusammensetzt, bei der gegenseitigen Nachgiebigkeit zu einer gemeinsamen Verständigung kommen wird, was natürlich in Zukunft glänzend auf das Schicksal unseres Volkes einwirken wird, wenn Polen gemäß dem Manifest des Oberbefehlshabers, des Großfürsten Nikolaj eingerichtet wird u. wird. In dem Nachrichtenteil des „Läufer“ sowie des „Tag“ finden wir gleichzeitig auch öfter Nachrichten über unsere Flüchtlinge. Entgegen den tendenziös durch die Warschauer und galizische Presse verbreiteten Gerüchten, erfahren wir mit Genugtuung aus den Posener Blättern, daß sowohl die russische Regierung, als auch die russische Nation alles tut, was nur in ihren Kräften steht, um den Unglücklichen ihr trauriges Los erträglich zu machen. Die Besorgtheit der russischen Regierung geht z. B. so weit, daß sie die Erlaubnis erteilt hat, im Ural, in Turkestan und am Caspischen Meer polnische Schulen mit polnischer Unterrichtsprache, natürlich mit Ausnahme der „heimischen Geographie“, und Geschichte“ zu errichten.

Solche Nachrichten sind gewissermaßen Antworten unter der Adresse derjenigen, die aus der geringfügigen Tatsache der Eröffnung der höheren Lehranstalten in Warschau schon ziemlich weitgehende, einen Vergleich nicht aushaltende Folgen ziehen. Man kann nicht leugnen, daß sich an der Posener Presse im Laufe des augenblicklichen Krieges im Königreich eine ganze Generation Politiker größeren Stils ausgebildet haben, die ohne sie zweifellos den Warschauer und galizischen Romantikern gefolgt wären. Wenn man das paraphrasiert, was vor kurzem der nicht anwesende kluge Herr, unser Venetianer gesagt hat, daß er lieber einen Despotismus haben wolle, als 3 Konstitutionen, so können auch wir dank der Posener Presse heute laut erklären, daß wir lieber unseren alten erprobten Despotismus haben wollen, als irgend so ein unabhängiges Polen.

Die polnische Frage im Ausland.

Aus Nr. 265 des Naprzód (Kraakau)
vom 24. September 1916.

Beschlüsse der politischen Kommission des polnischen Klubs.

Angenommene Anträge.

Antrag des Dr. Leo:

I.

Weil eine Beschlußfassung in der polnischen Frage, welche der gegenwärtigen Lage entsprechen würde, — erst nach Empfang authentischer offizieller Aufklärungen — eine Verständigung mit dem Königreich Polen erfordert, würde es die politische Kommission des polnischen Klubs für verfrüht halten, schon gegenwärtig in diese Angelegenheiten betreffend meritorische Beschlüsse einzutreten, und fordert den Obmann auf, die entsprechenden Schritte zu unternehmen, um diese authentischen Nachrichten zu erhalten und eine Verständigung mit den Vertretern des Königreichs Polen einzuleiten.

II.

Um dem polnischen Klub und den Polen überhaupt den ihnen gebührenden Einfluß auf den Gang der politischen Angelegenheiten in der Monarchie zu sichern, erachtet es die politische Kommission für notwendig, eine möglichst tatkräftige Aktion zu unternehmen zu dem Zwecke: 1. das Parlament und die Delegation zu reaktivieren, 2. den Polen die ihnen gebührende Beteiligung an der Staatsregierung zurückzugeben, 3. polnische Beamte in die Stellen bei den verschiedenen Zentralbehörden, welche vor dem Kriege von den Polen besetzt waren, wieder einzuführen, 4. polnische Beamten zur Mitarbeit an der Erledigung der die polnischen und nationalen Interessen betreffenden wichtigen Angelegenheiten bei der österreichischen Regierung und bei der gemeinsamen Regierung sowie bei den Militärbehörden zu berufen.

Anträge Daszynski's:

I.

Die politische Kommission erachtet es als ihre erstklassige Aufgabe, mit den Vertretern des ungarischen Volks, die sowohl auf Seiten der Regierung stehen, als auch sich in der Opposition befinden, eine enge Verständigung herbeizuführen. Zweck dieser Verständigung soll sein, eine Unterstützung der polnischen Frage bei den Mittelmächten und bei allen denen zu erlangen, welche über die Schaffung eines polnischen Staats entscheiden werden.

II.

Ein weiterer Antrag wurde angenommen und als vertraulich erklärt.

III.

Das Präsidium des polnischen Klubs wird unverzüglich eine Verständigung mit den Parteien des Parlaments zu dem Zwecke anbahnen, um in Sachen der Einberufung des Parlaments einheitlich vorzugehen.

Die Kommission schob die Entscheidung über den Antrag Dr. Marks auf.

Die politische Kommission hält dafür:

daß das Ergebnis des gegenwärtigen Weltkrieges die Errichtung eines unabhängigen polnischen Staates sein soll, der das ganze polnische Volk, wenigstens aber möglichst einen großen Teil desselben vereinigen würde;

daß die Wiedererlangung der Unabhängigkeit die Aufgabe nicht nur eines Teilgebiets Polens, sondern des ganzen Volkes sein sollte, daß es also zur Erreichung dieses Zieles notwendig ist, alle diejenigen nationalen Kräfte derjenigen Teile des früheren Polens zu vereinigen, die ihre Befreiung wünschen, und in Anbetracht dessen fordert die politische Kommission alle polnischen politischen Organisationen

und Gruppen aller Teilgebiete auf, eine einzige gemeinsame politische Körperschaft zu schaffen, welche das ganze Volk vertreten und das Steuer der ganzen polnischen Frage in ihre Hand nehmen würde.

Die politische Kommission des polnischen Klubs in Wien beauftragt das Präsidium, gemeinsam mit dem Obersten Nationalkomitee unverzüglich die zur Schaffung dieser Vertreterschaft notwendigen Schritte zu tun und in der allernächsten Zeit Bericht zu erstatten.

Aus Nr. 484 des Czas (Kraufau)
vom 25. September 1916.

Beschlüsse der politischen Kommission.

Wien, den 24. September.

Am Dienstag, den 19. d. M. und am Donnerstag, den 21. d. M. fanden Beratungen der politischen Kommission des polnischen Klubs in Wien statt. Die Sitzungen waren vertraulich, jedoch bringen die Blätter gewisse Einzelheiten und veröffentlichen den Wortlaut der von der Kommission angenommenen Beschlüsse. Infolge dieses vertraulichen Charakters können wir Nachrichten über die Richtungen der in der Kommission herrschenden Meinung nicht bringen und müssen uns darauf beschränken, die angemeldeten und angenommenen Anträge zu interpretieren.

Angemeldet, ohne darüber abgestimmt worden zu sein, wurde ein Antrag des Abgeordneten Moraczewski, der von dem Abgeordneten Marek verbessert worden ist. Dieser Antrag lautet:

Indem die politische Kommission dafür hält, 1. daß das Ergebnis des gegenwärtigen Weltkrieges die Errichtung eines polnischen Staates sein sollte, der die ganze polnische Nation, wenigstens aber einen möglichst großen Teil derselben vereinigen würde, 2. daß die Wiederherstellung der Unabhängigkeit Aufgabe nicht nur eines Teilgebiets Polens, sondern der ganzen Nation sein sollte, daß es daher zur Erreichung dieses Zieles notwendig sei, diese nationalen Kräfte aller Teile des früheren Polens zu vereinigen, die ihre Befreiung wünschen, fordert sie die politischen polnischen Organisationen und Gruppen aller Teilgebiete auf, eine einzige gemeinsame politische Körperschaft zu bilden, welche die ganze Nation vertreten und das Steuer der ganzen polnischen Sache in ihre Hände nehmen würde; 3. die politische Kommission des polnischen Klubs in Wien beauftragt das Präsidium, gemeinsam mit dem Obersten Nationalkomitee die zur Bildung dieser Vertretung notwendigen Schritte unverzüglich zu unternehmen und in allernächster Zeit Bericht zu erstatten.

Dagegen wurde ein Antrag des Abgeordneten Leo in folgendem Wortlaut angenommen. (Folgen die im vorstehenden Artikel des „Naprzód“ wiedergegebenen zwei Anträge des Dr. Leo, woran folgender Kommentar geknüpft wird):

Aus dem Wortlaut ersieht man, welcher Unterschied zwischen dem Standpunkt des Abgeordneten Moraczewski und Marek und der Mehrheit der Kommission, die abgestimmt und den Antrag des Abgeordneten Leo angenommen hat, besteht. Die sozialistischen Abgeordneten verlangten, einen meritorischen Standpunkt gegenüber der aktuellen Situation einzunehmen. Dagegen erachtete die Mehrheit der politischen Kommission irgendwelche meritorischen Beschlüsse als verfrüht und erklärte sich in dem Antrag des Abgeordneten Leo, der von ihr angenommen worden ist, gegen meritorische Änderungen. Sie tat dies aus zwei Gründen, zunächst deshalb, weil sie keine offiziellen Daten über den Stand der diplomatischen Verhandlungen besaß, und sodann deshalb, weil sie dafür hielt, daß man sich vorher mit dem Königreich Polen verständigen müsse. In grundsätzlicher Richtung wurde also das Festhalten am Programm festgestellt.

Wir sprachen von einer Mehrheit, welche den Antrag des Abgeordneten Leo angenommen hat, so nämlich stellt sich die Sache formell dar. Materiell aber kann man sich widersprechende Strömungen in der politischen Kommission nicht feststellen, denn über den Antrag der Abgeordneten Moraczewski und Marek wurde nicht abgestimmt, wie die Blätter mitteilen. Wenn dem so war, so muß der Verlauf der Beratungen der politischen Kommission mit Anerkennung aufgenommen werden, wären doch Unterschiede in den Anschauungen im gegenwärtigen Augenblick besonders schädlich.

Außer den vorstehenden Anträgen wurden noch Anträge des Abgeordneten Dajzynski betreffend Anknüpfung von Beziehungen zu den Ungarn und zu den Parteien des österreichischen Parlaments in Sachen der Einberufung des Parlaments angenommen.

Aus Nr. 264 des Naprzód (Kraufau)
vom 23. September 1916.

Aus der politischen Kommission des polnischen Klubs.

Grundsätzliche Anträge des Genossen Dr. Marek und Moraczewski.

Wien, den 22. September.

Die politische Kommission setzte ihre Beratungen am 21. d. Mts. den ganzen Tag fort.

In der Erörterung ergriff Genosse Marek das Wort, wies auf die Notwendigkeit hin, die polnische Politik auf breitere Grundlagen zu stützen, welche die Bestrebungen aller Polen im gegenwärtigen Zeitpunkt berücksichtigen würden, und hob die Bedeutung der kaiserlichen Verordnung in Sachen der Legionen hervor. Sie ist in den höchsten Kreisen der Ausdruck des Verständnisses und des tiefen Mitempfindens mit den Wünschen des polnischen Volkes nach einer staatlichen Unabhängigkeit, deren einer der Faktoren gerade das Heer ist.

(Zensurlücke).

In diesem Sinne stellt Genosse Dr. Marek entsprechende Anträge, welche die Anträge des Genossen Moraczewski hinsichtlich der Zeitgrundsätze der polnischen Politik ergänzen. Alle Parteien haben durch eine Note ihrer Vertreter (nämlich Józefowicz Graf Tarnowski, Abgeordneter Srednianski und Dr. Leo), ihre Zustimmung zu den Anschauungen ausgedrückt, welche von den sozialistischen Abgeordneten in Sachen der Notwendigkeit einer Erweiterung der Grundlagen der polnischen Politik geäußert worden sind.

Sodann meldete offenbar im Namen aller Gruppen Dr. Leo einen Antrag an, welcher eine Aufschiebung der Abstimmung über die Anträge der Genossen Dr. Marek und Moraczewski verlangte, und das wurde auch beschlossen.

Weiter wurden ein Antrag des Genossen Dajzynski hinsichtlich einer Verständigung mit den ungarischen Politikern sowie die bereits im Präsidium des Klubs zwecks Einberufung des Klubs gefaßten Beschlüsse angenommen.

Der polnische Klub wurde zum 3. Oktober nach Kraufau einberufen. Ebenfalls in dieser Zeit werden Sitzungen der Vollzugs-Kommission des Obersten Nationalkomitees stattfinden.

Aus Nr. 262 des Naprzód (Kraufau)
vom 21. September 1916.

Das polnische Hilfskorps.

Wien, den 20. September.

Das k. k. Korrespondenz-Bureau berichtet: Aus dem Kriesspreß-Quartier wird gemeldet: Auf Antrag des Armeoberbefehls hat Seine k. u. k. Apostolische Majestät zu genehmigen geruht,

daß die polnischen Legionen den Namen „Polnisches Hilfskorps“ führen und entsprechend erweitert werden sollen, ferner daß die den Legionen zugeteilten k. und k. Offiziere die Uniform der Legionen tragen und die Regimenter der polnischen Legionen nationale Regimentsfahnen erhalten sollen.

Die vorstehende, schon seit einigen Tagen erwartete Nachricht ist als Erfüllung des ersten Punkts der Denkschrift der Brigadegenerale und Obersten der polnischen Legionen zu begrüßen.

Diese Entscheidung des Kaisers sondert die polnischen Legionen vom österreichisch-ungarischen Heere ab und bildet einen gewissen Schritt dazu, aus ihnen den Anfang des polnischen Heeres zu machen.

In der Schaffung eines polnischen Hilfskorps mit eigenen nationalen Fahnen und mit ausschließlich eigenen polnischen Offizieren ist die amtliche Anerkennung des nationalen Charakters des polnischen Heeres enthalten.

In dieser Anordnung sei nicht der Punkt übersehen, der da bestimmt, daß die den Legionen zugeteilten österreichischen Offiziere die Legionenuniformen tragen sollen, d. i. daß sie polnische Offiziere werden sollen. Ob der Kern der Sache dadurch erreicht werden wird, wird die Zukunft zeigen.

Die übrigen Punkte der kaiserlichen Anordnung weisen zweifelloso Vorteile für die Entwicklung eines polnischen Heeres auf.

Natürlich läßt sich der Wert dieser Anordnung erst nach ihrer Durchführung in der Praxis vollständig beurteilen. Das muß auch die öffentliche Meinung abwarten, bevor sie sich ein Urteil über diese Reform bildet.

Schon heut ein Urteil über die Bedeutung dieser Reform abzugeben, wäre nur in dem Falle möglich, wenn neben dieser militärischen Anordnung ein politischer Akt herginge, der die mit so großer Sehnsucht erwartenden Bürgschaften enthielte.

In jedem Falle ist die Umwandlung der polnischen Legionen in ein besonderes polnisches Hilfskorps ein Fortschritt auf dem Wege zu einem polnischen Heere und zu einem polnischen Staatswesen.

Das, was in dieser Reform das Wesen der nationalen Errungenschaft für den Polen darstellt, ist das Verdienst des Brigadegenerals Piłsudski. Auf seine Anregung nämlich ist die Denkschrift der Obersten der polnischen Legionen entstanden, welche dem k. und k. Armeeoberbefehl als Anlaß und Grundlage gedient hat, dem Kaiser entsprechende Anträge vorzutragen. Daher müssen auch nicht nur die Legionen, sondern auch die ganze polnische Volksgesamtheit für diesen genialen Führer Dankbarkeit empfinden, der nicht nur seine Soldaten zum Ziele führt, sondern auch das ganze Volk auf dem Wege zu einer helleren Zukunft anführt.

Aus Nr. 477 des Czas (Kraſau)

vom 21. September 1916.

Die Legionen vor dem entscheidenden Moment.

Die Legionen waren von Anfang an eine politische Tat. Indem wir beim Kriegsbeginn die Erlangung des polnischen Staates als Kriegsziel hinstellten, das unserem Volke voranleuchtete, schufen wir eine militärische Formation, welche einerseits eine Verkörperung dieses Strebens, andererseits der Anfang der elementarsten Elemente des Staatslebens, der bewaffneten Macht, sein sollte. So verstand auch der Instinkt des Volkes die Mission der Legionen.

Sie sollte der Anfang der bewaffneten Macht sein. Wir waren uns klar darüber, daß es unter den gegebenen Verhältnissen unmöglich sei, etwas mehr

zu erlangen, als ein Anfangsstadium; daß aber in dem Maße günstiger kriegerischer und politischer Ereignisse sowie in dem Maße immer größerer Heldenhaftigkeit und Leistungsfähigkeit die Legionen immer mehr die Merkmale eines eigenen Heeres gewinnen und am Ende vielleicht dort stehen werden, wohin wir gestrebt.

Wir kennen bis jetzt nähere Einzelheiten über den gestern bekanntgemachten Befehl des Monarchen in Sachen der neuen Organisation nicht, aber wir können das eine schon heute feststellen: Es unterliegt keinem Zweifel, daß dieser Befehl, welcher den Legionen den Charakter eines Hilfskorps und als eigenes Symbol die nationalen Fahnen verleiht, die von jetzt ab über den Legionen wehen werden, ein Schritt vorwärts gerade zu diesem Ziele ist. Der Charakter eines Hilfskorps stellt sie in ein anderes Verhältnis zu den Heeren der Mittelmächte. Da sie bis jetzt ein Bestandteil eines dieser Heere waren, erhalten sie gegenwärtig eine neue und selbständigere Stellung deren rechtsöffentliche Grundlagen wahrscheinlich in nicht langer Zeit werden geklärt und festgelegt werden.

Die rechtsöffentliche Grundlage jedes selbständigen Heeres ist eine gewisse staatliche Organisation, welche dieses Heer bildet, organisiert, unterstützt und zu politischen Zwecken verwendet. Die nationale Fahne, welche über einem Heere weht, ist nach den stehenden Begriffen das sichtbare Symbol der politischen Selbständigkeit. Es ist also kein Zugeständnis ohne weiterreichende nationale Bedeutung, wenn der Monarch den polnischen Legionen den Charakter eines Hilfsheeres und eigene nationale Abzeichen verleiht.

Die Ereignisse gehen seit einigen Monaten immer rascher vorwärts, von Tag zu Tag die Verhältnisse unseres nationalen Lebens verändernd. Dem Pessimismus hinsichtlich unserer Zukunft, dem Verlangen, das Königreich Polen in einer passiven und abwartenden Haltung zu erhalten, stellt sich immer mehr die Notwendigkeit entgegen, die eigenen Wünsche zu äußern und die Mittel zu organisieren, welche zur Erfüllung dieser tiefsten nationalen Wünsche beitragen würden. Die angekündigte „Erweiterung“ der Legionen bei gleichzeitiger Entfaltung des polnischen Adlers, des uralten Symbols des polnischen Staats, über ihnen wird im Königreich Polen sicherlich nicht ohne tiefen Eindruck vorübergehen. Sie wird verstanden werden als vorbereitender Boden zu weiteren politischen Einrichtungen, deren Aufgabe sein muß, die den Willen des Volkes vertretenden und leitenden Organe zu bilden. Solche Anordnungen im Verein mit dem heutigen Befehl des Monarchen werden zweifellos in der ganzen Volksgesamtheit das hinreichende Vertrauen erwecken, daß unsere nationalen Aspirationen aus diesem Kriege siegreich hervorgehen werden. Wer immer den Willen des Volkes vertreten wird, wird sicherlich in die Waagschale des Krieges seine ganze Tatkraft werfen, um den Weg zu diesem Siege zu bahnen.

Aus Nr. 475 der Nowa Reforma (Kraſau)

vom 21. September 1916.

Eine neue Phase der polnischen Legionen.

Die polnischen Legionen treten in eine neue Phase der Entwicklung ein. Aus den Schützenabteilungen haben sich im Jahre 1914 dank der Gründung des Obersten Nationalkomitees die polnischen Legionen entwickelt, die sofort in die Kampflinien rückten. Im Kanonendonner, in Plänkelleien, Kämpfen und Schlachten bildete und vervollkommnete sich der junge polnische Soldat in dem ritterlichen Handwerk, auf den blutigen Schlachtfeldern erwachsen plötzlich ungewöhnliche polnische militärische Talente. Langsam

und allmählich bildeten und organisierten sich die Legionen, bis sie das geworden sind, als was wir sie in den letzten Zeiten sehen. Das Oberste Nationalkomitee und die Legionen selbst entfalten ihre Tätigkeit unter verschiedenen Verhältnissen, sie mußten bisweilen eine große Willenskraft und Selbstverleugnung anbieten, um die hohen und erhabenen Aufgaben zu erfüllen, welche das Volk in ihre Hände gelegt. Ausdauer und der Glaube an die große Idee der Befreiung des Vaterlands aus den Fesseln der Knechtschaft leuchteten ihrer Tätigkeit voran, führten die Legionenritter auf die blutigen Felder der Ringkämpfe mit dem Erbfeinde.

Dank dieser Idee und Tapferkeit der Legionen, dank der folgerichtigen, beharrlichen und des Ziels, der Wege und der Mittel sich bewußten Tätigkeit des Obersten Nationalkomitees und seiner Militärabteilung machte die Entwicklung der Legionenorganisation langsam, aber ständig Fortschritte, bis sich in ihren Reihen alle Waffengattungen und fast der ganze Kampfsapparat vereinigten, bis endlich die Legionen in ihre neueste Phase der Entwicklung eingetreten sind. Die Seinigen und Fremden in Erstaunen setzende Tapferkeit, die hohen Kriegtugenden, das Talent und die Orientationsgabe der Führer erwarben den Legionen allgemeine Anerkennung. Es bedeckten sich die Schlachtfelder mit den Leichen der heldenhaften Legionäre, die Opfer waren groß, aber für die Zukunft Polens fruchtbar, denn die Saat des für das Vaterland vergossenen Bluts zeitigte eine üppige Frucht: Sie befestigte in der polnischen Volksgesamtheit die Überzeugung, daß die Legionen der wichtigste reale Faktor eines polnischen Staatswesens sind.

Heut stehen wir vor einem neuen Abschnitt in der Entwicklung der Legionenorganisation. Die Legionen werden, wie der kaiserliche Erlaß sagt, erweitert, und daraus, daß sie ein polnisches Hilfskorps bilden sollen, geht hervor, welchen Umfang und welchen Charakter diese Erweiterung annehmen soll. Die Legionen werden also, wie wir folgern, eine geschlossene militärische Kampfeinheit bilden, welche mit allen diesen Waffengattungen und mit dem ganzen, gegenwärtig so zahlreichen und vervollkommenen technischen Apparat ausgestattet sein wird, über den ein Korps verfügen muß, welches schon zu einer selbständigen, wiewohl mit der übrigen Armee organisch verbundenen Kriegsaktion fähig ist.

Die Legionen verlieren als innerhalb des polnischen Korps tätige Einheiten ihren gegenwärtigen Charakter und Namen nicht, wenn der kaiserliche Erlaß ausdrücklich davon spricht, daß die den Legionen zugeteilten k. und k. Offiziere die Legionenuniform tragen sollen, und außerdem davon, daß den polnischen Legionen nationale Regimentsfahnen zuerkannt werden. Und sie verlieren nicht nur ihren bisherigen nationalen Charakter, sondern sie vertiefen diesen Charakter noch, denn es werden sich über ihnen die polnischen Banner entfalten, die ihnen als den Erben der Kämpfe um die Unabhängigkeit der Nation übertragen worden sind.

Wenn wir die Intention und den Geist des kaiserlichen Erlasses so auffassen, müssen wir in der neuen Organisation der Legionen eine Stärkung des Anfangs unseres Nationalheeres, dieses wesentlichen, unumgänglich notwendigen und vitalsten Faktors unserer staatlichen Selbständigkeit erblicken.

Wir kennen zwar die Einzelheiten der Anordnungen nicht, welche zweifellos dem kaiserlichen Reskript weiter folgen werden. Wir werden wohl aber in dem Vorgefühl und in der Annahme nicht fehlgehen, daß wir vor in raschem Tempo nahenden großen und für die Zukunft unseres Vaterlandes entschei-

denen Ereignissen stehen. Diese Zukunft, welche uns aus einer schon immer kleiner werdenden Entfernung zuzulächeln scheint, wird vor allem auf der Schärfe des Schwerts der sich neu organisierenden polnischen Legionen beruhen, sie wird von der Leistungsfähigkeit aller ihrer Organisationen abhängen, die sie zum Wachstum und zu einer immer größeren Kraft gegenwärtig führen werden.

Es ist keine Zeit, Lorbeerkränze des Verdiensts zu verteilen. Dazu wird die Zeit später kommen. Die Nation versteht die Verdienste zu schätzen und wird sie niemandem vergessen, der in der entscheidenden kritischen Zeit für ihre Sache eingetreten ist und alle seine Kräfte für sie geopfert hat. Heute rechnen wir mit dem vollzogenen Werke als einem Unterpfand und einer nützlichen Unterlage zur Arbeit an der Wiederherstellung unseres nationalen Heeres und der mit ihm verbundenen Unabhängigkeit des Vaterlands.

An dieses große und erhabene Werk mußten alle ohne Unterschied der Parteiüberzeugung gehen, das schulden wir der Jugend, die wir zum blutigen Kampfe in die Reihen der Legionen entsenden und von der wir Zucht und Aufopferung in den weitest gehenden Grenzen fordern.

Aus Nr. 481 des Czas (Kraus)

vom 23. September 1916.

Das polnische Korps.

Wien, den 21. September.

Die Mitteilung des Kriegspressequartiers betreffend die Änderungen in der Organisation der Legionen ist in den hiesigen polnischen Kreisen unläufig Gegenstand der Erörterung, und sie hat auch in den Kreisen deutscher Politiker sehr lebhaftes Interesse erweckt. Wenn die Wiener Tageblätter den Inhalt der Mitteilung nicht besprechen, so beruht dies hauptsächlich darauf, daß die Schriftleitungen Anstand nehmen, eine nur auf Vermutungen gestützte Meinung auszusprechen, da sie bisher positive Informationen nicht erhalten haben.

In den polnischen Kreisen hebt man folgende Momente als die wichtigsten hervor:

1. Die Änderung beruht nicht auf einer Umordnung des Armeeeoberbefehls, sondern auf einem Antrag dieses Armeeeoberbefehls, der unmittelbar vom Kaiser selbst sanktioniert worden ist.
2. Die k. und k., dem Dienst in dem polnischen Hilfskorps zugeteilten Offiziere müssen die polnischen Uniformen tragen.
3. Der Rahmen der Legionen wird erweitert werden.
4. Die Legionen der Regimenter erhalten nationale Fahnen.

Die Berufung auf die Person des Monarchen verleiht der Verordnung eine besonders feierliche Bedeutung. Die polnische Uniform für die zugeteilten k. und k. Offiziere betont ausdrücklich die Sonderstellung dieses polnischen Korps. Eine zahlenmäßige Erweiterung der Legionen war seit langem das heiß ersehnte Ziel des Obersten Nationalkomitees, aber am bezeichnendsten ist der vierte Punkt: die Verleihung nationaler Fahnen an die Legionenregimenter ist in staatsrechtlicher Beziehung ein Akt von außergewöhnlicher Bedeutung. Indem die nationalen Fahnen die Sonderstellung des polnischen Korps betonen, heben sie gleichzeitig die Sonderstellung des polnischen Staatswesens hervor.

Das sind klare, verständliche und positive Argumente. Außerdem bleibt noch eine Reihe von unaufgeklärten und von besonderen Verordnungen und Praktiken abhängigen Punkten. Auf diese Fragen wird sich wahrscheinlich bald eine Antwort finden,

denn es unterliegt keinem Zweifel, daß die verbündeten Mächte von vornherein Einzelheiten erwogen haben.

Was immer sein wird und in welcher Weise immer die polnische Frage endgültig gelöst werden wird, so sehen wir schon heute, welche geschichtliche Rolle unsere Legionen gespielt haben. Man kann sich die Lösung der polnischen Frage in dieser oder jener Weise vorstellen, aber sicher ist, daß sie ohne die Legionen in dieser Form auf der Tagesordnung überhaupt nicht stehen würde. Die Legionen waren der Ausdruck des nationalen Willens, die Verkörperung des seit den Teilungen von Geschlecht zu Geschlecht sich übertragenden polnischen Gedankens, der Ausdruck unseres nationalen Dogmas. Angesichts der Tat der Legionen muß jegliche Parteilichkeit verstummen. Ehre sei denjenigen, die sich zu dieser Tat aufgerafft haben, Ehre den tapferen Legionensoldaten, welche dem politischen Gedanken so heldenmütige Formen verliehen haben.

Aus Nr. 94 der Wiadomości Polski (Petrifau)
vom 17. September 1916.

Bemerkungen.

Vor kurzem brachten die Tageblätter die Meldung, daß einer der bedeutendsten deutschen Industriellen, der nach der Lage gefragt wurde, geantwortet habe: „Ausharren, durchhalten, schweigen!“ In Deutschland wird man ihm gewiß Gehör schenken. Wenn man es doch auch bei uns verstehen würde, daß manchmal die beste „Tat“ das Schweigen ist. Ich sage „manchmal“, denn ich habe durchaus nicht die Absicht, eine Politik der Passivität oder der Neutralität zu propagieren oder zu empfehlen. Es beschließt z. B. irgend eine Versammlung eine Entschliebung. Andere protestieren dagegen um des Programms der Reserve willen, ohne zu fühlen, daß gerade dieser Protest ein Heraustreten aus der Reserve bedeutet. Wenn man doch in solchen Fällen an die Worte Ballins denken wollte!

Zur Zeit der Demokratie will jeder wissen, was in öffentlichen Angelegenheiten geschieht, will jeder entscheiden und leiten. Aber die Politik erfordert Erfahrung und Spezialwissen wie die Kriegskunst. Sogar den einfachen Soldaten muß man ausbilden, ehe man ihn vor den Feind stellen kann, wieviel mehr einen Führer! In der Politik scheint dieser Grundsatz nicht zu verpflichten. Auf das Kommando „den Gegner schlagen!“ beginnt ein geräuschvoller politischer Kampf sui generis. Soll man sich da wundern, daß der geübte Gegner siegt!

Der Krieg hat die Menschen, Parteien, Volksgemeinschaften besonderen Aufgaben gegenübergestellt. Sie alle haben das eine gemeinsame Merkmal, daß sie nach dem Siege streben, also nach dieser Richtung hin eine positive Natur besitzen. Menschen und Parteien, die ihre Vergangenheit mit Kritik verbracht haben, sind in einer schwierigen Lage. Sie müßten sich der neuen Methode des Denkens und Handelns anpassen. Das fällt ihnen schwer. Es genügt der Schein, daß man sich vor dem eigenen Gewissen rechtfertigen wolle, um zur Kritik als der einzigen Art der Tätigkeit zurückzukehren.

Der Erfolg ist häufig der, daß man seine eigenen Kinder verschlingt, daß man das vernichtet, was man zu allgemeinem Nutzen geschaffen hat.

Eine Methode des Handelns, die nur auf Kritik beruht, kann offenbar in den Mitteln nicht wählerisch sein. Die frühere Advokatenkunst beruhte doch auf folgender Beweisführung: Vor allem hat sich die und die Tatsache nicht zugetragen; alsdann geschah sie nicht am Tage, sondern in der Nacht, und drittens, wenn sie geschah, da nn usw. usw. Das selbe sehen

wir bei der politischen negativen Tätigkeit. Man wirft dem Gegner vor, daß er kein Pole sei, daß er ein bezahlter oder fremder Agent sei. Nach diesem „grundsätzlichen“ Beweise werden ihm Tendenzen, Richtungen, Absichten unterschoben, die manchmal durch ihre Erfindungskunst verblüffen. Schließlich zeigt es sich, daß dies alles nichts bedeutet, daß es schwächlich, nichtig ist usw. Der in dieser Weise behandelte Hörer ist wahrlich in keiner beneidenswerten Lage.

Manche „Vorurteile“ der Fremden können bei uns keinen Boden gewinnen. In anderen Volksgemeinschaften hält man es für das Natürliche, der eigenen Behörde zu unterstehen. Bei uns ist es die Regel, daß man die eigene Behörde für falsch oder schädlich handelnd hält. Man muß sie offenbar verbessern. In anderen Volksgemeinschaften gibt es eine gewisse Arbeitsteilung: der Soldat hat z. B. die Pflicht, sich zu schlagen, ein anderer befaßt sich mit der Politik usw. Bei uns sucht man jeden zu verbessern, der „falsch“ handelt, und „falsch“ handelt er regelmäßig. Es entsteht auf diese Weise eine Anhäufung von Aufgaben, zu deren Lösung sich jeder berufen fühlt. Eine Häufung der Verantwortung erblicken wir selten.

Ich erkenne den Patriotismus und die Aufopferung der Frauen in hohem Grade an. Ich bin außerdem der Ansicht, daß jetzt keine Zeit zur Befreiung des Weibes sei. Ich urteile nach mir selbst: Wenn mir jemand ein Stück Leinwand geben und mich heißen würde, daraus ein Hemd zu nähen, das für den Soldaten unentbehrlich ist, so könnte ich diese Arbeit nicht übernehmen. Das Rätsel ist leicht zu lösen: Ich verstehe die Arbeit nicht und würde das kostbare Material nur verderben...

Gegenüber den großen Entscheidungen, die da fallen werden, sind unsere Streitigkeiten, unsere Diskussionen wahrlich klein. Zu großen Taten haben wir uns nicht aufgerafft, aber wir haben eine schöne und edle Tat hinter uns, die für uns spricht: wir haben die Legionen. Es ist unsere einzige Tat im Kriege. Sie kann und wird, wie ich überzeugt bin, eine große Zukunft haben, sie hat einen offenen Weg der Entwicklung vor sich und ist sogar auch in dem Umfange, in dem die Legionen heute bestehen, für uns eine kostbare Waffe. Die Geschichte wird niemandem verzeihen, der dies heute nicht erkennt. Was für ein Schicksal Polen auch bevorstehen möge, die einzige polnische Tat im Kriege wird ein Kleinod des Volkes bleiben. Sie in unauslöschlichem Glanze zu bewahren, wird die Aufgabe aller sein. Sollen uns erst Fremde bei dem Werke helfen, das aus der reinsten Tiefe der polnischen Seele hervorgegangen und mit der Idee der Freiheit erfüllt ist? Es tut einem leid, wenn man zusieht, wie die Energie vergeudet wird, die zur Bekämpfung der eigenen Leidenschaften und der eigenen Verstandeslosigkeit verbraucht wird, während die selbe Energie, wenn man sie nach außen hin verwenden wollte, durch ihre Kraft in Erstaunen setzen würde. Über diese Kraft zu sprechen, das verstehen wir aber allzugut.

Eine Volksgesamtheit, die auf dem Schlachtfelde philosophiert oder politisiert und im Frieden Aufstände veranstaltet, streicht sich selbst aus der Reihe der Entwicklungsfähigen aus. Und doch sind wir alle auf dem Schlachtfelde: Soldaten und Politiker!

Krakau, den 14. September 1916.

W. L. Jaworski,

Vizepräsident des Obersten Nationalkomitees.

Aus Nr. 260 des Naprzód (Kraſau)
vom 19. September 1916.

Die polniſche Volksgeſamtheit nach zwei Kriegs- jahren.

Während zweier Kriegsjahre hat ſich das politiſche Leben Polens unter dem Einfluß der durch den Krieg hervorgerufenen Hoffnungen entwickelt. Jetzt, im ſechszwanzigſten Monat des Krieges, iſt endlich die Zeit gekommen, in der man nicht mehr von Hoffnungen ſprechen ſoll, ſondern von dem politiſchen Programm des Volkes.

Von dem Augenblicke an, da der deutſche Reichszanſler Bethmann-Hollweg vor ganz Europa erklärt hat, daß die polniſchen Lande niemals mehr in den Beſitz Rußlands zurückkehren werden, iſt es klar geworden, daß die polniſche Frage ſich ihrer Löſung nähert. Aber welcher denn?

Auf Grund der verſchiedenen Antworten auf dieſe Frage, die man ſich ſelbſt gegeben hat, entſtanden in Polen verſchiedene politiſche Richtungen, die in beſonderen Organisationen ihren Ausdruck gefunden haben.

Machen wir nun einen Überblick über dieſe Organisationen, in welcher Geſtalt ſie auf der gegenwärtigen Stufe ihrer Entwicklung daſtehen.

In Galizien beſteht eine einzige nationale Organisation: das Oberſte Nationalkomitee und eine einzige politiſche Repräſentation, die mit jener Organisation in Verbindung ſteht: der Polniſche Klub. Das D. N. K. entſtand zu Anfang des Krieges, und ſein Programm beruhte auf zwei Gefühlen: 1. auf der Hoffnung, daß der Krieg Polen die Erlöſung vom ruſſiſchen Joche bringen werde, und 2. auf dem Vertrauen zum öſterreichiſchen Staate, in dem die Polen während eines halben Jahrhundertſ die volle Freiheit ihrer nationalen Entwicklung beſaßen. Durch dieſe Hoffnung und dieſes Vertrauen belebt, gingen die Legionen, deren Vertretung das D. N. K. iſt, in den Kampf gegen Rußland. Mit dieſer Hoffnung und dieſem Vertrauen lebten ſie im Feuer und ſtärkten ſich in den blutigen und heldenhaften Kämpfen zwei Jahre lang. Dieſe Hoffnung und das Vertrauen genügten vollſtändig ſo lange, bis nach der Säuberung des Königreichs von den Ruſſen die veränderten Verhältnisse ein politiſches Leben in jenem Gebietsteil ſchufen.

Im Königreich Polen iſt zwar eine einheitliche politiſche Organisation bis jetzt noch nicht entſtanden; aber es exiſtieren dort bereits zwei Organisationen, die bezüglich ihres Umfangs und ihrer genügend klaren Ziele von Bedeutung ſind. Die größere und ſtärkere von ihnen iſt das Nationale Zentralkomitee. Dieſe Organisation hat eine entſchieden antiruſſiſche Front und ſtrebt nach einem polniſchen Staatsweſen, das ſich in ſeinen Kalkulationen und ſeiner Tätigkeit auf die Zentralmächte ſtützt. Die andere, kleinere Organisation, iſt die Liga des polniſchen Staatsweſens mit ebenfalls antiruſſiſcher Front, die ſich ebenfalls auf Öſterreich ſtützen will. Außerdem gibt es noch verſchiedene unentſchiedene Gruppen, wankend, paſſiv, den eigenen Schatten fürchtend, die, obwohl unter einander nicht einig, einen Klub gegründet haben, der zwiſchen den Parteien ſteht. Mit dieſer unentſchiedenen Vereinigung, die innerlich nicht einheitlich iſt und immer mehr zuſammenschnilzt, braucht man zur Zeit bezüglich einer zielbewußten nationalen Politik nicht zu rechnen; ſie wird immer die Partei — des Mächtigeren ergreifen.

Und eine genügende innere nationale Kraft können nur die patriotiſchen Organisationen des Königreichs und Galiziens durch Annäherung an einander ſchaffen.

Aber das Programm dieſer Organisationen kann ſich nicht auf unklare Gefühle und Ahnungen ſtützen. Das muß Galizien verſtehen, wenn es wirklich eine gemeinſame Tätigkeit mit jenen wünſcht.

Die galiziſchen Politiker, die ſich deſſen ſo rühmen, daß die Schule des konſtitutionellen Lebens aus ihnen reife Politiker gemacht habe, müßten wiſſen, daß bei einer Gemeinſamkeit des Zieles — und für die patriotiſchen polniſchen Organisationen iſt das Ziel ohne Zweifel gemeinſam — die Mittel und Wege das Ergebnis eines Kompromiſſes ſein müſſen.

Was ſehen wir jedoch? Anſtatt konſequent nach dem notwendigen Kompromiß zu ſtreben und alles aus dem Wege zu räumen, was ſeinem Zuſtand kommen hinderlich ſein könnte, bemühen ſich die galiziſchen Politiker, dieſe Hinderniſſe noch zu häufen und die anderen zu reizen, ohne daß dieſes notwendig iſt. Wie ſoll man denn ſonſt jene beſondere Hartnäckigkeit in der Petrikauer Angelegenheit nennen, die trotz des einzigen vernünftigen Grundſatzes aufrecht erhalten wird, daß die Allgemeinheit der Herr bei ſich ſelber ſein ſoll und das Recht hat, über das eigene Blut bewußt zu verfügen!

Und nur für ein Reizen kann man das Vorgehen des galiziſchen konſervativen Organs halten, das alles das, was im Königreich offen und vor der Öffentlichkeit geſchieht, eine Konſpiration genannt hat. Es griff hier nach dem Arsenal ſeiner alten politiſchen Methoden, nach welchen es jede für ſich unangenehme politiſche Erſcheinung als Konſpiration, d. h. auf polniſch als eine geheime Verſchwörung anzuklagen verſuchte. Dieſe Methode ſchien ſeit langem begraben zu ſein, wer heute verſucht, ſie von Neuem zum Leben zu erwecken, der ſtellt ſich ſelbſt das ſchlimmſte Zeugnis aus und untergräbt ſeine eigene Poſition.

Es kann nämlich in Polen niemand, der geſunden Verſtand beſitzt, verſtehen, wie man die Forderung als Konſpiration bezeichnen kann, daß man im 26. Kriegsmonat des auf unſerem Gebiete geführten Krieges etwas Konkretes zu hören bekommt an Stelle der zu nichts verpflichtenden, unverantwortlichen Andeutungen und der ſich nicht bewahrheitenden Gerüchte.

Mit Beleidigungen und Kränkungen kommt man nicht weit. Dieſer Weg iſt ſchlecht und ſchädlich. Es muß ein anderer gewählt werden.

Die politiſche Kommiſſion des parlamentariſchen Polniſchen Klubs, die in Wien am 19. d. Mts. beraten wird, wie auch das Nationale Hauptkomitee, das in Kürze zuſammentreten wird, müßten ſich vergegenwärtigen, daß wir uns im 26. Kriegsmonat befinden, und daß ſich die Vorgänge gegenwärtig mit außerordentlicher Schnelligkeit der Entſcheidung nähern. Es iſt jetzt keine Zeit zur Untätigkeit und zum Schweigen.

Aus Nr. 462 des Głos Narodu (Kraſau)
vom 21. September 1916.

Das Wort oder der Inhalt.

Seit einer Reihe von Tagen wird in unſrer Preſſe eine politiſch gefärbte Diſkuſſion über die Unterſchiede zwiſchen den Begriffen: Staatsweſen, Selbſtändigkeit, Unabhängigkeit, Souveränität geführt. Wie man es leicht erraten kann, iſt dieſer grundsätzliche Streit der Widerhall von mehr oder weniger realen und aktuellen Strömungen, die im Zuſammenhange mit dem großen geſchichtlichen Augenblick die polniſche Allgemeinheit bewegen. Aber die öffentliche Ausſprache über das obige Thema hat bis jetzt als Reſultat nur ein — Chaos ergeben. Die juriſtiſch-phiſoſophiſchen Begriffe, um die es ſich handelt, die in ihrem Weſen ſo ſubtil und dabei ſo eng mit einander verwandt ſind, haben ſich zu einem Knäuel verwirrt, deſſen Löſung am beſten einem Fachmann übertragen wird. Zu dieſem Zwecke erſuchten wir den Profeſſor Stan. Rutzeba, einen unſrer bedeutendſten Ge-

lehrt auf dem Gebiete der politisch-staatlichen Gestaltungen, den Autor eines „Abrisses der staatlichen Gestaltung Polens“, dessen dritter Band soeben im Buchhandel erschienen ist, das Wort zu nehmen. Eine populäre Abhandlung des Professors Kutrzeba bringen wir im Folgendem:

Der Krieg hat die Hoffnungen der polnischen Seele erweckt. Er hat mit ganzer Kraft die polnische Volksgemeinschaft daran erinnert, daß das tägliche Leben unsrer kleinen Sorgen und unsrer Hoffnungen die Wünsche und Sehnsüchte der polnischen Seele nicht erschöpft, daß zur Sicherung eines vollen Glückes der Einzelnen ein tüchtiges Stück Weißbrot, wenn auch mit Speck, nicht genügt, daß das individuelle Glück auf das Glück des Ganzen gestützt sein muß. Die Anordnungen Fremder, die die Seele des Volkes, seine Wünsche und Bedürfnisse nicht verstehen, manchmal auch eine Antipathie gegen die Allgemeinheit, die regiert werden soll, haben, haben gelehrt, was eine eigne Regierung bedeutet, eine Regierung, die aus der Allgemeinheit hervorgeht und ein wesentlicher Teil dieser Allgemeinheit, ihr Kopf, ihr Herz und ihr Arm ist. Man hat erkannt, was es bedeutet, wenn dieser Kopf beim Denken dieselben Kategorien von Begriffen anwendet wie die Allgemeinheit, man hat erkannt, daß der Körper der Allgemeinheit von den Händen eigener Regierungsbehörden, die sich nicht nur von dem kalten Verstande, sondern auch vom Herzen leiten lassen, in ganz anderer Weise berührt wird. Ganz Polen hat sich daran erinnert, daß es einst eine eigne Regierung gehabt hat, die es fast ein Jahrtausend in der Vergangenheit geführt hat.

In hohem Preise standen in Polen die galizischen autonomen oder Selbstverwaltungsbehörden, da sie polnisch waren, wenn auch nur teilweise, wenn auch nur begrenzt und in verschiedener Beziehung zu Gunsten der Zentralbehörden gebunden. Ein volles Bewußtsein des Wertes einer eigenen Regierung jedoch, ihres nicht nur theoretischen oder idealen, sondern auch des ungeheuren Wertes für das Leben des ganzen Volkes, hat erst der Krieg gebracht. Und das ganze Volk wurde von dem Wunsche erfaßt, eine eigne Regierung zu besitzen.

Eine eigne Regierung — also einen eignen Staat. Als es jedoch dazu kam, die Forderungen der Allgemeinheit zu formulieren, entstanden plötzlich Streitigkeiten. Und gerade die letzten Tage haben in den Zeitungen eine Polemik gebracht über das, was die Allgemeinheit wünscht. Es erschienen Behauptungen, daß es sich nicht um den Staat handelt, daß der Staat nur — eine Form sei, und die Form sei eine Sache von untergeordneter Bedeutung. Und wiederum erscheinen in den Zeitungen Ausdrücke wie: Unabhängigkeit, Souveränität, Staatswesen, Selbständigkeit usw., die einander gegenüber gestellt werden, und um diese Worte als Parolen gruppieren sich ihre Befenner, um diese Ausdrücke und Parolen wird die Kampagne geführt.

Was bedeuten jedoch diese Ausdrücke? Denn wenn die Polemik nicht eine leere Spiegelfechterei gleichnerischer und inhaltloser Worte sein soll, deren häufig einziges Resultat die Erbitterung des Gegners ist, dann muß man wissen, was man sagen will, welches die Bedeutung der einzelnen Worte ist. Und daran hat so mancher nicht gedacht, der Parolen aufgestellt hat, und so hat man sogar identische Begriffe einander gegenübergestellt.

Und doch gibt es Bücher, die sagen, was diese Worte bedeuten, und wer nicht nach größeren Werken greifen will, der kann aus einem Handbuch, einer Enzyklopädie oder sogar einem verständigen Wörterbuch Belehrung schöpfen.

Was ist also der Staat? Jedes Handbuch der Wissenschaft vom Staate wird antworten: „Ein

Verband zu einem Ganzen vereiniger Menschen, die auf einem bestimmten Territorium ansässig sind und einer einzigen höchsten Gewalt unterstehen“. Die Kennzeichen des Staates sind also 1. das Volk, 2. der Boden, 3. die höchste Gewalt. Von anderen Vereinigungen von Menschen, die auf einem bestimmten Territorium ansässig und zu einem gewissen Ganzen verbunden sind, unterscheidet sich der Staat dadurch, daß die Gewalt, die letzteren regiert, seine höchste Gewalt ist und die Macht des Regierens aus sich selbst herleitet. In dieser Staatsgewalt liegt die Macht der Gesetzgebung, der Verwaltung, der Gerichtsbarkeit, der Schaffung einer bewaffneten Macht.

Wer die Unabhängigkeit will, der will — den Staat. Die Forderungen der Unabhängigkeit und des eigenen Staatswesens decken sich also. Das Gegenteil davon ist, wenn die auf einem gewissen Territorium Ansässigen nicht einer einzigen höchsten Staatsgewalt unterstellt sind; demnach bildet eine Provinz, ein Departement, ein Gouvernement keinen Staat, wenn auch ein solcher Teil eines Staates eine umfassende Autonomie und Selbstverwaltung d. h. eine gesetzgeberische und administrative Sonderstellung hätte. Demnach ist weder Galizien, noch Finnland oder Bosnien ein Staat, da ihnen ein wesentliches Merkmal des Staates fehlt, nämlich die der höchsten Gewalt.

Aber ein Staat ist dem andern nicht gleich. Rußland, Frankreich und England sind Staaten; aber auch Sachsen, Bayern, Preußen usw. sind Staaten, obwohl sie zu einem Bundesstaate Deutschland vereinigt sind; Staaten sind die einzelnen Staatswesen der Vereinigten Staaten Nordamerikas; ein Staat war Bulgarien, obwohl es noch unter der türkischen Oberhoheit stand.

Die Ungleichheit dieser Staaten hat darin ihren Grund, daß sie nicht alle die Souveränität haben. Und wiederum sagt uns jedes Handbuch der Staatswissenschaft, daß der souveräne Staat ein solcher ist, dessen Macht unabhängig und die höchste ist, also keine höhere Macht über sich kennt. Ein souveräner Staat ist also Dänemark oder Griechenland, während Bayern oder Preußen oder die einzelnen Staaten von Nordamerika, wenn sie auch an Gebiet, Bevölkerungszahl, Wohlhabenheit, Stärke usw. größer sind als Griechenland oder Dänemark, keine Souveränität besitzen.

Dieser Begriff der Souveränität ist in die Wissenschaft aller Länder übergegangen. Er hat für das polnische Ohr einen unangenehmen Klang, obwohl nur er eine bestimmte eng umgrenzte Bedeutung hat. Sehr unbestimmt ist der Begriff der Selbständigkeit, der sowohl das Staatswesen im allgemeinen als auch die Souveränität bezeichnen kann. Auch der Begriff der Unabhängigkeit ist völlig unklar und wird am besten wiedergegeben durch den Ausdruck Souveränität.

Bei der Bezeichnung der polnischen Bestrebungen genügt es also, wenn man sich genau ausdrücken will, nicht von der Forderung eines „Staatswesens“ zu sprechen. Man muß genauer präzisieren, welcher Art dieses Staatswesen sein soll. Dem Begriffe der Souveränität widerspricht nicht die Union, die Staaten miteinander eingehen. Souverän ist sowohl Österreich als auch Ungarn. Aber ein Staat ohne Souveränität kann sehr beschränkt sein und diese Beschränkungen können immer weiter wachsen. Denn sobald über der Staatsgewalt noch irgend eine andere höhere staatliche Gewalt steht, kann diese ihr Verhältnis zu der andern ändern. Und man weiß es aus der Geschichte, wie die höhere Macht ihr Übergewicht immer verstärkt. Man braucht bloß auf die Bundesstaaten des Deutschen Reiches hinzuweisen, wie diese immer mehr von ihren Attributen zu Gunsten des

Reiches verlieren. Höchstens daß der nicht souveräne Staat bei günstiger Gelegenheit seine Abhängigkeit beseitigt, wie es z. B. Bulgarien in seinem Verhältnis zur Türkei getan hat.

Ein Staat ohne Souveränität nähert sich dem Begriffe der Provinz. Es kann auch ein Mittelding existieren. So ist z. B. Galizien eine Provinz, hat jedoch auch gewisse Merkmale eines Staatswesens, wie es vor kurzem Dubanowicz nachgewiesen hat. Eine Provinz, die mit einer umfassenden Autonomie ausgestattet ist, kann sogar mehr Freiheit des inneren Lebens haben, als ein Staat, der keine Souveränität hat und zu Gunsten desjenigen gefesselt worden ist, der über ihm steht. Um wieviel freier in den Einrichtungen des Lebens sind die englischen Provinzen Kanada oder Australien, als manche Bundesstaaten des Deutschen Reiches.

Ein volles staatliches Leben kann nur ein souveräner Staat führen, wenn er auch durch eine Union mit einem andern verbunden sein sollte.

Wenden wir also nicht Ausdrücke an, die keinen wesentlichen Inhalt haben. Wer handeln oder schreiben will, muß einen klaren Kopf und eine nicht nur schnelle, sondern auch deutliche Sprache haben, die „alles aussprechen kann, was der Kopf denkt“. Dann werden nicht solche die Klarheit der Gedanken und der Ziele trübende Polemiken entstehen. Verdunkeln wir nicht die Klarheit der Bestrebungen durch die Unklarheit der Gedanken und Worte. Stan. Kutrzeba.

Aus Nr. 456 des Głos Narodu (Kraſau)
vom 18. September 1916.

„König von Polen.“

Das gelesenste Blatt im Königreich Sachsen, die „Leipziger Neuesten Nachrichten“, brachten unter dem effektvollen Titel „König von Polen“ einen längeren Artikel, aus dem einige Bemerkungen erwähnenswert sind. Es handelt sich darin um den Versuch, die deutschen maßgebenden Kreise zu überzeugen, daß sie sich mit Kombinationen über das Thema der politischen Selbstständigmachung der Polen und der Wiedererrichtung der „polnischen Krone“ in Warschau den Kopf nicht zu zerbrechen brauchen.

Zwar ist absolut nichts darüber bekannt, daß irgend eine ernste und einflußreiche Gruppe in Deutschland Pläne solcher Art hegt. Trotzdem fühlten sich die „Leipziger Neuesten Nachrichten“ wenn nicht beunruhigt, so doch verärgert schon dadurch, daß die katholische kölnische Zeitung die Kandidatur des Fürsten Leopold von Bayern für den noch nicht bestehenden polnischen Thron in den Vordergrund gestellt haben sollte. Dieses „Vergeben des polnischen Königspurpurs“ zählt das Leipziger Organ zu der „Reihe billiger Vergünstigungen“, und trotzdem es, mit sich selbst in Widerspruch geratend, auf die Beweisführung eingeht, daß den bayrischen Wittelsbachern jegliche polnische Traditionen fehlen, die hingegen das Haus der Wettiner und Hohenzollern besitzt, fühlen doch die „Leipz. N. Nachr.“ im Endresultat „die deutsche Vorliebe für ausländische Abenteuer“ ab und gelangen zu folgenden Hinweisen:

„Die Enttäuschung unserer unverbesserlichen Ideologen (die auf den elementaren Ausbruch eines Aufstandes im Königreich rechneten), wie auch die Erfahrungen eines Jahres der deutschen und österreichischen Verwaltung im Königreich Polen müßten uns lehren, die polnische Frage in der zurückhaltendsten und ruhigsten Weise und ausschließlich vom Standpunkte der Zweckmäßigkeit zu behandeln. Man sollte nicht dem glänzenden königlichen Idol in Warschau nachjagen — die polnische Krone wird immer eine Dornenkrone sein — sondern es muß bei der neuen Regelung der Sachlage in Polen nur die Anschauung maßgebend

sein, daß hier ein Grenzwall zu schaffen ist, der für alle Zeiten die Wiederholung eines ähnlichen russischen Überfalles auf uns und unsere Bundesgenossen unmöglich macht.“

Da sich auch der Bierverband für die polnische Frage lebhaft interessiert, läßt sich das Leipziger Blatt auch in einen polemischen Diskurs mit Rußland ein, das „durch ein einziges Dokument das wett zu machen versucht, was es hundert Jahre lang versäumt hat“, besonders aber mit Frankreich, das während des langjährigen Bündnisses mit Rußland für Polen nichts getan hat, während jetzt seine Politiker jammern, daß die Polen von den deutschen Barbaren das Geschenk der politischen Freiheit erhalten sollen.

„Im Gegensatz dazu sehen die Polen, daß nur diejenigen, die ohne Versprechungen und schwungvolle Manifeste zu ihnen gekommen sind, daß die Deutschen und ihre Bundesgenossen ihnen wirkliche Kulturwerte bringen: Ordnung, Sicherheit, Freiheit und wirtschaftliche Wiedergeburt, also das, was ihnen im Laufe eines Jahrhunderts am meisten mangelte. Was uns Polen als Gegengabe, als Grenzwall gegen den Osten bieten und in welcher Form es diese Aufgabe erfüllen soll, das gehört zu den Fragen der militärischen und politischen Zweckmäßigkeit.“

Daß die Bemerkungen des Leipziger Organs über die Vernachlässigung der polnischen Frage durch Frankreich und über die Heuchelei Rußlands gerechtfertigt sind, wer würde daran zweifeln?

Wir können uns nur nicht mit der Insinuation der „Leipz. Nachrichten“ einverstanden erklären, wenn diese über uns schreiben:

„Die mehr als hundertjährige russische Herrschaft hat dem reifen und dicht bevölkerten Lande den Stempel der Barbarei und der Dienerhaftigkeit aufgedrückt, die es so lange ertrug, bis die Vertreter des Moskowitertums sich unter dem Druck unserer siegreichen Heere zurückziehen mußten.“

Nur eine gründliche Unkenntnis der Geschichte kann von einer „Dienerhaftigkeit“ der polnischen Volksgesamtheit gegenüber Rußland reden, derjenigen Volksgesamtheit, die zweimal, zur Zeit Kongreßpolens und im Jahre 1863 zum Schwerte gegriffen hat und russische Friedensbedingungen ablehnte, obwohl sie günstiger waren als diejenigen, — nach den in Kürze wiedergegebenen Ausführungen über den „König von Polen“ zu urteilen — die die „Leipz. Nachrichten“ zu bieten oder zu diktieren geneigt wären.

Aus Nr. 468 der Nowa Reforma (Kraſau)
vom 17. September 1916.

Die Kadetten über die polnische Frage.

Kraſau, den 17. September.

In dem Grade der Entwicklung der Kriegseignisse und der Befestigung der Verhältnisse im deutschen und österreichischen Okkupationsgebiet erlangt die öffentliche Meinung auf dem Gebiet des früheren Polens das Recht, das Wort zu ergreifen und ihre Ansicht über die heute bei uns aktuellste Frage, nämlich die Zukunft Polens auszusprechen. Denn möge der Ausgang des Krieges sein, wie er wolle, so unterliegt es doch keinem Zweifel, daß die Zukunft Polens grundsätzlich anders sein wird, als die letzte Vergangenheit. Das fühlen und wissen heute alle kriegsführenden Staaten, und sie können es vor dem daran am meisten beteiligten Faktor, nämlich der polnischen Bevölkerung nicht verbergen. Daher auch die gewisse Wortfreiheit, die dieser jetzt gewährt wird.

Es ist jedoch augenblicklich unmöglich, aus den Anschauungen, die sich zu entwickeln und zu befestigen anfangen, kategorische Schlüsse auf ihren allgemeinen Charakter zu ziehen. Die Ansichten werden vor allem nicht unbeeinflusst genug geäußert und können daher

nicht als allgemeingültig gelten. Deshalb notieren wir zunächst vereinzelte Äußerungen und Stimmen, aus deren Zusammenstellung und Vergleich mit der Meinung, die gegenwärtig nach außen sich nicht äußern kann, sich erst später das wirkliche Bild ergeben wird. Je eher dies geschehen kann, desto besser und nützlicher wird es für die Zukunft Polens und diejenigen Faktoren sein, die über seine Zukunft entscheiden werden.

Und diese Faktoren müssen sich mit der polnischen Frage als einer der aktuellsten beim Friedensschluß nicht seit gestern oder heute beschäftigen. Infolge der Schwierigkeiten des Krieges gelangen jedoch nur vereinzelte Stimmen der ausländischen Presse über dieses wichtige internationale Thema zu uns. Außer der deutschen und österreichischen Presse lenken namentlich die Stimmen der russischen Presse, die immer hartnäckig auf dem Standpunkte des in dieser Sache entscheidenden Faktors verharren, trotzdem die Kriegsergebnisse gerade das Gegenteil beweisen, die Aufmerksamkeit auf sich. Diese Ereignisse jedoch sind auch auf die politische Meinung in Rußland nicht ohne Einfluß geblieben. Diese ist jetzt vor allem sparsamer an Versprechungen gegenüber den Polen, als sähe sie voraus, daß diese im gegenwärtigen Augenblicke gegenstandslos sind und für die Polen den Reiz verloren haben, den man seinerzeit an das Manifest des Großfürsten geknüpft hat. Seit dieser Zeit ist der Stern des Großfürsten verblaßt; auch der Stern Rußlands und seiner Armee ist verblaßt.

Aus den Spalten der russischen Presse läßt sich, wie uns mitgeteilt wird, die Stimme eines der hervorragendsten Kadettenführer, des Fürsten Dolgorukow, vernehmen. In einer Konferenz seiner Partei in Moskau soll sich der Fürst Dolgorukow in ungefähr folgender Weise geäußert haben:

„Die polnische Frage ist im gegenwärtigen Augenblick mehr eine taktische, als eine Programmfrage. Ihre Lösung steht in Verbindung mit dem Ausgange des Krieges. Und hierbei sind drei Eventualitäten möglich. Wenn die Mittelmächte siegen, dann versteht es sich von selbst, daß jeglicher Einfluß unserer Partei auf die Lösung der polnischen Frage ausgeschlossen bleibt. Wenn Rußland mit seinen Verbündeten siegt, dann müssen alle drei Teile Polens in ihren ethnographischen Grenzen zu einem selbständigen Staate mit freiem Ausgang zur Ostsee vereinigt werden. Der Antrag nach dieser Richtung hin müßte von Rußland ausgehen, der Wiederaufbau selbst jedoch müßte ein internationaler Akt sein. Auch die Grundlagen der polnischen Verfassung müßten durch eine internationale Konferenz ausgearbeitet werden.

Endlich muß auch die dritte Möglichkeit berücksichtigt werden, daß der Krieg unentschieden bleibt und daß keine der beiden kämpfenden Parteien daraus siegreich hervorgeht.

In diesem Falle ist das Wahrscheinlichste der „status quo ante bellum“. Alsdann könnte Rußland lediglich einen Einfluß auf die Geschicke derjenigen Teile von Polen ausüben, die schon vor dem Kriege einen Teil des russischen Staates gebildet haben. Dann muß Rußland Polen eine weitgehende Autonomie gewähren, für die das durch die Kadettenpartei ausgearbeitete Projekt die Grundlage bilden dürfte.

Für die Existenz eines selbständigen polnischen Staates ist die Verbindung aller drei Teile Polens durchaus notwendig, alle Bestrebungen der Polen hingegen, einen selbständigen Staat in den Grenzen des bisherigen Königreichs Polen wiederaufzurichten, sind zu verwerfen.

Diese Stellungnahme suchte Fürst Dolgorukow mit den Interessen Rußlands und des Weltfriedens zu begründen. Da die Polen in Österreich und Preußen nach einem eventuell selbständigen Königreich Polen streben werden und müssen, werden wir unzweifelhaft und sofort Konflikte zwischen den drei Staaten: Ruß-

land, Österreich-Ungarn und Deutschland bekommen. Und doch hat Rußland ein unbestrittenes Recht auf einen längeren Frieden nach den außerordentlich blutigen Opfern des gegenwärtigen Krieges. Deshalb kann man wirklich nicht von ihm verlangen, daß es sich wegen Polen ewig mit den beiden Nachbarn schlage. Und infolge der Richtigkeit dieser Theorie ist die Autonomie Polens ohne eine vollständige Zermalmung der Mittelstaaten nicht denkbar.“

In diesen Anschauungen des Fürsten Dolgorukow sind interessant und bezeichnend die Annahmen auch für den Fall einer Niederlage Rußlands oder eines unentschiedenen Krieges, wie bei einer Schachpartie. Gerade für diesen Fall ist der Vertreter der Kadetten in seinen Ausführungen und Versprechungen am sparsamsten. Auch scheint er hier am ehrlichsten zu sein. Im ersten Falle spricht er seiner Partei und natürlich auch Rußland den Einfluß auf die Geschicke Polens ab, im zweiten Falle beglückt er es mit dem von den Kadetten bereits ausgearbeiteten Autonomieprojekt, die weiteren Ausführungen des Fürsten Dolgorukow jedoch lassen keinen Zweifel darüber, wie die Autonomie aussehen und in der politischen Praxis angewendet werden würde. Dieser Schluß der Ausführungen des Fürsten Dolgorukow verrät die wirklichen Intentionen des russischen Nationalismus gegenüber Polen und bleibt in augenscheinlichem Gegensatz zu der angeblichen Absicht des siegreichen Rußland, einen „selbständigen“ polnischen Staat zu schaffen. Diese „Selbständigkeit“ der russischen Initiative kennen wir und haben sie bereits gehabt; wir wissen auch, was wir von ihr zu erwarten haben. Auf diese Sprenge lassen ich sogar in Polen keine Sperlinge mehr fangen.

Die Stimme des Fürsten Dolgorukow ist als eine der im gegenwärtigen Augenblicke wenig zahlreichen uns bekannten Äußerungen der öffentlichen Meinung in Rußland über die polnische Frage bezeichnend.

Aus Nr. 219 des Dziennik Berliński (Berlin)
vom 22. September 1916.

Polnische Angelegenheiten in Rußland.

Der gestrige „Berliner Lokal-Anzeiger“ teilt mit, daß die „Rußka Wiedomosti“ aus Regierungskreisen erfahren, daß das seit langem versprochene russische Manifest an die Polen in Bälde veröffentlicht werden wird. Das Manifest wird weder der Gründe des Erlasses dieses Manifestes noch dessen Erwähnung tun, wie die den Polen versprochene Autonomie aussehen wird; es wird nur sagen, daß die Regierung beschlossen habe, Polen eine frei nationale und kulturelle Entwicklung zu sichern.

Das „Utro Rossji“ teilt mit, daß der Abgeordnete Harusiewicz und Graf Wielopolski während des Besuchs bei Stürmer mit diesem den geplanten Akt betreffend die Verfassung Polens besprochen und dabei bemerkt hätten, daß die Aufschiebung der Veröffentlichung des Akts die Polen beunruhigt habe. Harusiewicz und Wielopolski haben gleichsam darauf hingewiesen, daß eine Beschleunigung der Veröffentlichung des Akts im Interesse Rußlands läge. Stürmer soll darauf geantwortet haben, daß die Auffassung der Regierung unabänderlich bleibe. Der Akt werde im Augenblick des Einmarsches der russischen Truppen in die polnischen Lande veröffentlicht werden. Die Einzelheiten des Akts sind kaum einigen Personen bekannt. Der Akt sieht ein Zwei-Kammer-System vor. Graf Wielopolski und Abgeordneter Meyzutowicz haben dem Minister Chwostow eine Nachweisung der für die Polen bestehenden Beschränkungen vorgelegt. Chwostow bemerkte, daß eine Aufhebung der Beschränkungen nicht schwierig sein werde

und erwünscht sei, mit Ausnahme der Beschränkungen der Ausnahmegeetze, deren Aufhebung auf politische Schwierigkeiten stoßen werde.

Dem Mitarbeiter des „Utro Rossyi“ Herrn Le-dnicki erklärte er, daß zwischen den Polen und den um die Partei der Kadetten gruppierten Russen in den Anschauungen über die polnische Frage Unterschiede beständen. Der Entwurf Koszjkin behandle nach Ansicht der Polen Polen nicht als staatliche Einheit, die mit Rußland durch eine Real-Union verbunden ist, sondern als russische Provinz. Die Auffassung der Polen hat E. Pilz in der Miljukow übersandten Denkschrift formuliert. Die russischen Kadetten teilen gegenwärtig schon viele Auslassungen des Pilz außer den die Rechte der Minderheit betreffenden Angelegenheiten. Pilz sucht nachzuweisen, daß der jüdische Jargon nirgends die Rechte einer Amtssprache habe und sie auch nicht in Polen haben könne. Die Kadetten dagegen halten es für durchaus notwendig, die Rechte der Nationalitäten-Minderheit (der Juden) in dem Grundgesetz festzulegen.

Aus Nr. 462 des Głos Narodu (Kraſau)
vom 21. September 1916.

„Polen für die Polen.“

In dem Lausanner „Messager Polonais“ hat Professor Charles Richert, Mitglied der Akademie und Vorsitzender der französischen „Liga für den Wiederaufbau Polens“ einen Artikel voll aufrichtigen und tiefen Gefühls gegenüber den Polen veröffentlicht. Der hervorragende Gelehrte betont die vollen Rechte eines 25 Millionenvolkes auf ein unabhängiges Leben. Diese Rechte gibt ihm die große Vergangenheit und die zivilisatorische Rolle in der Geschichte Europas, wie auch die unverbrauchte Energie, die durch das Volk, namentlich während der schwersten Zeit seiner Sklaverei, bewiesen worden ist. Das an Polen begangene Verbrechen, das anderthalb Jahrhunderte dauert, kann sich in seiner Ungeheuerlichkeit nur vergleichen mit der

Tragik, die die heutigen Anstrengungen der Polen um Wiedererlangung der Freiheit begleiten.

Der heutige Krieg, der nicht nur ein Verteidigungskrieg ist, sondern auch ein Kampf um die Freiheit der Völker, muß eine Lösung der polnischen Frage in dem Geiste bringen: Polen für die Polen. Es wird dies auch entgegen allen eventuellen Hindernissen von seiten der Diplomatie geschehen. Eine halbe Lösung der polnischen Frage würde unzweifelhaft einen zweiten Krieg hervorrufen. Das polnische Volk darf kein Joch tragen. Die Erlösung wird eine vollständige sein, denn die Freiheit Polens wünschen alle Völker.

Wenn also die Diplomaten in ihren schlaunen Machinationen diese einfache, leichte und elementare Lösung im Sinne des Sages: „Polen für die Polen“ nicht zulassen wollen, so werden sie gegen das Gewissen der kämpfenden Soldaten handeln; sie werden ihr eigenes Vaterland verraten, denn die edlen Völker haben in der polnischen Frage nur eine einzige, hartnäckige, mächtige und unwiderrufliche Meinung: „Polen für die Polen“.

Das Verlangen der Erlösung eines unterdrückten Volkes ist nicht nur aus kulturellen Gründen angezeigt, sondern auch vor allem aus allgemein menschlichen Gründen. Gegen die Ungerechtigkeit protestiert Richert als Mensch und als französischer Bürger. Er schreibt: „Wenn ich Diplomat wäre, würde ich das Bestreben haben, der Gefahr vorzubeugen, die Europa droht, wenn es die Unterjochung eines großen Volkes voller Leben beschließt, und ich würde den Bankrott des alten europäischen Gleichgewichts erklären, das verächtlich den Willen der Völker behandelt, um die Ambitionen der Herrscher zu befriedigen und zu einer blutigen Katastrophe führt, wie wir sie jetzt sehen, und ich würde entschieden sagen: „Polen für die Polen“.

Ich bin nicht der oder der: Ich bin einfach ein Mensch. Also gut! Als Mensch protestiere ich energisch gegen die Bedrückung von 25 Millionen Menschen und erkläre laut meine Hochachtung, meine Liebe und meine Dankbarkeit gegenüber dem polnischen Volke und rufe aus: „Polen für die Polen“.

